Nr. 36 Montag, den 14. Februar 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 13693.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

In ganz Preußen protestierte am Sonntag die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegen die preußische Wahlentrechtungsvorlage. In Berlin demonstrierten 200 000 Arbeiter.

•

In Halle, Frankfurt, Königsberg und andern Städten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Wahlrechtsdemonstranten und Polizei.

•

Die preußische Wahlrechtsvorlage wurde am Sonnabend nach Abbruch der Debatte an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

•

Die Kölnische Zeitung stellt eine Einigung der bürgerlichen Parteien auf Grund der preußischen Wahlrechtsvorlage in Aussicht.

Auf die Straße!

Leipzig, 14. Februar.

So hat denn die preußische Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf von neuem dahin verlegt, wo die starken Wurzeln seiner Macht liegen: in die Massen, auf die Straße. Der gestrige Sonntag ist ein Ehrentag für unsre preußischen Genossen geworden, die an ihm bewiesen haben, daß sie sich weder durch die höhnischen Provokationen gewisser blutlüsterner Reaktionäre noch durch die lächerlichen Drohungen im Stile der Berliner Polizeiproklamation beeinflussen lassen. Wenn man vielleicht von Halle und einigen andern Orten absieht, wo die Polizei ihren Beruf auch gestern wieder darin erblickte, in friedliche, wehrlose Menschenmassen mit dem Säbel hineinzuschlagen, so ist der gestrige Tag ohne Blutvergießen abgegangen. Man gewöhnt sich nach und nach selbst in den Kreisen der preußischen Polizei an den Gedanken, daß politische Straßendemonstrationen nicht mehr zu verhindern sind, daß alle Versuche, sie mit dem Gummiknüttel und dem Revolver des Polizeispitzels oder mit dem Polizeisäbel zu verhindern, auf die Dauer aussichtslos sind und nur den einen Erfolg haben, die politische Aufmerksamkeit der Massen, die man doch im Staatsinteresse einschläfern will, stets von neuem wachzurufen und den Behörden, die mit derartigen Gewaltmitteln eine geistige Bewegung niederzubrutalisieren versuchen, nur noch mehr den Haß und das tiefste Mißtrauen der Bevölkerung zu sichern. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß eine Straßendemonstration überall so lange ruhig und ohne Zwischenfälle abläuft, wie die Polizei sich nicht hineinmischt. Damit aber ist erwiesen, was freilich dem Kenner niemals zweifelhaft war, daß die Verantwortung für Krawalle, Metzeleien und Zusammenstöße immer und ausschließlich der Polizei zur Last fallen, die entweder durch ihre unter die Massen verteilten Spitzel Krawalle provozieren läßt oder deren Beamte, wie im Falle des Berliner Polizeikommissars Sommer, den Kopf verlieren und hirnlos-brutale Anordnungen treffen. Für die Polizei bedeutet also der gestrige Tag eine schwere Niederlage, und in ihrem Interesse hätte es eigentlich gelegen, den Beweis für ihre Ueberflüssigkeit gar nicht erst zuzulassen.

Doch das ist schließlich nur ein beiläufiges Ergebnis. Wichtiger ist die Tatsache, daß die Massen des preußischen Proletariats dem Rufe der Partei zum Kampf ums Wahlrecht in so unübersehbaren Scharen gefolgt sind und in diesem Kampfe ihre alte Disziplin bewahrt haben. Die kleine fünfköpfige Schar der preußischen Landtagsfraktion kann mit Siegerblick den überwältigenden Massen der 152 Junkerabgeordneten im Landtag zurufen: Macht's uns nach! Appelliert auch an die Massen und laßt sehen, wie viele eurem Rufe für die Erhaltung der Wahlrechtsberaubung und die schmutzige Preußenschande folgen werden! Sie wagen es nicht! Sie wissen, daß sie, die im Landtag die Majorität haben, im Lande eine hoffnungslose Minorität bilden und daß die Wenigen, die sie im Parlament eben wegen ihrer geringen Zahl verhöhnen zu können glauben, die wahren Volksvertreter sind, daß hinter ihnen die Mehrheit der Nation steht. Die Lüge, die dem Dreiklassenrecht zugrunde liegt, auf der der ganze preußische Staat erbaut ist, diese künstlich konservierte erbärmliche Lüge brach gestern im vollen Licht der Oeffentlichkeit zusammen. Und eine derartige tiefgehende Erschütterung seiner Grundlagen erträgt kein System auf die Dauer. Keine Regierung kann sich gegen den entschlossenen Willen der Mehrheit eines Volkes halten. Es kommt nur darauf an, den Massen handgreiflich vor Augen zu führen, wie stark sie sind, daß sie die Mehrheit bilden, daß sie die Quelle aller staatlichen Macht sind. Die Konsequenzen dieser Erkenntnis werden dann nicht ausbleiben.

Indem die Sozialdemokratie an die Massen appellierte, tat sie etwas, was nur sie tun kann. Keine andre Partei, und der Liberalismus am wenigsten, kann ihr das nachmachen. Für die sozialdemokratischen Abgeordneten ist die Masse des Volkes dasselbe, was die Erde für den Riesen Antäus war: eine unversiegbare Kraftquelle, deren Berührung ihn stets mit neuer Stärke erfüllt. Die Sozialdemokratie weiß, daß im Parlament die Dinge nicht zur Entscheidung kommen, daß sie, der die herrschenden Klassen, der die gesamte organisierte Staatsgewalt bis zu den Zähnen gewappnet gegenübersteht, nicht einen Strohhalm bewegen könnte, wenn sie nicht in den Massen Fuß hat. Der organisierten Staatsgewalt stellt sie die organisierte Massengewalt gegenüber, und je näher die Feinde einander entgegenrücken, je schärfer die Gegensätze sich zuspitzen, desto häufiger betritt diese Massengewalt selber die politische Bühne. Damit stellt die deutsche Sozialdemokratie mit Bewußtsein einen ganz neuen Faktor in den Dienst der politischen Entwicklung, einen Faktor, der anderswo, wie z. B. in Rußland, seine schlechthin ausschlaggebende Kraft schon mehr als einmal erwiesen hat, der aber für Deutschland noch neu ist und an dessen Aktivität sich die Partei ebenso gewöhnen muß, wie die bürgerlichen Parteien und die Staatsgewalt.

In den Kreisen der Gegner ist man sich völlig klar darüber, was man über den unheimlichen Gast aus den Tiefen des Acheron zu halten hat, der gestern am hellen lichten Tage durch die Gassen des alten Junkerstaats wandelte. Das war das Volk selber, das verachtete, entrechtete, beraubte und verhöhnte Volk, das waren die „gefährlichen Klassen", das waren die Fundamente des Junkerstaats selber, auf deren breitem Rücken die Zwingburg Preußen sich erhebt. Nur in der sicheren Erwartung, daß diese Fundamente sich nie regen und rühren werden, daß sie schweigend Last auf Last ertragen, war diese freche Zwingburg erbaut. Und gestern lernten diese Fundamente das Wandeln, eine Erschütterung ging durch den ganzen Bau, so gewaltig, daß jeder begriff: der Einsturz wird bald folgen. Und gerade weil man die Gefahr erkannte, suchten die Gegner die Straßendemonstrationen durch Drohungen, Spott oder Beschwörungen zu verhindern. Deshalb arbeitete der Polizeipräsident von Berlin Hand in Hand mit der freisinnigen Vossischen Zeitung und der konservativen Kreuzzeitung, um das Recht auf die Straße den Massen zu verekeln. Alles half nichts. Die Masse kam! Und keine Drohung, keine Provokation, kein freisinniges Angstgewinsel konnte sie zurückhalten.

So ist denn die Stellungnahme der Parteien zu den Straßendemonstrationen zum Kennzeichen für die Ernsthaftigkeit ihrer Förderung nach der Wahlreform geworden. Und da zeigt es sich, daß alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme, die konservativen ebenso wie die freisinnigen, gegen die Straßendemonstrationen sind. Sie fürchten die Straße! Sie fürchten die Masse! Sie fürchten das Volk! Mit Recht! Sind sie doch nichts andres als Verräter und Betrüger dieses Volkes, die einen heimlich, die andern offen.

Nur die Sozialdemokratie führt die Massen auf die Straße! Nur sie allein darf zu den „Müttern" hinabsteigen, bei deren bloßer Erwähnung den bürgerlichen Dr. Faust schon das Grauen packt. Für sie bedeutet jede selbständige, selbstbewußte Regung der Massen einen Zuwachs an Macht, Einfluß und Kraftgefühl. Für jene ist es der Beginn der Götterdämmerung.

Darum ist die Straßendemonstration etwas mehr als eine Bravourleistung der Partei, etwas, was nur sie machen kann. Sie ist etwas, was sie machen muß, wenn sie eben auch in Zukunft das sein will, was sie in der Vergangenheit war: der getreue Ekkehard der Massen, die Partei des allgemeinen Vertrauens, die nicht bloß ihre Aufgabe darin erblickt, Vormund und Wortführerin der Massen zu sein, sondern sie zur Selbständigkeit und zur Tat zu erziehen.

Darum: Auf die Straße! Auf die Straße!

Feuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von **Frank Norris.**
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempsky.

15] Nachdruck verboten.

Ehe sie Guadalajara verließen, begab sich Magnus noch in einen der kleinen Kolonialwarenladen, um ein Kistchen mexikanischer Zigarren von einer besonderen Sorte, die es sonst nirgends gab, zu kaufen. Harran blieb im Buggy sitzen. Während er wartete, erschien Dyke am unteren Ende der Straße. Er sah Harran und ging auf ihn zu, um ihm die Hand zu geben. Dabei erzählte er ihm seinen Fall mit der P. und S. W. und fragte Harran, wie er über die erwartete Preissteigerung in Hopfen dächte.

„Mit Hopfen müßte was zu machen sein," erwiderte der. „In Deutschland und im Staat Neuyork waren während der letzten drei Jahre miserable Hopfenernten. Und da haben viele Leute den Anbau aufgegeben. Hopfen dürfte daher knapp und der Preis entsprechend hoch sein. Nächstes Jahr wird er wohl bis zu einem Dollar hinaufgehen. Gewiß, Hopfen dürfte 'ne gute Sache sein. Wie geht's der alten Dame, Dyke, und Sidney?"

„Im ganzen gut, dank' schön, Harran. Sie sind jetzt in Sacramento bei meinem Bruder. Ich hatte vor, zusammen mit meinem Bruder in das Hopfengeschäft zu gehen. Aber ich bekam heute einen Brief von ihm. Er wird die Sache wahrscheinlich nicht machen können. Er steckt noch in 'nem andern Geschäft. Tut er nicht mit — und so wird's wohl sein —, so muß ich die Sache allein machen; ich muß aber dann Geld borgen. Ich dachte mir, mit seinem und meinem Gelde zusammen würden wir genug haben, um durchzukommen, ohne daß wir auf irgendwas 'ne Hypothek aufzunehmen brauchten. Wie's aber ist, werde ich mich wohl an S. Behrman wenden müssen."

„Verdammt will ich sein, wenn ich's täte!" rief Harran aus.

„Freilich, S. Behrman ist ein Halsabschneider," gab der Lokomotivführer zu, „und er ist „Eisenbahn" bis in die Stiefelabsätze; aber Geschäft ist Geschäft, und einen Kontrakt schwarz auf weiß muß er innehalten, und dann ist die Chance für Hopfen zu gut, um sie vorübergehen zu lassen. Ich will's versuchen, Harran. Ich kann gerade jetzt einen Vormann kriegen, der mit Hopfen genau Bescheid weiß, und wenn die Sache was Hübsches einträgt, — na, ich möchte doch Sid in ein Mädchenseminar nach San Francisco schicken."

„Verpfänden Sie die Ernte, aber nehmen Sie keine Hypothek auf die Heimstätte, Dyke," sagte Harran. „Und haben Sie denn auch die Frachtsätze für Hopfen angesehen?"

„Nein, noch nicht," antwortete Dyke. „Da müßt' ich mich erst vergewissern, nicht wahr? Ich hab' übrigens gehört, daß die Fracht mäßig ist."

„Machen Sie nur zuerst die Fracht klipp und klar mit der Eisenbahn aus," warnte ihn Harran.

Als Magnus aus dem Laden gekommen war und wieder im Buggy saß, sagte er zu Harran: „Sohn, fahre hinüber zu Annixter, ehe wir uns auf den Heimweg begeben. Ich möchte ihn auffordern, heut abend mit uns zu speisen. Osterman und Broderson werden, wie ich glaube, kommen, und da wäre mir auch Annixters Anwesenheit erwünscht."

Magnus war außerordentlich gastfrei. Allen seinen Nachbarn standen stets die Türen von Los Muertos offen, und oft lud Magnus seine näheren Freunde zu Tisch ein.

Auf dem Wege nach Annixters Ranch fragte Magnus, was während seiner Abwesenheit vorgegangen sei. Er erkundigte sich nach seiner Frau und der Ranch und besprach die Arbeit an dem Bewässerungsgraben. Harran teilte ihm die Neuigkeiten der letzten Woche mit — Dykes Entlassung und seine Absicht, Hopfen zu bauen, Vanamees Rückkehr, das von der Lokomotive unter den Schafen angerichtete Unglück und schließlich die Bitte Hoovens, als Pächter auf der Ranch bleiben zu dürfen. Es bedurfte nur Harrans Befürwortung, um von dem Vater die sofortige Erlaubnis für das weitere Bleiben des kleinen Deutschen zu erlangen.

„Du bist darüber besser unterrichtet als ich, Sohn," sagte er, „was du für gut hältst, soll geschehen."

Harran berührte die Braunen mit der Fahrgerte und ließ sie scharf austraben. Bis zum Hause Annixters war es noch eine ganze Strecke, und Harran wollte bei guter Zeit daheim sein, um noch das Vitriolisieren beaufsichtigen zu können.

„Wie geht es übrigens Lyman, Governor?" fragte er nach einer Weile.

Lyman, Magnus' ältester Sohn, hatte keinerlei Neigung für das Ranchleben gezeigt. Er ähnelte der Mutter mehr als dem Vater und hatte von ihr den Widerwillen gegen die Landwirtschaft und die Neigung für einen gelehrten Beruf geerbt. Während Harran den Ackerbau praktisch lernte, besuchte Lyman die staatliche Universität; nachdem er dort graduiert hatte, widmete er sich drei Jahre lang juristischen Studien. Allmählich entwickelte er Eigenschaften, die sein Vater in hohem Grade besaß. Die Politik fesselte ihn. Er hielt sich für einen geborenen Politiker und war auch in der Tat ein diplomatischer, zur Intrige neigender Kopf. Gewandt und von guten Um-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Wahlrechtsdemonstration in Preussen.

In Berlin und seinen Vororten prangte am Sonntag vormittag an den Plakatsäulen ein rotes Plakat folgenden Inhalts:

Bekanntmachung.

Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet.

Die Straße dient lediglich dem Verkehr.

Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.

Ich warne Neugierige.

Berlin, den 13. Februar 1910.

Der Polizeipräsident.
v. Jagow.

In den Kasernen hatte das Militär den ganzen Tag Bereitschaft. Die Polizei war auf den Wachen zusammengezogen und vertrieb sich dort die Zeit, so gut es eben ging. An besonders „gefährdeten" Stellen, so an den Zugängen zur Wilhelmstraße, wo der Reichskanzler wohnt, an den Zugängen zu den Linden, zum Schloß usw. standen die Schutzleute bereits morgens mit umgeschnalltem Revolver und herabgelassener Schuppenkette.

Schon nach 10 Uhr wurde es auf den Straßen lebendig, die Arbeiter strömten den Versammlungslokalen zu. Die Säle waren lange vor Beginn der Versammlungen überfüllt, so daß vor den Lokalen, auf den Straßen erhebliche Menschenansammlungen stattfanden, die den Schluß der Versammlungen abwarteten. Dann setzten sich die Demonstranten in Bewegung. Die Züge vereinigten sich an bestimmten Punkten mit andern und nun zählten einige der Züge nach vielen Zehntausenden an Teilnehmern. Der Verkehr wurde indes nirgends erheblich gestört, denn die Demonstrationszüge bewegten sich nach Möglichkeit auf den Bürgersteigen. Die Polizei verhielt sich im allgemeinen ziemlich ruhig, so daß die Ruhe und Ordnung nicht gestört wurde.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt voll Empörung Kenntnis von der sogenannten Wahlrechtsvorlage der Regierung. Sie erblickt in dieser Vorlage eine unverschämte Verhöhnung und freche Provokation des Volkes. Statt der Einführung des freien Wahlrechts, das die große Mehrheit des preußischen Volkes verlangt, bringt die Vorlage eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung und eine Erweiterung der ungeheuerlichen Vorrechte der Besitzenden. Das brutale Dreiklassenwahlsystem soll von neuem befestigt werden. Die Diktatur des platten Landes über die Städte soll durch Beibehaltung der skandalösen Wahlkreiseinteilung weiterbestehen und die niederträchtige öffentliche Stimmenabgabe bleiben, die alle wirtschaftlich Abhängigen zum Stimmvieh der Gewalthaber herabwürdigt. Die Vorlage will weiter, daß Leute mit Universitäts- und Kasernenhofbildung in die zweite und erste Klasse abgeschoben werden, um dort gemeinsam mit den Besitzenden die in der rechtlosen dritten Klasse zusammengepferchten Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern niederzustimmen. Eine Regierung, die es mit ihrer Ehre und ihrer Würde vereinbar hält, einer gesetzgebenden Körperschaft ein so perfides Machwerk zu unterbreiten, züchtet den Klassenhaß und setzt sich der Verachtung der ganzen Kulturwelt aus. Getreu ihrer historischen Rolle, der Hort aller Reaktion zu sein, stellt sich die preußische Regierung in schneidenden Gegensatz zu den Regierungen derjenigen deutschen Staaten, die mit der Aenderung ihrer verfassungsrechtlichen und wahlgesetzlichen Einrichtungen den Forderungen der Zeit Rechnung getragen haben. Die Versammlung verlangt daher vom Abgeordnetenhause, daß es diesen Wechselbalg schnellstens verscharrt. Die Versammlung fordert von neuem ausdrücklichst, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit Anordnung des Verhältniswahlsystems allen über 20 Jahre alten Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts eingeräumt werde, und richtet an alle freiheitlich gesinnten Männer und Frauen die Aufforderung, gemeinsam mit der Sozialdemokratie unausgesetzt und entschlossen für die Durchführung dieser Forderung zu kämpfen.

Wir lassen nachstehend die Berichte aus den einzelnen Gebieten folgen:

Erster Wahlkreis.

Die Genossen des 1. Kreises zogen nach Schluß ihrer Versammlung in Dräsels Festsälen unter Hochrufen auf ein freies und gutes Wahlrecht und unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise nach dem Oranienburger Tor zu, wo sie sich mit den Genossen des 5. Kreises begrüßten. Dann zweigte sich ein Teil ab, um zu versuchen, nach der Siegessäule zu kommen. Durch die Absperrung der Brücken wurde das vereitelt.

Ganz besondere Absperrungsmaßregeln hatte man beim Schloß und Unter den Linden getroffen. Doppelt und dreifach war die Absperrung aller Zugänge. Ein ganzes Heer von Polizeioffizieren und Mannschaften war aufgeboten. Namentlich bis zur Friedrichstraße war der Verkehr ziemlich unterbunden. Sonst ist von der „Via triumphalis der Hohenzollern" nichts zu melden.

Wie glaubhaft versichert wird, war im königlichen Marstall nicht nur Kavallerie, sondern auch Artillerie untergebracht.

Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlungen in der Hasenheide und in der Viktoriabrauerei waren überfüllt; Tausende konnten keinen Einlaß finden. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Demonstranten durch die angrenzenden Straßen und vereinigten sich mit einem Zuge, der aus Schöneberg kam. Die Teilnehmerzahl wird auf etwa 20 000 geschätzt. Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht wechselten mit Arbeitergesängen ab. Am Winterfeldtplatz wurde eine Ansprache gehalten und ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht. Damit war die Demonstration zu Ende. Polizei war fast nirgends zu sehen; vor den Versammlungslokalen waren die üblichen Posten aufgestellt.

Dritter Wahlkreis.

Auch hier waren die Versammlungen überfüllt. Die Teilnehmer zogen zwanglos nach dem Stadtinnern. Während die Versammlungsbesucher, die in den Arminhallen waren, ungehindert bis zur Wilhelmstraße vordringen konnten, wurden die aus dem Gewerkschaftshause Kommenden schon am Kaiser-Franz-Grenadierplatz aufgehalten. Man versuchte trotzdem, weiter zu kommen, was auch teilweise gelang. Der Zug, an dem etwa 10 000 Personen teilnahmen, kam bis zum Gendarmenmarkt und zerstreute sich dann langsam.

Vierter Wahlkreis.

Eine imposante Kundgebung war die Demonstration im 4. Berliner Reichstagswahlkreise, der den östlichen Teil der Stadt umfaßt. Die fünf Versammlungen im Kreise waren überfüllt, Zehntausende fanden keinen Einlaß. Die Demonstranten kamen truppweise. Aus dem Nordosten der Stadt kam ein Zug von etwa 1000 Personen; ihm schlossen sich immer neue Massen an. Im Nu war eine Menge von über 10 000 Personen am Elysium in der Landsberger Allee, die dann unter Gesang von Arbeiterliedern und mit Hochrufen auf das freie Wahlrecht die Petersburger Straße entlanggingen. Inzwischen waren auch die Versammlungen beendet; jetzt gruppierten sich die Massen in einem Zuge, wie ihn der Osten Berlins bisher noch nicht gesehen hat. Alle Fenster waren von Schaulustigen dicht besetzt; an der Frankfurter Allee vereinigte sich der Zug mit weiteren Demonstranten. Jetzt ging es durch die Warschauer Straße über die Oberbaumbrücke nach dem Schlesischen Tor, wo bereits gewaltige Menschenmassen die Ankommenden erwarteten. Hier wurde eine kurze Ansprache gehalten und mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht gingen die Demonstranten, die auf etwa 40 000 Personen geschätzt wurden, auseinander. Auf dem ganzen Wege war kein Schutzmann zu sehen, weshalb es auch zu keinerlei Zwischenfällen kam.

Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung war sehr stark besucht. Nach Schluß formten sich die Teilnehmer zu einem imposanten Demonstrationszuge, der sich an der Friedrichstraße mit Demonstranten aus andern Kreisen vereinigte. Unter den Linden beschützte ein starkes Schutzmannsaufgebot Kaiser und Thron.

Sechster Wahlkreis.

Im Norden der Stadt waren die Versammlungen ebenfalls überfüllt, Polizei war fast nirgends zu sehen. Schon am frühen Vormittage wurden die Schutzleute von den Außenbezirken in Massen nach der inneren Stadt dirigiert. Von dem bekannten Versammlungslokal der Schönhauser Gegend, dem „Berliner Prater", zog nach 1 Uhr, als die überfüllte Versammlung ihr Ende erreicht hatte, ein mächtiger Zug die Schönhauser Straße hinunter, wo er mit Pankower Demonstranten zusammentraf. Am Humboldtpark kamen auch die übrigen Demonstranten aus dem 6. Kreise und aus Charlottenburg. **Die rote Fahne wurde entfaltet und eine imposante Massenversammlung, an der wohl 50 000 bis 60 000 Menschen teilnahmen, fand auf dem großen Wiesengrunde** statt. Genosse Ledebour und der Demokrat Dr. Breitscheidt hielten Ansprachen. Arbeitergesänge ertönten, und die Hochrufe auf das freie Wahlrecht wollten nicht enden. In der Bockbrauerei und in den Pharussälen standen die Versammlungsteilnehmer dicht gedrängt. Die geräumigen Lokalitäten und Gärten faßten nicht die Menge.

Nach Schluß der Versammlungen bildete sich ein imposanter Zug, der durch die Straßen des Nordens zog und sein Ziel (Humboldthain) ohne Zwischenfälle erreichte.

In der Turmstraße sah man keine Polizeibeamten, wohl aber waren einige Dutzend Unteroffiziere in der Feuerwache untergebracht.

* * *

In den Berliner Vororten fanden gleichfalls Demonstrationsversammlungen statt, die durchweg einen Massenbesuch aufzuweisen hatten. In den größeren Orten: Rixdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Ober-Schöneweide, Lichtenberg u. a. m. waren die Versammlungssäle viel zu klein, um die Erschienenen zu fassen. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Demonstranten nach dem Stadtinnern. Mächtige Züge begaben sich nach Berlin. Im allgemeinen war die Polizei zurückhaltend; nur in Rixdorf kam es zu Zusammenstößen. Hier nahmen an der Wahlrechtsdemonstration über 8000 Personen teil. Kurz vor dem Auseinandergehen des Zuges schritt die Polizei gewaltsam ein. Die Demonstranten hatten sich auf dem Richardplatz vereinigt, wo eine Ansprache gehalten wurde. Die Polizei schlug rücksichtslos auf die wehrlose Menge ein; ernsthafte Verletzungen sind indes nicht vorgekommen.

* * *

Kottbus. Nach Schluß der Versammlung demonstrierten zirka 3000 Personen. Die Polizei war aufgeboten, ebenso ein Regiment Infanterie mit scharfgeladenen Gewehren; jedoch gab es keine Arbeit für sie.

Rathenow. Mehr als 1500 Personen, die Versammelten zogen nach Schluß durch die Straßen der Stadt. Die Polizei war zurückhaltend.

In Spremberg und Forst waren die Versammlungen stärker besucht als sonst. Die Umzüge verliefen ohne Störung.

Im Fürstenwalde war die Versammlung von über 2000 Personen besucht; die Teilnehmer zogen am Schluß durch die Stadt, ohne irgendwie gehindert zu werden.

In Magdeburg begann sich eine Stunde vor Beginn der Versammlungen die Hauptstraße mit Demonstranten zu füllen, deren Menge bald zu Tausenden anschwoll. Unter Hochrufen und dem Gesang von Wahlrechtsliedern zogen die Massen nach den in den Vororten belegenen Versammlungslokalen. Die Zahl der Teilnehmer dürfte mit 10 000 nicht überschätzt sein. Nach Schluß der Versammlungen begaben sich die Massen wieder nach der Stadt. Dem Andrang der Menge vermochte die Polizei nicht standzuhalten, und bald waren die Hauptstraßen wieder mit Demonstranten gefüllt. Zum Schluß kam es zu einer Kundgebung vor dem Rathause und der Wohnung des Oberbürgermeisters. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Erwähnt sei noch, daß die Versammlungen eine Deputation zu dem Landtagsabgeordneten Gruson sandten, der sich ganz im nationalliberalen Sinne über die Wahlrechtsvorlage aussprach. Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden insgesamt 40 Versammlungen statt. Ueberall war die Beteiligung, sowohl an den Versammlungen, als auch an den Straßendemonstrationen, außerordentlich stark. So waren in Halberstadt über 2000 Teilnehmer, in Burg 1200, Oschersleben 1100, Straßfurt 600, Thale 600, Osterwieck 500, Quedlinburg 400, Calbe a. S. 300 und Salzwedel 350 Personen. Im Wahlkreise Wandsleben demonstrierten mehrere nahe beieinander liegende Orte gemeinsam, so daß es in Großottersleben zu einer Teilnehmerzahl von 2000, in Westerhüven zu einer solchen von 1700 Personen kam. In Thale zog die Polizei blank und trieb die Demonstranten auseinander.

Aus Halle a. S. werden schwere Polizeibrutalitäten gemeldet. Als nach 11 Uhr Tausende zu den Versammlungen strömten, wurden schon viele Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei schritt rücksichtslos ein. Die abgesperrten Versammlungen waren von über 6000 Personen besucht. Große Massen fanden keinen Einlaß. Nach Schluß zogen die Massen unter Absingen der Marseillaise heimwärts. Am Stadttheater trafen die Züge aufeinander. Hier waren ungefähr 15 000 Menschen versammelt. Die Polizei war überrascht und requirierte **berittene Artillerie.** Auch eine Kompagnie Infanterie wurde herbeigerufen. **Ohne jede Aufforderung, den Platz zu räumen, sprengte plötzlich die Polizei zwischen die Menge und richtete ein fürchterliches Blutbad an.** Mehrere Passanten erlitten entsetzliche Verletzungen; auch zwei Kinder wurden schwer verwundet. **Die Attacke wiederholte sich mehrfach.** Der Theaterplatz war von allen Seiten abgesperrt, so daß es der Menge nicht möglich war, sich zu zerstreuen. Die Verletzten mußte man mit **Krankenwagen** fortschaffen. Außerdem wurden 50 bis 60 Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten geschlossen abgeführt. **Mit Vorliebe hieben die Polizisten auf Fliehende ein.** Noch um 3½ Uhr wurde auf dem Markt in das zahlreich versammelte Publikum hineingeritten. Hierbei wurden auch wieder Kinder verletzt.

In Bitterfeld referierte Genosse Ploog-Leipzig vor überfüllter Versammlung, an die sich eine imposante Straßendemonstration anschloß.

Eilenburg. Zu einer imposanten Wahlrechtsdemonstration gestaltete sich die hier im Gewerkschaftshause abgehaltene Protestversammlung gegen die neue „Wahlreform". Zirka 800 Personen hörten dem Referate des Genossen Döhnel-Leipzig zu, und zogen dann im losen Zuge nach der inneren Stadt. Da die Polizei vernünftig genug war und die friedlichen Demonstranten gewähren ließ, fanden keinerlei Störungen statt.

Schkeuditz. Unsre Protestversammlung tagte am 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lindenhof, hier, und war von ca. 550 Personen besucht. Referent war Genosse Pollender-Leipzig. Die Versammlungsteilnehmer zogen in gewaltigem Zuge nach der Wohnung des Bürgermeisters, dort in lebhafte Hochs auf das gleiche allgemeine geheime Wahlrecht ausbrechend.

Die Versammlungen in der Umgegend Kassels waren außerordentlich stark besucht. Es herrschte überall begeisterte Kampfesstimmung.

In Kassel selbst konnte wegen der Stadtverordnetenwahl, für die mehrere Versammlungen einberufen waren, keine Wahlrechtsdemonstrationsversammlungen stattfinden.

In Mühlhausen in Th. war die Mittagsversammlung von etwa 1000 Personen besucht. Die gesamte Schutzmannschaft und ein starkes Gendarmerieaufgebot stand in Bereitschaft. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer vor das Rathaus. Die Schutzleute versuchten, die Demonstranten zu zerstreuen. Es wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

In Nordhausen fanden zwei große Versammlungen statt, an die sich ein Umzug bis zur Mitte der Stadt schloß. Die Gendarmen aus dem ganzen Bezirk waren zusammengezogen, verhielten sich aber ruhig, so daß die Demonstration ohne Zwischenfälle verlief. — In dem nahegelegenen Sangerhausen war Militär für etwaige Zwischenfälle in Nordhausen bereitgehalten.

Die Versammlung in Erfurt war von 1600 Personen besucht. Hunderte mußten umkehren. Nach Schluß zogen die Teilnehmer vor das Regierungsgebäude und brachten Hochrufe auf das freie Wahlrecht aus. Polizei und berittene Gendarmen gingen energisch gegen die Demonstranten vor. Das Militär war in Bereitschaft. In Ilversgehofen bei Erfurt nahmen 500 Personen an der Versammlung teil.

In Schönebeck a. d. Elbe waren 1600 Personen versammelt. Nach der Versammlung fand ein Umzug durch verschiedene Straßen statt. Die Demonstranten zogen vor das Rathaus und brachten dort ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht aus. Die Polizei hat einige Personen festgenommen.

Bremerhaven. In den Unterweserorten wurden zwei Versammlungen abgehalten, die von über 2000 Personen, darunter viele Frauen, besucht war. Es fanden zum erstenmal Straßendemonstrationen statt. Deputationen gingen zum Landtagsabgeordneten Klußmann, wurden aber nicht vorgelassen. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend.

In Hannover wurden 13 Versammlungen abgehalten. Die Teilnehmerzahl wird auf 20 000 bis 25 000 Personen geschätzt. Die Polizei war gewaltig gerüstet, verhielt sich aber passiv.

Harburg. Trotz zweier am Mittwoch abgehaltener, überfüllter Versammlungen demonstrierten am Mittag 3000 Personen. Die Straßendemonstration verlief in musterhafter Ordnung, weil die Polizei ferngeblieben war.

In Altona-Ottensen glänzende Kundgebungen. Im Englischen Garten 6000 Teilnehmer. Im Sternzahl 2000. In Ottensen zwei überfüllte Versammlungen mit 4000 Personen. Große Absperrungen. Schutzleute zurückhaltend. Polizeihauptmann Klaeber aggressiv durch rücksichtsloses Hineinreiten.

Kiel. Im Kieler Wahlkreise fanden 15 Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. In Kiel nahmen 10 000 Personen daran teil. Die Demonstranten zogen in geschlossenen Trupps nach den Versammlungslokalen. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer in vier großen Zügen durch die Hauptstraßen der Stadt. Am Gewerkschaftshause wurden die Züge, die sich inzwischen vereinigt hatten, durch die Polizei gesprengt. Man vereinigte sich wieder und zog vor das Haus des Oberbürgermeisters. Auf dem Exerzierplatze zog die Polizei blank, die Menge verhielt sich aber ruhig, so daß die Polizei von der Waffe keinen Gebrauch machen konnte.

Stettin. Aus acht Versammlungen zogen etwa 7000 Personen nach dem Innern der Stadt. Die Polizei hatte den Paradeplatz abgesperrt. Infolgedessen bewegte sich der Zug durch die vornehmeren Viertel, um sich dann in einer Vorstadt aufzulösen. Es wurden vereinzelte Sistierungen vorgenommen. Während des ganzen Nachmittags fand auf dem Paradeplatz über eine Stunde lang ein Massenspaziergang statt, den die Polizei nicht verhindern konnte.

In Biebrich a. Rh. fand eine auch von Bürgerlichen sehr stark besuchte Versammlung statt. Die einstimmig angenommene Resolution wurde durch eine Deputation dem nationalliberalen Landtagsabgeordneten Wolff übermittelt. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen; auch die Mannschaften der Unteroffizierschule waren in der Kaserne konsigniert. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer vor die Wohnung des Abgeordneten Wolff und brachten Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht aus.

In Graudenz nahmen etwa 450 Personen an der Versammlung teil.

Königsberg. Gewaltige Demonstration auf dem Paradeplatz. Versammlung Ludwigshof sehr stark besucht, riesiges Polizeiaufgebot. Straßenabsperrungen, mehrere Verhaftungen.

Tilsit. Versammlung unter freiem Himmel, 700 Teilnehmer. Vorher und nachher Straßendemonstrationen ohne ernste Zwischenfälle.

Köln a. Rh. **Die Kölner Parteigenossen zogen um 11 Uhr vom Dom aus in gewaltigem Zuge zur südlichen Stadt, wo drei Versammlungen stattfanden. Die zu mehreren hundert Mann**

---

gangsformen hatte er die glückliche Gabe, sich leicht Freunde zu erwerben; vor allem aber verstand er es in einer wahrhaft genialen Weise, sich einflußreiche Männer zu verpflichten. Es war ihm bereits geglückt, zwei wichtige Aemter in der städtischen Verwaltung von San Francisco zu erhalten; er war Anwalt des Sheriffs (der von den Bürgern gewählte höchste Exekutivbeamte eines politischen Bezirks) und Gehilfe des Anwalts beim Bezirksgericht geworden. Die Großzügigkeit des Charakters seines Vaters war bei ihm in hochgradige Selbstsucht umgeschlagen, mit der sich schrankenloser Ehrgeiz verband. Im Gegensatz zu Magnus, der während seiner politischen Laufbahn sich lediglich als Vertreter von Grundsätzen betrachtete, denen er Geltung verschaffen wollte, hatte Lyman nur das zu erstrebende Amt und die damit verbundene, persönliche Macht und Größe im Auge. Er gehörte zu der neuen Schule, die ihre Ziele nicht durch Reden vor gesetzgebenden Körpern und Versammlungen zu erreichen sucht, sondern durch Ausschußsitzungen, Zusammenkünfte von Parteiführern, Vergleiche und Rücksichten der Zweckmäßigkeit. Sein ganzes Streben war darauf gerichtet, dereinst tatsächlich zu werden, was der Vater nur dem Namen nach war — Gouverneur. Mit zusammengebissenen Zähnen hatte er den unerschütterlichen Vorsatz gefaßt, eines Tages den Gouverneurssessel in Sacramento einzunehmen.

„Lyman hält sich gut," antwortete Magnus. „Ich möchte wünschen, daß er ausgesprochener in seinen Ueberzeugungen wäre und weniger zu Kompromissen neigte. Aber ich bin von dem Ernste seines Strebens überzeugt und finde in ihm ein entschiedenes Talent für Regierung und Verwaltung. Sein Ehrgeiz verdient Anerkennung; wenn er etwas mehr auf die anzuwendenden Mittel und weniger auf die Ergebnisse bedacht wäre, würde er sicherlich der ideale Diener des Volkes sein. Ich bin unbesorgt. **Die Zeit wird kommen, wo der Staat stolz auf ihn sein wird."**

(Forts. folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zu Fuß und zu Pferde aufgebotene Polizei drängte den Zug zunächst in eine Nebenstraße, doch vereinigten sich die Teile bald wieder, um nach ½stündigem Zuge in einer Zahl von insgesamt 10 000 Mann am Ziele einzutreffen. In der Hauptversammlung redete Genossin Zetkin. Unter minutenlangem Beifall der Versammelten erklärte sie: Rufen Junker, hoch der Staatsstreich!, so rufen wir, hoch die Republik! Eine Kundgebung wie die heutige hat Köln noch niemals gesehen. Die Demokratische Vereinigung hatte am Sonnabend eine Volksversammlung veranstaltet, in der sie gegen die Wahlrechtsvorlage protestierte, und für Preußen das Reichstagswahlrecht und eine neue Wahlkreiseinteilung verlangte.

In Elberfeld-Barmen 7 Versammlungen, Besucherzahl über 4000, Elberfeld Demonstrationen durch die Hauptstraßen zum Königsplatz, dort Hoch ausgebracht, Polizeiarbeit unerheblich.

Barmen, Hauptstraßen durch doppelte Ketten abgesperrt, Demonstranten durch Nebenstraßen gezogen. Beteiligung in beiden Städten über 8000.

In Wahlkreis Düsseldorf 4 überfüllte Versammlungen, nachfolgend Straßendemonstration durch die Hauptstraßen der Stadt von 10 000 Personen, die vor die Wohnungen des Abg. Kirch, des Herrenhausmitglieds Marx zogen. Polizei zurückhaltend.

Ronsdorfer Versammlung von über 400 Personen besucht, Resolution einstimmig angenommen, Demonstration durch die Stadt bis zum Rathaus, Hochrufe auf das Wahlrecht, Polizei ziemlich passiv.

Remscheid. Referent Liebknecht, 3000 Personen, Hunderte fanden keinen Einlaß. In zwei immer anschwellenden Zügen zum Volkshaus. Am Bahnhof wurden Liebknecht Ovationen gebracht. Da sich die Polizei taktvoll benahm, wurden Zusammenstöße vermieden.

Hagen. Drei überfüllte Versammlungen, Straßendemonstration glänzend verlaufen, über 3000 Personen, Polizei verhielt sich ruhig. Die Demonstranten trugen Schilder mit der Aufschrift: Hoch das allgemeine Wahlrecht! Nach einstündiger Dauer löste sich der Zug auf.

Dortmund. Völlig überrascht wurden Behörden und Bürgertum durch die mächtige Demonstration. 12 000 Menschen zogen durch die Hauptstraßen der Stadt, sangen Kampfeslieder, brachten Hochs auf das Wahlrecht aus. Der Zug bewegte sich zu den Wohnungen der Abgg. Schmieding und Haarmann, die nicht anwesend waren. Die Polizei kam zu spät, um den Eindruck der Demonstration stören zu können.

Essen. Mächtige Demonstrationsversammlung, Referent Gewehr, 15 000 Personen im Demonstrationszug, der in das Zentrums-Arbeiterviertel, Essen-West, zog. Ungeheures Schutzmannsaufgebot, innere Stadt abgesperrt. Lange Zeit nach den Demonstrationen wurden auch einzelne Passanten nicht nach dem Innern der Stadt gelassen. Da die Polizei sich ruhig verhielt, wurde die Ruhe und Ordnung nicht gestört.

Bochum. Die Versammlung für den südlichen Teil des Kreises Bochum fand im Riesensaale des Schützenhauses, der überfüllt war, statt. Bis weit aus den Ruhrbergen waren die Arbeiter herbeigeeilt, um zu protestieren. Unter dem Absingen der Marseillaise zogen die Teilnehmer in geschlossenem Zuge durch die Stadt. Am Landgerichtsgebäude wurde das erste Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht. Die Polizei verhielt sich reserviert.

Gelsenkirchen. Versammlung überfüllt. Demonstrationszug 3000 Personen, ruhig verlaufen, Polizei verhielt sich passiv.

Frankfurt a. M. Versammlung im Zirkus Schumann von 7000 Personen besucht. Tausende standen noch vor dem Lokal. Plötzlich erschienen berittene Polizisten, die schonungslos in die Leute hineinritten. Ein Frau mit einem Kind auf dem Arm wurde zu Boden geritten und mußte von der Rettungswache abgeholt werden. Die Polizisten ritten sogar in die Häuser hinein und hieben auf harmlose Passanten ein. Nach Schluß der Versammlung zogen etwa 20 000 Teilnehmer nach dem Hohenzollernplatz. Die Polizei war völlig überrascht, denn sie hatte in der Kaiserstraße abgesperrt. Die Demonstranten wurden von 20 berittenen Schutzleuten eingeholt, zahlreiche Personen wurden verletzt. Auch in andern Straßen fanden schwere Zusammenstöße mit der Polizei statt. Unter lauten Pfuirufen der Massen sprengte die Polizei in der Nähe des Hirschgrabens abermals in die Demonstranten hinein. Sogar in das Haus drang die Polizei ein, in dem sich die Redaktion der Volksstimme befindet. Verschiedene Genossen wurden verhaftet, nach einigen Stunden aber wieder freigelassen. In bürgerlichen Kreisen wird das Vorgehen der Polizei scharf verurteilt.

Striegau (Schlesien). Um 11 Uhr vormittags stark besuchte Versammlung, dann Demonstrationszug um den Ring, hierauf eine weitere ebenfalls überfüllte Versammlung.

Ratibor. In Oberschlesien fanden Versammlungen statt in Ratibor, Königshütte, Beuthen, Kattowitz, Zabrze und Zaborze, die sämtlich überfüllt waren. Die Polizei starrte in Waffen, bekam aber nichts zu tun, weil von Straßendemonstrationen abgesehen wurde.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Arbeiter-Aktienschwindel des amerikanischen Stahltrusts.

Der nordamerikanische Stahltrust hat bekanntlich die in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter dadurch zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzudrücken versucht, daß er sie zu Teilhabern des Trusts, zu Aktionären, machte. Die Arbeiter, die von gewerkschaftlicher Seite kaum je etwas andres zu hören bekommen hatten, als die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, sind denn auch zu einem nicht unbedeutenden Teil auf den Leim gekrochen. Die scheußlichen Verhältnisse in den Betrieben des Stahltrusts, namentlich aber dessen rücksichtslose Ausmerzung aller organisierten Stahlarbeiter, haben nun bekanntlich die Federation of Labour zu einem Kampfe mit dem Stahltrust gezwungen, wobei sich der früher gemachte Fehler offenbarte, den Arbeitern die Idee des Klassenkampfes als sinnlos zu denunzieren und dafür die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit zu proklamieren. Die 40 000 bis 50 000 Stahlarbeiter — so viel sollen Aktien besitzen — die sich zu Teilhabern des Stahltrusts „aufgeschwungen" haben, hängen jetzt der Federation of Labour in ihrem Kampfe gegen den Stahltrust als schweres Bleigewicht an den Füßen. Wenigstens wird es beträchtlicher Mühen bedürfen, um diese Arbeiter von ihren wirklichen Interessen zu überzeugen, sie trotz des Aktienbesitzes zum Kampf zu bewegen. Ein absolut sicheres Mittel, die Ausgebeuteten an ihre Ausbeuter zu fesseln, ist allerdings auch diese famose Erhebung der Arbeiter zu Aktionären nicht. Das empfinden jetzt anscheinend auch die Trustmagnaten, wie aus einer Zuschrift aus Neuyork an die Deutsche Arbeitgeberzeitung hervorgeht. Es wird dort als fraglich bezeichnet, ob „die im Besitz der Arbeiter befindlichen Aktien die genügende Kraft besitzen werden, den Streik zu hindern, wenn er wirklich durchgeführt werden sollte". Es ist natürlich zu wünschen, daß dieser Zweifel seine volle Berechtigung haben möge.

Weit wichtiger aber als dieses Geständnis ist die offenherzige Darlegung des infamen Aktienschwindels, den die Trustmagnaten an den Arbeitern begangen haben. Vor fünf Jahren — wie wir kürzlich mitteilten, schon 1903 — habe die Steel Co. angefangen, ihren Arbeitern Stammaktien im Nominalwerte von 100 Dollar zu dem Kurse von 60—65 Dollar gegen kleine Abzahlungen zu verkaufen; sie soll damals 25 000 Stück losgeworden sein. Es sei aber anzunehmen, heißt es in der Zuschrift, daß die meisten dieser Aktien nicht mehr in den Händen von Arbeitern sind, denn erstens arbeite ein amerikanischer Arbeiter selten fünf Jahre in einem Betriebe, dann aber habe der Trust auf diese famosen Arbeiteraktien anfangs überhaupt keine Dividende gezahlt. Das hatte zur Folge, daß der Kurswert der Aktien rapid sank, von 60 bis 65 Dollar auf 28 Dollar herab. Erst als sich die Trustmagnaten bewogen fühlten, 2 bis 2½ Prozent Dividende zu verteilen, hob sich der Kurs dann „mühevoll auf 46 und blieb da". Hier ist also an den Arbeitern offener Betrug verübt worden. Sie mußten die Aktien zum Kurse von 60 bis 65 erwerben. Als es keine Dividende darauf gab, schlugen sie natürlich diese Schwindelpapiere zu jedem Preise los, was den Kurs dann glücklich auf 28 herabdrückte. Wenn überhaupt, so haben nur die ersten Verkäufer den vollen Kurswert erhalten, alle nachfolgenden aber haben ganz bedeutende Verluste erlitten, bis zu 37 Dollar oder über 155 Mk. pro Aktie. Wer von den glücklichen, vom Geiste der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit beseelten Stahlarbeitern nun etwa nur zehn Aktien erworben hatte, hat bei diesem famosen Geschäft gut seine anderthalbtausend Mark verplempert, sicher in die Taschen des Trusts. Denn daß dieser der Käufer solch „billiger Papierchen" war, deren Kurse er ja selbst „gemacht„ hatte, ist unschwer anzunehmen. Denn „selbst zu den Zeiten der höchsten Konjunktur, als der Trust Hunderte von Millionen Dollar zur Verfügung hatte, um fast den ganzen Riesenbetrieb neu einzurichten und mit einem Aufwand von 75 Millionen Dollar die Eisenstadt Gary zu erbauen, zahlte er nicht mehr als 2½ Prozent Dividende. Erst 1909, gerade nachdem die große Krise überwunden war, erklärte er zum erstenmal eine Dividende von 4 Prozent, und die Aktien avancierten im Kurse bis 91 Dollar".

Klipp und klar wird hier also zugegeben, daß selbst in den Jahren, da der Trust Riesengewinne einstrich, es ihm nicht einfiel, die Dividende der Arbeiteraktien zu erhöhen, den Arbeitern somit wirklich einen Gewinn zuzuführen. Erst im Jahre 1900 ließ er sie auf 4 Prozent steigen, und warum? — Nun, es galt, aufs neue Dumme einzuseifen! — Der Trust hat nach Angaben der Zuschrift in diesem Jahre 18 000 neue Vorzugsaktien zum Kurse von 110 Dollar und 15 000 Stammaktien zum Kurse von 50 Dollar an die Arbeiter abgegeben. Die Kurse der Aktien sollen inzwischen auch stark gestiegen sein, so die Stammaktien von ihrem Anschaffungswert von 750 000 Dollar auf 1 378 000 Dollar, und die Vorzugsaktien von ihrem Anschaffungswert von 1 980 000 Dollar auf 2 206 000 Dollar. Aber auch diese Schiebung hat ihren tiefen Sinn, der leider nur den Nächstbeteiligten, den Stahlarbeitern, zunächst noch verborgen zu bleiben scheint. Die Trustmagnaten brauchen jetzt, da die American Federation of Labour gegen sie vorgehen will, eine völlig ergebene Schutztruppe. Da darf man natürlich nicht die Dividende völlig ausschalten, wie vor fünf und mehr Jahren, als der Köder bei den Unionsmännern noch freudige Zustimmung fand als Bestätigung ihrer Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Jetzt heißt es, ein paar Dollar opfern, um der Streikbrechergarde sicher zu sein. Wenn sie dann ihre Pflicht im Dienste des Trustkapitals erfüllt hat, wird auch ihr der Lohn werden, der jetzt schon in der Kalkulation der Trustmagnaten ihr zugebucht ist. Vielleicht wird dann dieser Arbeiteraktienschwindel aber auch den nordamerikanischen Gewerkschaftern den Star gestochen haben.

Deutsches Reich.

Schwindelstatistiken der Scharfmacher im Baugewerbe.

Vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist kürzlich ein Tabellenwerk herausgegeben worden, in dem Angaben über Bauarbeiterlöhne und Lebensmittelpreise gemacht wurden, die zweifellos bei den kommenden Tarifverhandlungen eine Rolle spielen werden. Damit soll offenbar der Nachweis geführt werden, daß die Löhne im Vergleich zu den Preisen verschiedener Bedarfsartikel unverhältnismäßig stark gestiegen seien. In welch tendenziöser Weise dabei den Tatsachen Gewalt angetan wird, soll folgendes Beispiel veranschaulichen.

Nach den Angaben der Unternehmer gestalteten sich die Löhne für Zimmerer im Zeitraum der letzten zehn Jahre in den benannten acht Städten wie folgt:

	Lohn per Stunde in Pfg.		Steigerung per Stunde	
	1900	1910	in Pfg.	in Proz.
Darmstadt . . .	37	47	10	27
Frankfurt a. M. .	42	55	13	30
Friedberg i. H. .	35	43	8	23
Hanau a. M. . .	39	45	6	15
Höchst a. M. . .	42	49	7	17
Mainz	38	51	13	34
Offenbach a. M. .	42	49	7	17
Wiesbaden . . .	40	49	9	22,5

Die Löhne für 1910 in dieser Tabelle stimmen, mit Ausnahme derer für Zimmerer in Wiesbaden. Wie aber sieht es mit den Angaben für 1900 aus und wie infolgedessen mit der herausgerechneten Steigerung? — Nach dem in der Nr. 5 der Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe für das Jahr 1910 abgedruckten Protokoll über die Generalversammlung des betreffenden Verbandes hat ein Herr Beck aus Offenbach angeregt, einmal die im Jahre 1900 an die Maurer und Zimmerer gezahlten Löhne festzustellen. Das ist sofort geschehen. Es wurden alsbald nach den Angaben der betreffenden Herren Delegierten folgende Stundenlöhne an die Arbeiter festgestellt: (Die nach diesen Angaben im Protokoll verzeichneten Löhne sind in nachstehender Tabelle eingesetzt und danach ist nun die Steigerung berechnet worden, wobei sich ein wesentlich andres Endresultat ergibt. Es handelt sich, wie gesagt, um Unternehmerangaben.)

	Lohn per Stunde in Pfg.		Steigerung per Stunde		Zuviel berechnete Steigerung
	1900	1910	Pfg.	Proz.	in Proz.
Darmstadt . .	42	47	5	12	15
Frankfurt a. M.	48	55	7	14,5	15,5
Friedberg i. H.	38	43	5	13	10
Hanau	43	45	2	4,5	11,5
Höchst a. M. . .	45	49	4	9	8
Mainz	43	51	8	18	16
Offenbach a. M.	44	49	5	12	5
Wiesbaden . .	45	48	3	7	15,5

An dieser Gegenüberstellung wird einmal gezeigt, wie die Oeffentlichkeit irregeführt wird, um bei Lohnkämpfen Stimmung gegen die Arbeiter zu machen: die Löhne für 1900 werden um einige Pfennige niedriger angegeben als sie in Wirklichkeit sind, um eine recht kräftige Steigerung herausrechnen zu können. Der Arbeitgeberbund kann sich nicht einmal auf seine Unwissenheit berufen, da in Frankfurt und Offenbach seinerzeit tarifliche Vereinbarungen mit seinen Mitgliedern bestanden, in denen die Löhne ausdrücklich festgesetzt waren. Zweifellos wird es gelingen, solche Manipulationen noch in andern Zahlen dieser „Statistik" nachzuweisen

*

Neue Praktiken vom Zechenarbeitsnachweis.

Bei den Debatten über den Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrgebiet bezeichnete es Herr v. Sydow als einen großen Fortschritt, daß an Stelle der sechsmonatigen Aussperrung für die sogenannten kontraktbrüchigen Bergleute eine Aussperrungsdauer von 14 Tagen getreten sei. Neuerdings werden nun aber auf den Zechen des Ruhrgebiets an die Bergleute Zettel verteilt, in denen es heißt:

Sie werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß, falls Sie sich auf unserer Zeche einen Kontraktbruch zuschulden kommen lassen, Sie dieserhalb sechs Monate auf keiner anderen dem Zechenverband angeschlossenen Zeche zur Arbeit angenommen werden dürfen.

Daß der Zechenverband so schnell die Maske fallen lassen würde, war allerdings nicht anzunehmen. Die Informationen, die sich Herr v. Sydow bei den Zechenbaronen geholt hat, bestätigen sich somit immer mehr als das, was sie von der Arbeiterpresse damals genannt wurden, als grober Schwindel, berechnet, die Arbeiter und die Oeffentlichkeit zu täuschen.

*

Wie sich die Gelben aushalten lassen.

Der Verein deutscher Eisengießereien hält am 14. Februar in Frankfurt a. M. eine Ausschußsitzung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderm: Antrag des Schriftamtes gelber Arbeitervereine auf Unterstützung einer Zentralunterstützungskasse nichtgewerkschaftlicher Arbeiter.

Ein neuer Beweis, wie die Gelben vom Unternehmergelde leben.

Ausland.

Zur Lage im englischen Bergbau.

In Northumberland scheint es zu keinem ernsten Konflikt zu kommen. Denn wie aus New Castle (Northumberland) gemeldet wird, hat die am 12. Februar vorgenommene Abstimmung der Kohlengrubenarbeiter über die Streikfrage 14078 Stimmen für und 13087 Stimmen gegen den Streik ergeben. Es wurde also die verlangte Zweidrittelmajorität nicht erreicht, weshalb der Streik wenigstens in Northumberland unterbleiben wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 14. Februar. Im Landkreise fanden große Demonstrationen statt. 400 Personen zogen vor das Schloß des Grafen Carmer-Zieserwitz. Vier berittene Gendarmen begleiteten sie. Der Graf war leider verreist. Es wurden deshalb vor dem Schloß eine Ansprache gehalten und Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht. Dann erfolgte Abmarsch nach Neumarkt unter Gesang der Internationale. Dort wurde auf dem Ringplatz demonstriert. Die zweite Gruppe begab sich zum Grafen Harrach nach Sägewitz, an ihr nahmen 200 Personen teil. In Liegnitz marschierten 3500 Personen dreimal ums Rathaus und hielten dann eine Versammlung unter freiem Himmel ab. In Breslau selbst hatte die Polizei kolossale Rüstungen vorgenommen; das Militär war konsigniert. Es war alles nutzlos, da die Sozialdemokratie in der Stadt nichts geplant hatte.

Berlin, 14. Februar. Die Polizei wird gegen die Demonstranten, die ohne Polizeierlaubnis Umzüge veranstalteten, Strafantrag stellen.

Neumünster, 14. Februar. Hier kam es bei der gestrigen Demonstration zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Mehrere Verletzungen schwerer Natur wurden festgestellt, es erfolgten mehrere Verhaftungen.

Berlin, 14. Februar. Die Extraausgabe des Vorwärts meldet aus Königsberg: Vor und nach den Versammlungen kam es zu Straßendemonstrationen. Die Protestler durchzogen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht und unter Absingen von Kampfliedern die bedeutsamsten Verkehrsstraßen der Stadt. Am Königstor kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. **Es wurde mit blanker Waffe eingeschlagen und gab zahlreiche Verletzte, darunter drei Schwerverwundete, die nach dem Krankenhause geschafft werden mußten! Sie hatten Stiche im Rücken und Hiebe über Kopf und Hände erhalten. Die Pferde der Schutzleute und Gendarmen führten Reiterattacken aus, wobei viele Personen, besonders Frauen, zu Boden gerissen wurden und unter die Hufe der Pferde kamen.** Auch in andern Teilen der Stadt ging die Polizei in rücksichtslosester Weise vor. In der Villenkolonie Amalienau schlug sie gleichfalls mit blanker Waffe drein und die Demonstranten wurden über die freien Felder zurückgetrieben.

Berlin, 14. Februar. Im preußischen Abgeordnetenhause beantragte der Konservative Heydebrand im Seniorenkonvent eine Abänderung der Geschäftsordnung. Es soll der Ausschluß renitenter Mitglieder verfügt werden können, der Präsident soll das Wort ohne weiteres entziehen dürfen, wenn ein Redner länger als eine Stunde oder anderthalb Stunden spricht. Der Seniorenkonvent lehnte die Anträge mit der Bemerkung ab, daß diese nur als selbständige Anträge der Parteien eingebracht werden könnten.

Frankfurt, a. M., 14. Februar. Die von der Polizei bei den gestrigen Demonstrationen niedergerittene Frau ist ihren Wunden erlegen.

Halle a. S., 14. Februar. Bei den Ausschreitungen, die sich gestern mittag anläßlich der Wahlrechtsdemonstrationen ereigneten, wurden 9 Verwundete in die Klinik gebracht, von denen drei schwer verletzt waren. Die Polizei nahm 80 Verhaftungen vor, ließ jedoch am Abend sämtliche Verhaftete wieder frei. Eine Kompanie Infanterie wurde anläßlich des Zusammenstoßes beim Stadttheater alarmiert, kam jedoch nicht zum Eingreifen, da die Volksmenge inzwischen zerstreut worden war.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Oeffentliche politische Versammlung.

Dienstag, den 15. Februar, abends 8½ Uhr

Partei-Versammlung

des 12. und 13. Reichstags-Wahlkreises

im großen Saale des **Volkshauses**, Zeitzer Str. 32.

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Parteitages. 2. Abrechnung der Landtagswahl. 3. Wahl des Maikomitees. 4. Parteiangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Genossen und jeder Genossin zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich 8½ Uhr eröffnet. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Partei-Mitgliedsbuches.

Das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

*2345] J. A.: Karl Schroers, Leipzig, Brandvorwerkstr. 51, III.

Oeffentl. Volks-Versammlungen.

Referentin: Genossin Frau B. Sellnger-Wülfrath, Saalfeld

Dienstag, den 15. Februar, abends ½9 Uhr, im Goldnen Stern, Lössnig, und Mittwoch, den 16. Februar, abends ½9 Uhr, im Reichsverweser, Kleinzschocher:

Die Frau als politische Kämpferin.

Zu diesen Versammlungen sind die Frauen ganz besonders eingeladen.

Der Hauptvorstand des Sozialdemokr. Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis. [2635

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer St. 32, Port. rechts, H. I. Teleph. 12140.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Leipzig.

Bureauzeit: vormittags 8-9 Uhr, mittags 12—1 Uhr, abends 5—6 Uhr.

Heute Montag, den 14. Februar, abends 8½ Uhr

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus** (Café), Zeitzer Strasse 32.

Tagesordnung: 1. **Die Verschmelzung des Schmiede-Verbandes mit dem Metallarbeiter-Verbande.** Referent: Kollege **Plüghahn,** Hamburg. 2. Diskussion. 3. Bericht der Statutenberatungskommission.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. [2643

Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

Welches System ist das beste?

Diese Frage ist noch nicht gelöst. Ein jedes hat seine Vor- und Nachteile. Wir geben darum jedem Gelegenheit, das von ihm bevorzugte System zu erlernen, indem wir folgende

Anfänger-Kurse für Damen und Herren

eröffnen: [2640*

Donnerstag, den 17. Februar, abends ½9 Uhr:

Stenographie Scheithauer.

Dauer 2 Monate. — Honorar einschließlich Lehrmittel 2 Mk.

Freitag, den 18. Februar, abends ½9 Uhr:

Stenographie Stolze-Schrey.

Dauer 3 Monate. — Honorar einschließlich Lehrmittel 2.50 Mk.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags ½11 Uhr:

Stenographie Gabelsberger.

Dauer 5 Monate. — Honorar einschließlich Lehrmittel 3.50 Mk.

Alle Kurse finden in der **Globusschänke, Nordstrasse 24,** statt.

Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telephon 3784.

Klempner. **Freitag, den 18. Februar: Grosse öffentl. Versammlung** im **Gesellschaftssaale des Volkshauses.** Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen **Köhler: Der gewerbliche Arbeitsvertrag.** 2. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht

2641*] **Die Werkstellen-Kommission.**

Holzarbeiterverband

Zahlstelle Leipzig.

Sektion der Zelluloid- u. Stockarbeiter. **Dienstag, 15. Febr.,** abends ½8 Uhr: **Branchenversammlung** im Restaurant **Stadt Altenburg,** Lindenau, Markt. T.-O.: 1. Die letzten Vorkommnisse in der Branche, darunter besonders die Differenzen in der Firma Gnad. 2. Gewerkschaftliches. — Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet **Die Sektionsleitung.**

Grundlegende sozialistische Broschüren.

Wir empfehlen den Genossen zur Anschaffung:

Ignaz Auer: **Von Gotha bis Wyden**	20 ₰
Wilhelm Bracke: **Nieder mit den Sozialdemokraten**	10 ₰
August Bebel: **Unsere Ziele.** 56 Seiten	30 ₰
— **Akademiker und Sozialismus**	20 ₰
J. Dietzgen: **Die Zukunft der Sozialdemokratie**	20 ₰
Paul Fischer: **Marxsche Werttheorie.** 50 Seiten	30 ₰
Hermann Greulich: **Die materialistische Geschichtsauffassung**	25 ₰
Wilhelm Liebknecht: **Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen**	25 ₰
— **Wissen ist Macht, Macht ist Wissen.** 72 Seiten	30 ₰
Friedrich Engels: **Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.** 70 Seiten	40 ₰
Ferdinand Lassalle: **Ueber Verfassungswesen.** 90 Seiten	50 ₰
— **Offenes Antwortschreiben.** 72 Seiten	40 ₰
— **Die Wissenschaft und die Arbeiter.** 56 S.	40 ₰
Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital**	25 ₰
— **Das kommunistische Manifest**	20 ₰
— **Grundsätze u. Forderungen der Sozialdemokratie.** Erläut. z. Erfurter Programm.	10 ₰
Karl Kautsky: **Die historische Leistung von Karl Marx**	30 ₰
— **Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution.** 80 Seiten	40 ₰

Neuere sozialistische Schriften:

Karl Kautsky: **Der Weg zur Macht.** 104 Seiten	50 ₰
Julian Borchardt: **Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre.** 64 Seiten Großformat	40 ₰
Rosa Luxemburg: **Sozialreform oder Revolution?** Zweite ergänzte Auflage	40 ₰
Paul Lensch: **Sozialistische Literatur**	15 ₰

Alle Austräger der Zeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 und die **Filialen** und **Filialgeschäfte der Vororte.**

Stenographie!

In nachstehenden Lokalen eröffnen wir je einen

Unterrichts-Kursus

für Herren und Damen

Dienstag, den 15. Februar, abends ½9 Uhr, in **L.-Anger,** Restaurant zur Schmiede, Breite Straße 16; **Mittwoch, den 16. Februar,** abends ½9 Uhr, im **Volkshaus,** Zeitzer Str. 32, Zimmer Nr. 13; **Donnerstag, den 17. Februar,** abends ½9 Uhr, in **L.-Lindenau,** in der Turnhalle, Calvisiusstr.; **Donnerstag, den 17. Februar,** abends ½9 Uhr, in **L.-Plagwitz,** Restaurant Krug zum grünen Kranze, Ecke Merseburger und Weißenfelser Straße. — **Honorar gratis. Lehrmittel 2 Mk.**

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund Ortsgruppe Leipzig.

2471*]

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen

Ortsverwaltung Leipzig, Sektion 1 und 2.

Telephon 5044. Telephon 5044.

Donnerstag, den 17. Februar 1910

Grosses gemeinsames Winter-Vergnügen

2642] im

grossen neuerbauten Festsaale des **Volkshauses**

Zeitzer Strasse 32.

Bestehend in **Konzert, Buntes Theater** und **Ball.**

Grossartige Ueberraschungen. • Tombola.

Einlass 7 Uhr. :: :: :: Anfang 8 Uhr. :: :: :: Ende???

Programme

im Vorverkauf **20** Pfg., an der Kasse **25** Pfg.

Dieselben sind zu haben im Bureau, bei den Beikassierern sowie in beiden Verkehrslokalen u. im Volkshaus am Büfett.

Um zahlreichen Besuch bittet **Das Festkomitee.**

Neuer Gasthof Gohliser Str. 42.

Jeden Sonntag und Dienstag

Grosse Instrumental- u. Sänger-Konzerte

Darauf: **Ballfest.** [2444

Roßschlächterei und Speisewirtschaft

L.-Volkmarsdorf, Kirchstrasse 54

empfiehlt sich der geehrten Einwohnerschaft von Leipzig-Ost.

Ausnahmepreis Kochfleisch à Pfund 35 Pfg.

sowie alle Sorten **Wurstwaren.**

Sauerbraten mit Klösschen warm zu jeder Tageszeit.

2654*] Hochachtungsvoll **Emilie Weitz.**

Bären-Schänke

Nikolaistr. 15. Tel. 2765.

Empf. m. Lokalität. m. Gesellschaftsz., ff. Biere u. Speisen (tägl. Spezialger.). * Ergebenst **Joseph Lippert.**

Wasserfall

Katharinenstrasse 13/17.

Tägl. v. 5 Uhr nachm. bis 12 Uhr nachts:

Für Leipzig! ● Grösste Sensation! ● Für Leipzig!

D'Moosblümerin.

Neue, junge, frische bildsaubere Madeln

Achtung! Wirte u. Vereine.

Bookbiermützen, Karnevalartikel spottb. Käpsel, Dtzd. 17 ₰, Gr. 1.90 ℳ Käpsel m. Gua., Dtzd. 25 ₰, Gr. 2.50 ℳ **Studentenmützen,** Dtzd. 35 ₰, Gros 3.50 ℳ. **Booklieder, Schilder usw.**

Anna Wagner, Leipzig [*

Kreuzstraße 14, H. r. Kein Laden.

Reparaturen

an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführ. u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss *

Uhrmacher, **Tauchaer Str. 6.**

Schlüter-Brot.

Nahrhaft, knochenbildend, leicht verdaulich!

Alleinverkauf für Leipzig und Umgegend:

Leipziger Brotfabrik

Gebr. Joachim, Pätz & Co.

und deren durch Plakate kenntliche Verkaufsstellen.

Fernsprecher Nr. 4379.

[2646

Verwenden Sie nur

Lipsia-Senf-Essig

überall zu haben.

Anerkannt beste Marke, vorzüglich im Geschmack. *

Konfirmanden- u. Jünglings-Anzüge,

eleg. Ausführ., sind sehr preisw. abzugeb. **Kinder-Anzüge** weg. Aufgabe dieses Artikels zu jed. annehmbaren Preis. [1236*

J. Kindermann Salzgässchen 9, I.

Gummi-Artikel

z. Woch.-u. Kr.-Pflg., Bttelnl., Mutt.-spr., Mutter-u. Kilstierrohre, Leibb., Luftkss., Monatsb., Hienfong, Mass.-Art., Halskettch. f. zahn. Kind. Prsl. 30 ₰ **Auguste Graf,** Neumarkt 5.*

Für Liebhaber von Hausmusik

Hundert Lieder von Sven Scholander

für eine Singstimme

mit Begleitung von Laute (Gitarre) oder Klavier.

Das 1. und 2. Heft, enthaltend je 10 Lieder, ist erschienen.

Preis jedes Heftes 2 Mark.

Zu beziehen durch die

Leipziger Buchdruckerei A. G., Abteil. Buchhandlung, Tauchaer Str. 19/21.

Sonntag nachmittag entschlief nach langem, schwerem Krankenlager im 63. Lebensjahre unsere gute liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante [2655

Sophie verw. Alberts verw. gew. Trotte geb. Schwarze

Tiefbetrübt zeigt dies mit der Bitte um stilles Beileid an

Otto Trotte

im Namen der Hinterbliebenen.

Zeit der Beerdigung wird morgen bekannt gegeben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Die geheime Wahl.

Die Kölnische Zeitung stellt fest, daß außer der Sozialdemokratie sämtliche Parteien des preußischen Landtags nunmehr einig sind im Volksverrat.

Die Wahlrechtsvorlage hat ungewollt das eine Verdienst, daß die Oeffentlichkeit und die Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokratie und Konservativen eine gemeinsame Frontstellung eingenommen haben. Die Taktik im preußischen Wahlrechtskampfe ist dadurch erheblich vereinfacht worden. Bisher bildeten die Wahlrechtskämpfer zwei Fronten, die jede für sich in Schach gehalten werden konnten. . . . Im Freisinn wirkt das Rattenfängerlied des Herrn Naumann nicht mehr; was Herr v. Bethmann über die Aussichten des Freisinns unter dem gleichen Wahlrecht gesagt hat, hat schon viele Freisinnige bestimmt, ihrer platonischen Liebe nicht gar zu viel zu opfern. Für den Ausgang des Wahlrechtskampfs bedeutsamer als die stille Wandlung des Freisinns kann die Erklärung werden, die der Führer des Zentrums abgegeben hat. Das Zentrum hat sich auf eine wirkliche Verbesserung des preußischen Wahlrechts festgelegt und die Einführung des gleichen Wahlrechts „auf absehbare Zeit" vertagt. Man wird sich dieses Zugeständnisses vielleicht zu entsinnen haben, wenn doch wieder in der Zentrumspartei taktische Rücksichten die politischen Gründe zurückdrängen sollten. Eine Mehrheit im Abgeordnetenhause, wenn man den Freisinn hinzunimmt, sogar eine ziemlich starke Mehrheit, ist also willens, auf dem Boden der Vorlage zu arbeiten und durch wesentliche Verbesserungen ein wenn auch nur als Abschlagszahlung annehmbares Gesetz zu machen. Was der Entwurf bringt, wird zwar von keiner Seite übermäßig geschätzt, indessen sind für einzelne Bestimmungen, wie die direkte Wahl und die Maximierung, schon Mehrheiten vorhanden. Auch gegen den Grundgedanken der Hervorhebung einzelner Klassen nach gewissen Merkmalen ist nichts Durchschlagendes vorgebracht worden, wenn auch die Art der Regierung arg zerzaust worden ist. Aber das Schwergewicht der Kommissionsarbeit wird darin liegen, die dem Entwurf fehlenden Glieder einzusetzen: die Neueinteilung der Wahlkreise und die geheime Wahl.

Die konservative Kreuzzeitung, die den Volksverrat der bürgerlichen Parteien voraussieht und fest auf diesen Verrat baut, lehnt brüsk jedes Zugeständnis, also auch das Zugeständnis der geheimen Wahl, ab.

Das wichtigste, was der Ministerpräsident zur Vorlage selber sagte, war die Erklärung, daß die Regierung an der öffentlichen Wahl festhalte. Damit ist diese Frage entschieden. Denn wenn sich auch im Abgeordnetenhause eine kleine Mehrheit für die geheime Wahl ergeben sollte, wird das Herrenhaus einem solchen Beschlusse nicht beitreten, und es ist natürlich ausgeschlossen, daß die Regierung einen „Pairsschub" empfiehlt, um entgegen ihrer eigenen Vorlage das geheime Wahlverfahren durchzusetzen. Wenn die Dinge so liegen, werden die Nationalliberalen, nachdem sie zur Erreichung der geheimen Wahl alles Mögliche getan haben werden, wieder vor der Entscheidung stehen, ob sie mit den Konservativen ein Kompromiß zur Umgestaltung der Vorlage eingehen oder mit dem Freisinn und dem Zentrum zusammen die ganze Vorlage zum Scheitern bringen wollen. Zunächst hat es nicht den Anschein, als ob sie sich der positiven Arbeit entziehen wollen.

Die konservative Zuversicht vertraut auf die Entschlossenheit des persönlichen Regiments, dem Herr Bethmann-Hollweg trotz aller Mehrheiten gehorchen muß und das hinwieder den Junkern dienstbereit treu ergeben ist. Die Nationalliberalen oder die Herren Freisinnigen? Eine Demonstration der Arbeiterschaft reichte dazu aus, daß die Herren vor Sozialistenfurcht ihre bescheidenen Wahlrechtsideale bebend aus den Augen verlieren!

Nach wie vor steht trotz der phrasenreichsten Reden der deutsche Liberalismus im konservativen Bann und nach wie vor ist das deutsche Proletariat als einziger entschlossener Kämpfer gegen die Junkerherrschaft in Preußen und Reich am Platze. Die Konservativen kennen ihre Pappenheimer.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 12. Februar. Die Sonnabendsitzungen des Reichstags, die bisher an geringer Beteiligung und Langeweile nichts zu wünschen übrig gelassen haben, fangen an interessant zu werden. Vor vierzehn Tagen brachte der Junker Oldenburg das Kunststück fertig, heute der Herr Kriegsminister. Die Genossen Emmel und Ledebour hatten gestern den Strategen so ins Kreuzfeuer genommen, daß er „mutvoll" retirierte, und in der peinlichen Situation des Rückzugs will er den Vorwurf, daß er kneift, überhört haben. Ueber Nacht und Vormittag mußten ihm seine Generalstäbler Munition zusammentragen, die er kurz vor Beendigung der heutigen Debatte losknallte. Der Herr Minister will an die kurhessischen Verfassungskämpfe in den 60er Jahren gedacht haben, als er am 29. Januar davon sprach, daß es schon zum Segen des Vaterlands gewesen sei, daß die Offiziere nicht auf die Verfassung, sondern auf den Monarchen eingeschworen waren. Aber im kurhessischen Verfassungskonflikt standen die Offiziere nicht auf der Seite des Fürsten; selbst die preußische Regierung nahm ebenfalls diese Stellung im kurhessischen Konflikt ein. Wenn der Minister wirklich an Kurhessen gedacht hätte, so stand er zum mindesten unter dem Einfluß einer heillosen Geschichtsverwirrung. So nahe diese Annahme bei einem preußischen Minister liegen mag, so falsch ist sie in diesem Falle, denn heute erklärte der Minister, der Umstand, daß die kurhessischen Truppen auf die Verfassung vereidigt waren, habe zur Folge gehabt, daß die Truppen bei der äußeren Gefahr versagten. Als Kriegsminister kann man das aber unmöglich als einen Segen für das Vaterland bezeichnen. Mit seinen Schlußsätzen, die ein Loblied auf den preußischen Zustand waren, wo die Armee auf den König vereidigt ist, widerlegte der Minister auch gründlich die leeren und wenig mutigen Ausflüchte, die er am Freitag präsentierte, als Ledebour klipp und klar Auskunft forderte. Der Minister hat einfach die Haltung der preußischen Armee bei der Sprengung der Nationalversammlung im Jahre 1849 und während der preußischen Konfliktszeit im Auge gehabt. Aus begreiflichen Gründen getraut er sich nur nicht, jetzt offen an die Seite des Oldenburgers zu treten und zu erklären: die Armee muß auch bei einem Verfassungsbruch von oben die ihr gegebenen Befehle befolgen, wozu die nur auf den König erfolgte Vereidigung ein vorzügliches Hilfsmittel bietet.

Den Kriegsminister hat ein Unstern geleitet, als er es unternahm, mit derartigen Ausflüchten gerade gegen den Genossen Ledebour zu operieren, der in solchen Kämpfen ungewöhnlich zähe und geschickt ist. Ledebour deckte denn auch den Kriegsminister derart zu, daß der ganze Schwarm der Generale und Stabsoffiziere, die den Minister flankierten, in offensichtliche Aufregung geriet, und die Junker wie besessen johlten, als Ledebour den Kriegsminister aus einer Position um die andre herauswarf. Herr Peter Spahn, der der Regierung schon aus manchen Nöten geholfen hat, setzte die Präsidialgewalt für den Kriegsminister ein; aber Ledebour fertigte auch diesen präsidierenden Oberjesuiten so glänzend ab, daß der Vielgewandte in die größte Verlegenheit geriet. Und schneidend scharf konstatierte Ledebour zum Schluß, daß auch der Kriegsminister neben den Oldenburg und Konsorten indirekt zum Verfassungsbruch aufgefordert habe. Die Junker, die ungewöhnlich zahlreich zur Stelle waren, tobten förmlich; den Ausgang dieser Disputaoin hatten sie sich ganz anders vorgestellt. Der magere Trost, daß der von Ledebour am Freitag verlesene Armee-Erlaß Friedrich Wilhelms IV. eine lächerliche Erfindung ist, sei ihnen gerne gegönnt.

Vor dem Rededuell Kriegsminister kontra Ledebour übten die Genossen Böhle und Zubeil energische Kritik an den Arbeiterverhältnissen in den Militärwerkstätten, die Herr Oberst Wandel, trotz der unleugbaren Geschicklichkeit, die er bei der Verteidigung seines Ressorts bewies, nicht entkräften konnte. Der Nationalliberale Görcke, der sich immer mehr zum freiwilligen und komischen Regierungskommissar entwickelt, versuchte die Kritik unsrer Genossen durch läppische Angriffe auf den Vorwärtsbetrieb abzuschwächen; ein Unterfangen, für das ihn die Genossen Fischer und Stadthagen derb abschüttelten. Neben Reichsverbandsmaterial ließ Görcke auch den biederen Rexhäuser als Kronzeugen aufmarmarschieren. Gleich und gleich gesellt sich eben gern.

„Heimarbeiterschutz".

Dem Reichstage ist, wie wir meldeten, der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Schutz der Heimarbeiter zugegangen. Die Vorschriften des Gesetzes gelten für Werkstätten, in denen der Unternehmer mit seinen Familienmitgliedern arbeitet, oder in denen eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeiten verrichten, ohne von einem den Werkstattbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Als Werkstätten gelten auch Räume, die zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dienen, sobald darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird. Die Unternehmer können angehalten werden, an einer allen Beteiligten zugänglichen Stelle Tafeln auszuhängen, die in deutlicher Schrift die Löhne enthalten. Die Arbeitsräume müssen so eingerichtet sein, daß die Heimarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit möglichst geschützt sind. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle zu sorgen. Soweit sich bei der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- und Genußmitteln Gefahren für die öffentliche Gesundheit ergeben, können besondere Vorschriften für die Beschaffenheit der Werkstätten erlassen werden. Außerdem kann bestimmt werden, daß sie zu andern Zwecken nicht benutzt werden dürfen. Gewerbetreibende, welche Hausarbeiter beschäftigen, müssen ein Verzeichnis all der Personen, die sie mit Heimarbeit beschäftigen, führen. Arbeit darf nur für Werkstätten ausgegeben werden, die den gestellten Anforderungen genügen.

Die hohe Polizei.

Der blutige Zusammenstoß, der am vergangenen Sonntag zwischen demonstrierenden Arbeitern und Polizisten erfolgte, veranlaßte die Breslauer Parteileitung, beim Polizeipräsidenten eine Unterredung nachzusuchen. Der Herr lehnte eine solche Aussprache Auge um Auge mit der folgenden faulen Begründung ab:

> Ich muß es ablehnen, mit den Antragstellern die Vorgänge am letzten Sonntag am Christophoriplatz und auf der Ohlauer Straße, „wobei mehrere wehrlose Bürger durch Polizeibeamte mit Säbelhieben verletzt sein sollen," mündlich zu besprechen, da ich die Berechtigung der Antragsteller zur Vertretung dieser Bürger nicht anzuerkennen vermag. Die angeblich von Polizeibeamten verletzten Personen können, wenn sie es für nötig halten, selbst etwaige Anträge hierher richten. gez. von Oppen.

Sonderbar! Zuerst zeterten die Polizeiorgane darüber, daß die sozialdemokratische Leitung die Verantwortung für die Demonstration tragen müsse.

Zentrümliche Sozialpolitik.

gt. Seit anderthalb Jahren befaßt sich die bayrische Staatsregierung auf energisches Betreiben der sozialdemokratischen Vertreter mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung. Nachdem das Ministerium des Innern verschiedene Konferenzen von Vertretern der Behörden, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zur Besprechung der Frage einberufen hatte, stellte sich die Regierung schließlich auf den Standpunkt, daß es Sache der Gemeinden sei, die Arbeitslosenversicherung einzurichten, und daß der Staat zu den Ausgaben bestimmte Zuschüsse leisten solle. Im Herbst v. J. wurde nun von den sozialdemokratischen Abgeordneten der Antrag gestellt, in den Etat für 1910/11 die Summe von 150000 Mk. einzusetzen, aus der jene Gemeinden, die Arbeitslosen Geldunterstützungen gewähren, Zuschüsse erhalten sollen. Die Zuschüsse sollen in der Regel 50 Proz. der von den Gemeinden an Arbeitslose verausgabten Beträge nicht übersteigen. Dieser Antrag wurde vom Landtag dem Arbeiterfürsorgeausschuß überwiesen, der sich erst jetzt damit befaßte. Das Ergebnis der Beratung ist, daß die Arbeitslosenversicherung wieder auf dem toten Punkt angelangt ist. Sie ist durch die Zentrumspartei zu Fall gebracht worden, deren Vertreter erklärten, daß lediglich die Gemeinden hier einzutreten hätten. Die staatliche Arbeitslosenversicherung ist für die Zentrumsmänner selbst in der vorgeschlagenen bescheidenen Form mit Rücksicht auf die Landwirtschaft unannehmbar, weil sie angeblich die Landflucht befördert! Ein Zentrumsredner brachte es sogar fertig, den Schweinemangel (!) auf die Arbeitslosenfürsorge zurückzuführen. So wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dafür aber ein bauernblindlerischer Antrag angenommen, der nichts kostet und zu nichts verpflichtet: den Gemeinde- und Distriktsbehörden soll nahegelegt werden, ihre Arbeiten auf solche Zeiten zu verschieben, in denen das Arbeitsangebot sich zu verringern pflegt. Das ist alles, was das Zentrum für die Arbeitslosen tun will. Für sie hat die Partei, die fortgesetzt nach Staatshilfe für die Landwirtschaft schreit und schon Millionen für diese bewilligt hat, nicht einmal 150000 Mk. übrig. Damit ist die Arbeitslosenversicherung vorläufig in Bayern überhaupt abgetan, denn auch die Gemeinden werden nichts tun; alle größeren Städte, die sich bisher mit der Frage befaßten, haben erklärt, daß sie sich nur beteiligen werden, wenn der Staat vorangeht.

Berlin, 14. Februar. Am 20. Februar wird in Berlin ein außerordentlicher preußischer **Notartag** zusammentreten.

Auflösung des Reichstags. In den Couloirs des Reichstags wurde Sonnabend von einem Führer der früheren Blockmehrheit mitgeteilt, daß die Regierung entschlossen sei, den Reichstag im Frühjahr 1911 aufzulösen, um die Winterwahl zu vermeiden. Die Vornahme der Wahlen im Januar hätte den Nachteil, daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt im Herbst 1911 keine größeren gesetzgeberischen Arbeiten mehr in Angriff nehmen könnte, da seine Uhr bereits Mitte Januar abgelaufen wäre. Auch mit der Etatberatung könnte nicht begonnen werden, weil sie vor dem Schluß der Legislaturperiode nicht mehr zu Ende geführt werden könnte. Der Plan geht dahin, die Versicherungsnovelle, welche noch vor Ostern dem Reichstag von neuem zugehen soll, in erster Lesung zu beraten und sie dann einer Kommission zu überweisen. Diese Kommission soll nötigenfalls entweder den Sommer über tagen oder doch früher zusammentreten, damit das Plenum diese Arbeit im Winter 1910/11 neben dem Etat noch erledigen kann. Der Reichstag würde demnach jetzt nicht geschlossen, sondern vertagt werden, weil bei einer Schließung die Kommission nicht weitertagen könnte.

Das Arbeitskammergesetz lehnt sich teilweise an die Beschlüsse der Kommission an, die die Materie in der vorigen Session des Reichstags behandelt hat. Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge, sowie Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken werden der Arbeitskammer nicht angeschlossen. Wählbar ist, wer das 30. Lebensjahr beendet hat und einem der Gewerbezweige, für die die Arbeitskammer errichtet ist, seit mindestens einem Jahre im Hauptberufe angehört. Die Sitzungen der Arbeitskammer sind nicht öffentlich.

Die Wahlrechtskommission. Die aus 28 Mitgliedern bestehende Wahlrechtskommission des preußischen Landtags ist wie folgt zusammengesetzt: Konservative: Ahrens, v. Blankenburg, v. Boehn, v. Gescher, Malkewitz, v. Oldenburg, Freiherr v. Richthofen, Sielermann, v. Tresckow; Freikonservative: Freiherr v. Zedlitz, Krause (Waldenburg), Rewoldt, Johannsen; Zentrum: Herold, Linz, Kirsch, Zimmer, Bell, Giesberts; Nationalliberale: Dr. Friedberg, Schiffer, Krause (Königsberg), Dippe; Freisinnige: Träger, Packnicke, Fischbeck; Sozialdemokraten: Ströbel; Polen: Korfanty.

Bürgerliche Kundgebung gegen die preußische Wahlrechtsvorlage. Bürgerliche Vertreter der städtischen Selbstverwaltung, der Wissenschaft und Kunst, der Industrie und des Handels, wollen am Sonntag, den 20. Februar, mittags 12 Uhr, im Zirkus Schumann eine Protestaktion gegen die preußische Wahlrechtsvorlage veranstalten. Auch die Berliner Freisinnigen planen Protestkundgebungen. Der demokratische Volksverein für Groß-Stuttgart protestierte am verflossenen Freitag gegen den Wahlrechtsentwurf Bethmann-Hollwegs.

Das Ende der Nationalzeitung. Dem Vernehmen nach wird die Nationalzeitung nicht mehr lange bestehen. Wahrscheinlich geht sie schon am 1. April ein.

Zollschikanen gegen Frankreich wünscht ein von der nationalliberalen Reichstagsfraktion eingebrachter Antrag im Reichstag, der verlangt, die Frankreich zugestandenen Zollermäßigungen auf Schaumwein, Branntwein, Arak, Rum, Kognak, Aether, Parfümerien mit dem Inkrafttreten des französischen Zolltarifs wieder aufzuheben und den Reichskanzler auffordert, in Erwägung darüber einzutreten, für welche französischen Einfuhrartikel, soweit sie nicht handelsvertraglich gebunden sind, für den Fall, daß der französische Zolltarif wesentliche Erschwerungen für die deutsche Einfuhr nach Frankreich entfalten sollte, die Zollsätze in entsprechender Weise zu erhöhen sind.

Im badischen Landtag wurde Sonnabend vormittag der Antrag der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Demokraten, die drei Lehrerseminare in Ettlingen, Meersburg und Karlsruhe, die bisher konfessionell waren, zu simultanisieren, mit 42 gegen 29 Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen.

Der württembergische Landtag wird voraussichtlich Mitte März zu seiner diesjährigen Tagung einberufen werden, da das am 1. April in Kraft tretende neue Volksschulgesetz einen dringlichen Nachtragsetat erforderlich macht. Nach Ostern sollen dann die Gesetze betreffend die neue Bauordnung und die Errichtung von Landwirtschaftskammern beraten und erledigt werden.

Aus deutschen Verwaltungsstuben. Der 49jährige Klempnergeselle Isaak Weiß, der aus München kam und in Zürich eine Stellung antreten wollte, wurde in Heidelberg festgenommen, weil er identisch sein sollte mit einem 35 Jahre alten Siegmund Weiß, der wegen Betrügereien in Bockfingen in Württemberg verfolgt wurde. Vergeblich legte der Verhaftete dem Amtsrichter Arbeitszeugnisse, Invaliditätskarte, Verbandsbuch und Paß vor. Der Amtsrichter erklärte, daß die Zeugnisse wahrscheinlich gefälscht seien, die Juden wollen nicht gern arbeiten. W. bat dann, in München bei seiner bisherigen Arbeitsstelle telegraphisch anzufragen. Er wolle gern das Telegramm aus eigner Tasche bezahlen. Dann ersuchte er noch, ihn nicht per Schub nach Bockfingen zu bringen; er wolle das Geld für sich und einen Kriminalbeamten auslegen, damit er mit dem Schnellzuge transportiert werden könne. W. hatte nämlich 200 Mark Arbeitsersparnisse bei sich. Der Amtsrichter aber war nicht zu bewegen, dem Gesuche Folge zu geben; er ließ den Verhafteten 5 Tage lang transportieren, bis er in Bockfingen ankam. Daselbst erklärte man, daß er nicht der gesuchte Betrüger sei. Am neunten Tage endlich wurde er auf freien Fuß gesetzt. Natürlich war inzwischen seine Arbeitsstelle in Zürich besetzt. Die Angelegenheit wird im badischen Landtage zur Sprache kommen.

Kleine politische Nachrichten. Der **französische Senat** nahm heute die letzten Artikel des Gesetzentwurfs betreffend die Altersversicherung an, nach denen auch den landwirtschaftlichen Pächtern und kleinen Arbeitgebern Pensionen gewährt werden sollen. — Für **Sonnino** erklärten sich in der Programmdebatte 103 gegen 89 Abgeordnete. — Die von den **Konsuln der Schutzmächte dem**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

kretischen Exekutivkomitee überreichte Note untersagt die Teilnahme an den griechischen Wahlen und erklärt, falls eine solche dennoch stattfände, würden die Mächte wirksame Maßregeln ergreifen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Grafen bei der Regierung.

Budapest, 12. Februar. Der Exekutivausschuß der Verfassungspartei hat beschlossen, der für Montag einberufenen Plenarversammlung die Auflösung der Partei vorzuschlagen.

Die Voraussage, daß die Partei der Grafen, die unter der Führung des Grafen Andrassy stand, sich mit fliegenden Fahnen der neuen Feudalregierung anschließen werde, hat sich demnach voll bewahrheitet, denn die Mitglieder der Verfassungspartei werden mit Ausnahme ihrer Führer in die neue Regierungspartei eintreten.

Rußland.

Auf dem Wege nach Sibirien.

Am 1. Februar wurden die Abgeordneten der zweiten Duma, die Genossen Judin, Tschaschin, Petroff, Mironoff, Poliwanoff und Wagshanoff, die in dem Hochverratsprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion zu Zwangsarbeit verurteilt, aber bisher in dem Petersburger Gefängnis interniert waren, vollkommen unerwartet mit dem Nachtzuge nach Wologda transportiert, von wo sie nach dem Katorgagefängnis in Alexandrowsk (in der Nähe von Irkutsk) und von dort nach Serentin geschafft werden sollen. Den Genossen Tschcheidse, Belousoff und Kusnetzoff wurde weder im Transportgefängnis noch am Bahnhof gestattet, von den Verbannten Abschied zu nehmen oder ihnen Geld zu überreichen. Der Konvoioffizier erklärte sich bloß bereit, ein „Almosen" für die ganze Gefangenenabteilung anzunehmen. So wurden die Erwählten des Volkes in Nacht und Nebel, mit Ketten beladen, nach den sibirischen Marterhöhlen geschafft.

Am 8. Februar wurden die Abgeordneten der zweiten Duma, Genosse Seroff, Anissimoff, Kirienko, Belousof und Batanoff ebenfalls nach Sibirien gebracht.

Finnland.

Der neue Landtag.

Helsingfors, 12. Februar. Der neue Landtag wird, wie nunmehr endgültig feststeht, bestehen aus 42 Altfinnen, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, 86 Sozialdemokraten, 17 Agrariern und einem christlichen Arbeiter. Es sind 15 Frauen zu Deputierten gewählt, darunter 9 Anhängerinnen der Sozialdemokratie. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist 780 633.

Marokko.

Die französische Drohung.

Paris, 12. Februar. Dem Matin zufolge ist die Regierung entschlossen, falls Mulay Hafid seine zögernde Haltung nicht ändert, eine Frist für die Unterzeichnung des jüngsten französisch-marokkanischen Abkommens zu stellen. Sobald die Frist erloschen ist, wird Frankreich entsprechende Maßnahmen treffen, die sich voraussichtlich nicht nur auf die Pfändung der Zolleinnahmen von Casablanca erstrecken werden.

Italien.

Sonninos Programm.

Rom, 11. Februar. (Deputiertenkammer). Ministerpräsident Sonnino entwickelte heute sein Regierungsprogramm. Der Ministerpräsident kündigte vor allem die Vorlage über die Schiffahrtssubventionen an. Die „nationalen Werften" sollen unterstützt und die freie Schiffahrt gefördert werden durch Frachtvergütungen einerseits für die Einfuhr von Rohstoffen in italienische Häfen, wofern diese Stoffe in Italien verarbeitet werden, anderseits für die Ausfuhr von Erzeugnissen des Ackerbaus und der Industrie. Feste Subventionen sollen nur Linien erhalten, die postalischen oder politischen Charakter haben. Die vorgeschlagenen Maßregeln werden das Budget zusammen mit 30 Millionen Lire jährlich belasten, wovon 15 Millionen auf feste Subventionen entfallen. Der Ministerpräsident brachte weiter das Gesetz über die Errichtung eines Eisenbahnministeriums und den Gesetzentwurf über die Abtrennung des Ministeriums für Ackerbau und Forsten von dem für Arbeit, Industrie und Handel ein. Eine umfassende Vorlage beschäftigt sich mit der Beseitigung der Erdbebenschäden vom Jahre 1908. Insbesondere sollen eigene Bureaus geschaffen werden, die darüber wachen sollen, daß alle Regeln der Technik und Hygiene bei Ausführung der Neubauten strenge beobachtet werden. Der Entwurf sieht auch Steuererleichterungen vor und einen Zusatzkredit von 36 Millionen zu den dem Arbeitsministerium früher bewilligten 50 Millionen für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß der Erdbebenkatastrophe. Ein andrer Entwurf betrifft die Gründung einer Genossenschaftsbank nach preußischem und ungarischem Muster. Im Einvernehmen mit Frankreich sollen Maßregeln zugunsten der jugendlichen Arbeiter, insbesondere in den Glasbläsereien, getroffen werden. Auch die Wiederaufforstung soll nach Kräften gefördert werden. Der Ministerpräsident ging sodann zur Frage der Zollgesetzgebung über und betonte, die billige Bemessung der italienischen Zölle trete immer mehr in die Erscheinung angesichts der wachsenden Härte der Zollsätze andrer viel reicherer Länder. Daher sei der Zeitpunkt gekommen, wo Italien bei aller Geneigtheit, mit allen Ländern in wirtschaftlichem Frieden zu leben, zur Verteidigung seiner großen berechtigten Interessen sich rüsten müsse für den Fall, daß seine friedliche Haltung keine Erwiderung finden sollte. Die Regierung werde daher eine Enquete bei allen Interessenten veranstalten, um für den Fall, daß zollpolitische Sperrmaßregeln andrer Länder dazu zwingen sollten, die Aufstellung eines Maximal- und Minimaltarifs mit Vermehrung der spezifischen Zölle vorzubereiten.

Des weiteren kündigte Sonnino an: Die Veranstaltung einer Volkszählung und, zum erstenmal, einer Betriebszählung, ein Gesetz über das Staatsbürgerrecht, das die Interessen der Italiener im Auslande, die schon den fünften Teil des italienischen Volkes ausmachen, schützen soll. Der Kriegsminister wird Gesetze einbringen, die unter anderm die Ausbildung bei allen Waffengattungen auf zwei Jahre festsetzen, jedoch den Anforderungen des Dienstes der berittenen Waffen, sowie der Notwendigkeit der körperlichen Ausbildung der Jugend und ihrer Uebung im Schießen Rechnung tragen. Auf dem Gebiet der Kriegsflotte will der Minister das vom Parlament bereits genehmigte Flottenprogramm bis zum Jahre 1913 oder 1914 zur Durchführung bringen. Sonnino fuhr fort: Die zur Hebung des Elementarunterrichts getroffenen Maßregeln werden das Budget im nächsten Rechnungsjahre mit einer Mehrausgabe von 7 Millionen belasten, 1911/12 20 Millionen erfordern und im Verlaufe von sieben Jahren allmählich eine Mehrausgabe von 40 Millionen herbeiführen. Zur Deckung dieser Ausgaben soll nach den weiteren Ausführungen Sonninos eine Erhöhung der Zigaretten- und Zuckersteuer erfolgen. Mit dieser „Finanzreform" ist eine Reform der örtlichen Steuern verbunden, die eine rationelle Verteilung verschiedener wichtiger Steuern zwischen Staat und Gemeinden bezweckt: alle Verbrauchssteuern werden den Gemeinden zugewiesen und demgemäß vollständig aus dem Staatsbudget verschwinden. Dagegen soll die Vermögenssteuer völlig an den Staat übergehen und nach einem Tarif mit mäßiger Progression auf das ganze Land ausgedehnt werden.

Die Durchführung der Reform des Elementarunterrichts soll dadurch ermöglicht werden, daß die Kosten der Elementarschulen in den kleinen Gemeinden vom Staate übernommen werden. Die Gemeinden sollen lediglich die persönlichen Kosten tragen, die sie schon bisher getragen haben, sowie die Kosten für Schullokale und Schulgeräte. Um den Gemeinden die Lösung dieser Aufgabe zu erleichtern, soll ihnen ein Kredit von 240 Millionen Lire überwiesen werden, dessen Verzinsung der Staat übernehmen wird, und der in fünfzig Jahren amortisiert werden soll. Der Entwurf verbessert auch die Lage der Lehrer und bezweckt eine Vermehrung der Abend- und Feiertagsschulen.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Handelskammergutachten über die Wirkung des neuen Tabaksteuergesetzes.

Die Handelskammer zu Plauen berichtet:

„Der Reichsbevollmächtigte für Zölle und Steuern in Dresden ersuchte die Kammer um Aeußerung über die Wirkung des neuen Tabaksteuergesetzes auf den Arbeitsmarkt des Kammerbezirks. Hierauf berichtete die Kammer auf Grund einer unter den Zigarrenfabriken und einigen größeren Zigarrenhäusern ihres Bezirks veranstalteten Umfrage, daß nach den übereinstimmenden Erklärungen der Zigarrenfabriken die neue Besteuerung des Tabaks das Tabakgewerbe in einen trostlosen Zustand versetzt habe. **Die seinerzeit vorausgesagten Schädigungen seien nicht nur in vollstem Maße eingetroffen, sondern weit übertroffen worden. Das Geschäft liege fast still, und in absehbarer Zeit werde der flaue Geschäftsgang auch kaum zu beheben sein,** weil unter den Händlern, deren Läger überfüllt seien, keine Kauflust herrsche. Denn obwohl die vor dem 15. August zu alten Preisen gekauften Zigarren meist noch zu den bisherigen Preisen abgegeben würden, hätten viele Konsumenten das Rauchen eingeschränkt oder ganz eingestellt, während andre sich mehr der Zigarette zugewendet hätten. Die enorme Stockung im Geschäftsbetrieb der Zigarrenfabriken seit dem 15. August sei jedoch keineswegs die Folge davon, daß die Kundschaft sich vor Eintritt der Steuer noch mit Vorräten versorgt habe. Sie könnte darauf nur zu einem kleinen Teile zurückgeführt werden und müßte längst überwunden sein, wenn nicht eben die Raucher eine größere Zurückhaltung bewahrten. So habe die neue Steuer allenthalben einen Rückgang im Absatz zur Folge gehabt, der sich für die Fabriken darin äußerte, daß sie sich in mehr oder minder hohem Maße zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen veranlaßt sahen."

Die Handelskammer Plauen hätte zur Vervollständigung hinzufügen müssen, daß sie vor Schaffung der Reichsfinanzreform bereits ein Gutachten über eine Erhöhung der Tabaksteuer abgegeben hat. Obwohl sich die Zigarrenfabrikanten im Kammerbezirk einmütig gegen jedwede Mehrbesteuerung des Tabaks erklärten und die nunmehr eingetretene Wirkung voraussagten, hat sich trotzdem die Handelskammer Plauen für eine Mehrbelastung des Tabaks erklärt, und sie forderte, wie alle andern Handelskammern, eine Mehrbelastung des Tabaks. Nun ist das graue Elend da!

Kultus- und Unterrichtsministerium.

In der Deutschen Lehrerkorrespondenz lesen wir:

„Die Forderung eines besonderen Unterrichtsministeriums findet bei dem sächsischen Kultusminister keine Gegenliebe. Nach ihm gehört nichts mehr zusammen als die beiden Gebiete von Kirche und Unterricht, jene bedeutsamen Faktoren für die kulturelle Erziehung des Volkes; als Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Verbindung genügt ihm die Tatsache, daß in keinem der deutschen Bundesstaaten eine andere Regelung getroffen ist, als sie in Sachsen zum Segen des Volkes seit langen Jahrzehnten bestanden hat. Alter und allgemeine Verbreitung einer Einrichtung sind aber bekanntlich noch kein Beweis für ihre Güte und geben darum auch kein Recht auf dauernden Bestand. Das Bessere ist noch immer der Feind dessen gewesen, was lange Zeit allgemein für gut gegolten hat, und die geforderte Trennung ist für uns allerdings das Bessere. Sie verspricht dem Schulwesen, namentlich der Volksschule, Entwicklungsbedingungen, die wohl ziemlich allgemein für wünschenswert gehalten werden, durch die Verbindung von Schule und Kirche in der Ministerialinstanz bisher aber nicht geschaffen worden sind. Das besondere Unterrichtsministerium sichert die Ausgestaltung des Schulwesens nach rein sachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten, eine größere Schnelligkeit in der Anpassung der Schuleinrichtungen an die berechtigten Forderungen der Zeit und eine parteipolitisch neutrale Behandlung von Schulfragen in den parlamentarischen Körperschaften. Der Ruf nach einem besonderen Unterrichtsministerium geht darum auch nicht etwa bloß von der Lehrerschaft unserer Volksschulen aus, diese Forderung gehört vielmehr zum Schulprogramm all der Parteien, denen es tatsächlich auf größtmögliche Förderung des Schulwesens ankommt; sie ist auch nicht auf Sachsen beschränkt, sie ist bereits in der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten aufgestellt und erörtert worden, bis jetzt allerdings allgemein ohne Erfolg. Ihre sachliche Berechtigung ist aber derart, daß sich ihre Erfüllung wohl verzögern, nicht aber für die Dauer verhindern läßt. Trotz der schroff ablehnenden Stellung des gegenwärtigen sächsischen Kultusministers, trotz des Widerstandes, dem diese Forderung auch sonst begegnet: die Zukunft gehört, in Sachsen wie anderwärts, dem selbständigen, dem reinen Unterrichtsministerium."

Von den Parteien des Landtags sind nur die Sozialdemokraten entschiedene und konsequente Anhänger der Trennung des Unterrichts- vom Kultusministerium.

Ein interessanter Konflikt.

Vor einiger Zeit war zwischen dem Vorstand der Gemeinsamen Ortskrankenkasse und dem Kassenarzt Dr. Heddams in Zittau ein Konflikt ausgebrochen, weil der letztere der Kasse Honorarforderungen gestellt hatte, die nicht mit dem beiderseits abgeschlossenen Vertrage in Einklang zu bringen waren. Da derartige Ausstellungen bereits öfter zu machen waren und der Vorstand der Kasse mit Verwarnungen vorgegangen war, die aber nichts fruchteten, kündigte der letztere plötzlich den mit Dr. Heddams abgeschlossenen Vertrag und entzog ihm die Kassenpraxis. In der Presse spielte sich eine heftige Fehde zwischen den streitenden Parteien ab. Dr. Heddams gab sich aber mit den von der Kasse getroffenen Maßnahmen nicht zufrieden und beschritt den Beschwerdeweg an den Stadtrat, der auch bald verfügte, daß der Vorstand die Kündigung zurückzunehmen und bei Vermeidung zwangsweiser Verwaltung von allen Veröffentlichungen abzusehen habe. Der Vorstand leistete nun Folge, beschritt aber den Beschwerdeweg an die Kreishauptmannschaft Bautzen, und diese hat nun verfügt, daß **das Eingreifen des Stadtrats zu Zittau als unzulässig zu betrachten sei.** Der Arzt Dr. Heddams aber wurde zu einer **Geldstrafe von 400 Mark** und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Das Eingreifen des Zittauer Stadtrats hat schon damals allgemeines Kopfschütteln hervorgerufen. Man müßte doch geradezu mit Blindheit geschlagen sein, wenn man sich in diesem Streit auf die Seite des Arztes stellen wollte

---

Sächsische Sparpolitik. Im Weckruf, dem Eisenbahnerorgan, lesen wir: In der Wagenwerkstatt Leipzig-Engelsdorf ließ man bisher die elektrische Beleuchtung solange brennen, bis alle Arbeiter die Werkstätte verlassen hatten. Im Dezember, also im dunkelsten Monat des Jahres, wurde plötzlich angeordnet, daß sämtliche elektrische Beleuchtung schon 10 Minuten nach Schluß der Arbeitszeit ausgeschaltet werden solle, und warum? Weil der mit dem Ausschalten der elektrischen Beleuchtung beauftragte Arbeiter für diese Leistung je ¼ Ueberstunde, das sind 3 Ueberstunden wöchentlich, als Entschädigung erhielt. Damit die drei Ueberstunden erspart werden könnten, hatte man diese Anordnung herausgesteckt. Da in den Musterbetrieben die Gewerbeinspektion nichts zu suchen hat und ein Beschwerderecht in Leipzig-Engelsdorf für die Arbeiter nicht existiert, wenn man sich nicht um sein Brot bringen will, so ging das eben mit dem zu frühzeitigen Verlöschen der elektrischen Beleuchtung solange, bis sich ein Arbeiter wegen der ägyptischen Finsternis so an den Kopf rannte, daß er blutete und der Vorfall zur Meldung gebracht werden mußte. Also erst mußte ein Unglücksfall passieren, bis die Verwaltung einsehen lernte, daß sie mit ihrem vorzeitigen Ausschalten der Beleuchtungsanlage eine Gefahr heraufbeschworen hat. Jetzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen, läßt man die Beleuchtung wieder solange in Tätigkeit, bis die Arbeiter die Werkstatt wirklich verlassen haben.

Die sächsische Sparpolitik treibt doch wunderbare Blüten!

* * *

Dresden. Der Haushaltplan der Stadt für 1910, der in diesem Jahre zum ersten Male auch der Presse zugänglich gemacht worden ist, balanciert im Hauptabschluß mit 47483281 Mark in Einnahmen und Ausgaben, gegen 44597727 Mk. des Vorjahres. Die Steuern, Abgaben und Gerechtsame ergeben im Etat der Ueberschüsse einen Ueberschuß von 11744918 Mark; davon entfallen auf die Einkommensteuer 7430500 Mk. Die Vermögensnutzungen und selbständigen Unternehmungen (Gaswerke usw.) werfen einen Ueberschuß von 5751184 Mk. ab. Im Etat der Zuschüsse entfallen an Zuschuß auf die allgemeine Verwaltung 2351512 Mk., auf die Finanzverwaltung 3752027 Mk., auf das Kapitel Verkehr 4572432 Mk., auf das Polizeiwesen 2001837 Mk., auf das Unterrichtswesen 981254 Mk., auf das allgemeine Volksschulwesen kein Zuschuß (Einnahmen und Ausgaben decken sich hier), auf Armenamt, Armenanstalten, Fürsorgeamt, Kinderversorgungsanstalten, Kranken- und Wohltätigkeitsanstalten, Beihilfen an Vereine, Schulen und Anstalten 3392985 Mk. auf Sammlungen und Denkmäler 61230 Mk. An außerordentlichen Ausgaben sind 387902 Mk. angesetzt. Die Summe der Zuschüsse beträgt 17510786 Mk. (19906480 Mk. Einnahmen und 37417275 Mk. Ausgaben), die Summe der Ueberschüsse ebenfalls 17510786 Mk. (27576792 Mk. Einnahmen und 10066000 Mk. Ausgaben). Die Schulsteuer wird wiederum mit 58 Prozent der Staatseinkommensteuer und einem Gesamtertrage von 5072000 Mk. erhoben; die städtische Einkommensteuer erhöht sich von 59 auf 77 Prozent bei einem Gesamtbetrage von 7430500 Mk. (mehr rund 2 Millionen).

— Die Bahnhofswirtschaft auf dem Hauptbahnhofe ist vom 1. Mai d. J. ab an den gegenwärtigen Bahnhofswirt in Dresden-Neustadt, Hoftraiteur Stange, gegen **einen Jahreszins von 80000 Mk. verpachtet worden.** Die Bahnhofswirtschaften bringen etwas ein!

Zittau. Der evangelische Kirchenvorstand erläßt durch Primarius Rienhardt folgenden Nachtrag zu der Friedhofsordnung für die evangelisch-lutherische Kirchgemeinde: „Die Grabdenkmäler der Christen haben eine christliche Inschrift oder irgendein christliches Symbol sichtbar zu tragen." Unser Zittauer Parteiblatt bemerkt dazu: Würden die Stadtväter den neuen Friedhof nicht dem Kirchenvorstand ausgeliefert haben, hätte er nicht solche Machtbefugnisse. Wenn ein Kirchhof Eigentum der politischen Gemeinde ist, kann so etwas nicht vorkommen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Kalkwerke von Oskar Bätzig in Braunsdorf bei Wilsdruff **explodierten** sechs Dynamitpatronen, die wahrscheinlich Arbeiter zum Trocknen auf den Ofen der Kantine gelegt hatten. Sie verletzten mehrere Personen. Auch wurden eine Wand umgelegt, ein Giebel hinausgedrückt, die Decke zertrümmert, zwei Oefen, sechs Fenster, die Türen mitsamt den Gewänden wurden hinausgeschleudert. — Zwei Krankenpflegerinnen, die in Nauwalde die Typhuskranken gepflegt und sie in das Krankenhaus zu Riesa brachten, sind **vom Typhus ergriffen** worden. — Die 20jährige, aus Olbernhau stammende Strumpfwirkerin Frida Preißler in Neustadt bei Chemnitz gebar in der Nacht heimlich ein Kind. Der Wirtin war der Zustand des Mädchens nicht verborgen geblieben und sie stellte es zur Rede. Das Mädchen leugnete jedoch, ein Kind geboren zu haben. Die Polizei nahm eine Haussuchung vor und fand den kleinen Leichnam in einem verschlossenen Koffer unter alter Wäsche versteckt auf. Das Mädchen wurde verhaftet, doch vorläufig ins Krankenhaus gebracht. — Von einem Brückensteg des Augustusbrückenneubaues in Dresden ist ein 45jähriger unbekannter Mann von untersetzter Gestalt **in die Elbe gesprungen und ertrunken.** — Ein auf dem Rittergute zu Grünberg beschäftigtes Mädchen begab sich, als sie das Nahen ihrer schweren Stunde merkte, in die elterliche Wohnung in Lausa bei Radeberg, wo sie sich einschloß. Am Abend fand der von der Arbeit heimkehrende Vater, nachdem die Tür gewaltsam geöffnet worden war, das Mädchen bewußtlos im Bette liegen, neben ihr ein **totes neugeborenes Kind.** Die Mutter ist, ohne das Bewußtsein zu erlangen, ebenfalls verstorben. — Auf dem Bahnhof Crimmitschau wurde der Gepäckträger Eichler tot auf den Gleisen aufgefunden. Anscheinend liegt Selbstmord vor. — Der 19 Jahre alte Weber Zeh wurde in einer Fabrik in Adorf **von der Transmission erfaßt** und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. — In der Tischlerei mit Motorbetrieb von Teubner in Stollberg war der 16 Jahre alte Albin Müller, Sohn des Gutsbesitzers Gustav Müller in Oberdorf, an einer Hobelmaschine beschäftigt, wobei er in das Getriebe kam und ihm die rechte Hand und die Hälfte des Unterarms losgerissen wurden.

Aus den Nachbargebieten.

Fürsorgliche Polizei.

Die Kreuzzeitung hat bekanntlich den Sozialdemokraten den Rat gegeben, für ihre Straßendemonstrationen die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung bei der Polizei nachzusuchen. Diesem Rat ist der sozialdemokratische Parteisekretär für Magdeburg gefolgt. Er hat an das Polizeipräsidium folgendes höfliche Ersuchen gerichtet:

Magdeburg, 10. Februar 1910.

Auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes beantragt der Unterzeichnete, die königliche Polizeibehörde zu Magdeburg wolle die Genehmigung zu einem Aufzug der Teilnehmer der beiden am Sonntag, den 13. Februar, im Luisenpark stattfindenden Volksversammlungen erteilen.

Die Versammlungsbesucher würden sich um 1 Uhr mittags vom Luisenpark aus durch die Spielgartenstraße, Wilhelmstraße, über die Kaiserstraße nach dem Breiten Weg begeben und sich von hier aus den Breiten Weg entlang nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz bewegen, von wo aus die Zerstreuung erfolgt.

Der Unterzeichnete übernimmt die Verantwortung dafür, daß weder der öffentliche Verkehr, noch die Sicherheit von den an dem Aufzug Beteiligten gestört würde. Fr. Henneberg, Parteisekretär.

Darauf ist prompt die Ablehnung eingelaufen. Das Dokument polizeilicher Fürsorglichkeit ist wert, hier verewigt zu werden. Es hat diesen Wortlaut:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Polizeipräsident.

Magdeburg, 11. Februar 1910.

Zum Schreiben vom 10. dieses Monats.

Die Genehmigung zu einem Aufzug, den die Teilnehmer der beiden am Sonntag, den 13. Februar, im Luisenpark stattfindenden Volksversammlungen um 1 Uhr mittags vom Luisenpark aus durch die Spielgartenstraße, Wilhelmstraße, über die Kaiserstraße nach dem Breiten Weg und den Breiten Weg entlang nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz veranstalten wollen, wird auf Grund des § 7 Absatz 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 versagt.

Der geplante Aufzug, der in den Mittagstunden eines Sonntags in den belebtesten Straßen Magdeburgs stattfinden soll, wird bei der zu erwartenden regen Beteiligung, wie bestimmt anzunehmen ist, eine **derartige Ansammlung von Menschen** — Teilnehmern des Aufzugs und Zuschauern — **herbeiführen, daß Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.**

In Vertretung: von Loeper.

Man sieht, in Preußen ist man viel besorgter als seinerzeit in Sachsen, wo man es wenigstens seit Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes nicht mehr gewagt hat, derartige Gesuche abzulehnen. Die Massendemonstrationen in Dresden und Leipzig haben seinerzeit bewiesen, daß von einer Störung der öffentlichen Ordnung keine Rede sein kann, wenn die Polizei die Demonstranten in Ruhe läßt.

Magdeburg. Die Volksstimme berichtet: Ein polizeilicher Irrtum, wie er bei Wahlrechtsdemonstrationen nicht selten vorkommt, ereignete sich nach Schluß einer demokratischen Versammlung. Als die Hochs auf das allgemeine Wahlrecht erklangen, spähten die Polizeibeamten eifrig nach den Uebeltätern. Plötzlich glaubte ein Beamter einen solchen Sünder erwischt zu haben. Er ergriff den Mann und wollte ihn zur Wache schleppen. Er war aber an einen harmlosen Spaziergänger geraten, der seiner Entrüstung in recht lebhaften Worten Ausdruck gab, denn er meinte: „Ist es denn schon so weit gekommen, daß die Polizei harmlose Spaziergänger anhält? Was wollen Sie denn", schrie er entrüstet, „ich bin Anhänger einer staatserhaltenden Partei und muß mir so etwas bieten lassen? Da hört doch alles auf!" Dem Beamten schien die Situation peinlich zu sein, denn er ließ den Herrn bald wieder los, ohne seine Personalien festgestellt zu haben. Das ist eben das Unangenehme bei den Straßendemonstrationen für die Polizei, daß sie nie ganz sicher ist, ob sie einen Wahlrechtsdemonstranten oder einen ganz Unbeteiligten in die Hände bekommt.

Gera. Wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes hatte sich Genosse Kahnt vor der Berufungskammer des Landgerichts zu verantworten. Er war wegen Nichtanmeldung einer Versammlung im Martinsgrund vom Stadtrat in eine Geldstrafe von 25 Mk. genommen worden. Das Schöffengericht hatte ihn freigesprochen, die Staatsanwaltschaft hat aber Berufung erhoben. Die Berufungsstrafkammer hat die Berufung unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse verworfen. Die Bestrafung Kahnts durch den Stadtrat ist demnach zu Unrecht erfolgt.

Aus der Umgebung.

Schönefeld. Aus der letzten Schulvorstandssitzung wird uns mitgeteilt: Nach der Abrechnung über den Kinderhort auf das Jahr 1909 sind die 1170 Mk. betragenden Ausgaben durch 882 Mk. Verpflegungsgelder und 294 Mk. freiwillige Beiträge gedeckt worden. Zu Freistellen der Volksküche sind im Jahre 1909 675 Mark freiwillige Beiträge eingegangen. Nach dem Berichte des Verwalters der Schul- und Volksbibliothek sind im Jahre 1909 4516 Bände an Erwachsene und 3536 Bände an Schulkinder ausgegeben worden. Es sind 38 unbrauchbar gewordene Bände ergänzt und 39 neu beschafft worden, wodurch ein Aufwand von 150 Mark entstanden ist. Der Anschaffung eines Flügels für die Schule wird zugestimmt. Da die Kosten aber etwas hoch sind, soll die Angelegenheit bei Fertigstellung der neuen Schule noch einmal in Erwägung gezogen werden. Für die 39. und 40. ständige Lehrerstelle wurden die Hilfslehrer Bernard in Wahren und Löscher in Crimmitschau einstimmig gewählt. Einem hiesigen Milchhändler wurde die Erlaubnis erteilt, während der Freistunde an die Schulkinder Milch zu verkaufen, zum Preise von 5 Pfg. für eine Viertelliterflasche. Eine längere Debatte entspann sich über die Anstellung eines Hausmanns resp. Heizers in der neuen Schule. Der Bauinspektor führte aus, daß es vorteilhaft sei, wenn der betreffende Heizer mit bei der Verlegung der Heizung beschäftigt werde, damit er mit der Anlage vertraut werde. Das wurde auch von allen Seiten anerkannt. Da aber die Verlegung der Anlage erst im April beginnt, wurde die Wahl auf eine spätere Sitzung verschoben.

Mockau. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde mitgeteilt, daß durch die Erhöhung der Bezirkssteuer von 2 auf 2½ Prozent der auf Mockau entfallende Teil von 1200 auf 1650 Mk. gestiegen ist. Die Union-Hefefabrik beschwert sich über das Leitungswasser, das Kesselstein absetze. Durch ein Gutachten des Regierungsbaumeisters Gleitsmann wird bestätigt, daß das Mockauer Wasser von Anfang an Kesselstein enthalten hat. Es wurde der Union überlassen, das Wasser selbst zu reinigen. — Der Haushaltplan für 1910 weist in der Gemeindekasse einen Bedarf von 104 900 Mk. auf. Zur Deckung sind 55 600 Mk. vorhanden, so daß ein Fehlbetrag von 49 300 Mk. aufzubringen ist. In der Wasserwerkskasse beträgt der gedeckte Bedarf 35 000 Mk. Die Hebammenunterstützungskasse ergibt bei einem Bedarf von 20 Mk. und mit 80 Mk. Deckungsmitteln einen Ueberschuß von 60 Mk. Bei der Armenkasse beträgt der Bedarf 21 700 Mk. Zur Deckung sind 17 200 Mk. vorhanden, so daß ein Fehlbetrag von 4500 Mk. bleibt. Die Feuerlöschgerätekasse schließt mit 12 000 Mk. ab. In der Schulkasse werden 129 700 Mk. gebraucht. Da zur Deckung nur 39 300 Mk. vorhanden sind, sind 90 400 Mk. aufzubringen. Die Kirchkasse hat 21 200 Mk. Ausgaben und 10 600 Mk. Einnahmen, so daß 10 600 Mk. Fehlbetrag vorhanden sind. Der Gesamtbedarf beträgt 313 880 Mk., die gesamten Deckungsmittel 159 080 Mk., der gesamte Fehlbetrag 154 800 Mk. — Auf ein Gesuch der Gemeindebeamten um Gewährung einer Teurungszulage wurden nach langer Debatte für Verheiratete 50 und für Ledige 30 Mk. bewilligt. Die Gontardschen Erben suchen darum nach, daß die Schleuse in der Leipziger Straße auf ihre Kosten durch die Gemeinde gebaut werde. Es soll mit den Gesuchstellern erst nochmals Rücksprache genommen werden. — Der Elektrischen Straßenbahn ist aufgegeben worden, die Strecke in der Leipziger Straße zweigleisig auszubauen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, daß dies unbedingt notwendig ist, da es bei dem regen Verkehr in den Morgen- und Abendstunden oft vorkommt, daß die Wagen schon an der Endstation besetzt sind. Die Gesellschaft hat sich bis jetzt geweigert, dem Verlangen nachzukommen. — Das Konzessionsgesuch des Herrn Kluge wurde mit 11 gegen 2 Stimmen befürwortet. — Einem Nachtrag zum Steuerregulativ wurde zugestimmt.

Oetzsch. Gemeinderatssitzung vom 11. Februar. Nach einer Verordnung des Ministeriums ist als Flurgrenze zwischen Oetzsch und Leipzig die Mitte des Pleißenflusses angenommen. Durch die Pleißenregulierung mußte deshalb einer Ausbezirkung von 850 Quadratmeter nach Leipzig zugestimmt werden. Ein Vorschlag der Gemeinde, an andrer Stelle einen Ausgleich zu schaffen, wurde nicht beachtet. — Durch die Neuschaffung von zwei Beamtenstellen (Ortssteuereinnehmer und Kassenassistent) wurde ein Nachtrag zur Pensionsordnung für Gemeindebeamten beschlossen. Die an einen früheren, jetzt verstorbenen Schutzman gezahlte Ruhestandsunterstützung in Höhe von 300 Mark wird bis auf weiteres freiwillig aus der Gemeindekasse an die Hinterbliebenen gezahlt. — In zweiter Lesung wurde sodann eine neue Wertzuwachssteuerordnung für unbebaute Grundstücke beschlossen. Dieselbe schließt sich im großen und ganzen den vom Ministerium des Innern herausgegebenen Mustersatzungen an. Im Vergleich mit der früheren Steuerordnung wird jetzt der größere Wertzuwachs mehr getroffen, der kleinere etwas entlastet. Er werden erhoben:

bei einem Wertzuwachs von über	bis	wenn der Wertzuwachs eingetreten ist innerhalb eines Zeitraums von: Jahresfrist	über 1 bis 5 Jahren	über 5 bis 10 Jahren	über 10 bis 20 Jahren	über 20 bis 30 Jahren	über 30 Jahren
Proz. des Erwerbswertes		Prozent des Wertzuwachses					
10	20	2	1	½	—	—	—
20	35	4	2	1	½	—	—
35	50	6	4	2	1	½	—
50	100	8	6	4	2	1	½
100	200	10	8	6	4	2	1
200	500	15	10	8	6	4	2
500		20	15	10	8	6	4

Wertzuwachs unter 10 Prozent bleibt steuerfrei.

— Der Gemeinnützigen Baugesellschaft werden zwei Villenbauplätze von je zirka 1100 Quadratmetern zum Preise von 12 Mark pro Quadratmeter überlassen. Diese Beträge sowie die zu hinterlegenden Fußwegbaukosten wurden statutengemäß bis zum Verkauf oder zur Vermietung der beiden Villen gestundet. Die Bauaufsicht wurde dem Ortsbauinspektor übertragen. — Als Vertrauensmann der Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurde der Gärtner Aixdorf gewählt.

Hänichen. Vom Schulhaushalt. Der Haushaltplan für 1910 ist fertiggestellt und hat eine bedeutende Erhöhung des Fehlbetrages, der von 2390 Mark auf 7777 Mark stieg, aufzuweisen. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß im Vorjahre 4000 Mark Kassenbestand vorhanden war, während diesmal bare Kasse nicht da ist. Der Schulvorstand beabsichtigt außerdem eine Zusatzanleihe von 10 000 Mark aufzunehmen, um noch laufende Verbindlichkeiten aus Anlaß des Schulbaues regeln zu können. Die Schule sollte insgesamt höchstens einen Kostenaufwand von 70 000 Mark erfordern, in Wirklichkeit kostet sie aber 78 600 Mark. Der Schulvorstand hat aber nur 70 000 Mark Anleihe aufgenommen. Von diesen 70 000 Mark ist noch 2 Prozent Kursverlust abzurechnen, so daß dem Schulvorstand nur 68 600 Mark zur Verfügung standen. Die Differenz beträgt also 10 000 Mark. Ob die Regierung nach ihren neuerlichen Verordnungen diese 10 000 Mark Zusatzanleihe genehmigen wird, ist allerdings noch zweifelhaft. Wie dann freilich die 10 000 Mark angesichts der finanziellen Lage der Schulgemeinde aufgebracht werden sollen, ist dem Schulvorstande vorläufig noch ein Buch mit sieben Siegeln. Der Haushaltplan verzeichnet einen Bedarf von 12 145 Mark. An Deckungsmitteln sind 4367.79 Mark vorhanden. Der Fehlbetrag von 7777.21 Mark wird durch Gemeindeanlagen gedeckt, und zwar in der Weise, daß nach der vorjährigen Erhebung die Gemeinde Hänichen 72 Prozent oder 5500 Mark und Quasnitz 28 Prozent oder 2200 Mark aufzubringen haben. Die Schuldzinsen sind gegen das Vorjahr um 290 Mark niedriger. Das kommt daher, daß der Schulvorstand — leider — die alte Schule verkaufte. Als der Verkauf des alten Schulgebäudes zur Beratung stand, waren die Vertreter der Unansässigen die einzigen Gegner des Verkaufs. Sie begründeten ihre Stellungnahme damit, daß das Schulgebäude sich später sehr gut zum Gemeindeamt eignen würde. Dies bezeichneten besonders die Herren von Hänichen als Zukunftsprojekt; der Verkauf wurde gegen die drei Stimmen unsrer Genossen beschlossen. Aber just zur selben Zeit, als die behördliche Genehmigung des Verkaufs eintraf, war schon eingetreten, was unsre Genossen vorausgesehen hatten: die Gemeinde Hänichen brauchte ein Gemeindehaus und mußte nun, da das Schulgebäude verkauft war, den Hausbesitzern des Ortes in die Hände fallen, um ein Gemeindeamt zu mieten. Durch den Verkauf der alten Schule werden 280 Mark Zinsen gespart, für das gemietete Gemeindeamt darf aber die Gemeinde nunmehr das Doppelte bezahlen.

Schkeuditz. Eine Einbrecherjagd. In der Nacht zum Sonnabend gegen 1 Uhr überraschte ein Bahnarbeiter zwei unbekannte Männer, die mittels einer Leiter in ein Haus eingestiegen waren und beim Nahen des Arbeiters Reißaus nahmen. Der letztere alarmierte einige Kollegen und nahm die Verfolgung der Einbrecher auf. Die in dem frischgefallenen Schnee hinterlassenen Fußspuren führten nach einer am Freirodaer Wege stehenden, zum Rittergut Alt-Scherbitz gehörenden Feldscheune. Dort wurden die Diebe gestellt. Es waren zwei zugereiste Fremde, die in derselben Nacht schon einige andere Einbrüche verübt hatten, wobei ihnen zwei Anzüge, ein Ueberzieher, Hüte, eine Damentaille, Westen und Hosenträger in die Hände gefallen waren.

Delitzsch. Von einem Pferde geschlagen. In der Bismarckstraße wurde der Geselle des Fleischermeisters Forberger von einem Pferde, das er aus dem Stalle führen wollte, gegen den Kopf geschlagen und schwer verletzt. Der junge Mann mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

k. Leipzig, 11. Februar.

Zweiter Verhandlungstag.

Abendsitzung.

Nachdem die Krankenunterstützung auch während der sechs Wintermonate beschlossen wurde, stimmt der Verbandstag ohne weitere Debatte den Kommissionsvorschlägen zur Beitragsfrage zu.

Beim § 26, der über Beitragsermäßigung spricht, wird nach längerer Debatte festgelegt, daß Arbeitslose, Kranke und Inhaftierte, sofern sie keine Unterstützung beziehen, nur 20 Pfg. Beitrag zu bezahlen haben.

Zu dem § 31, in dem die **Anteile der Hauptkasse und der Zweigvereine** an den Beiträgen festgesetzt werden, lag eine große Zahl Abänderungsanträge vor. Der Vorstand schlug vor, daß von den Eintrittsgeldern und den Beiträgen die Zweigvereine 20 Prozent erhalten und 80 Prozent an die Hauptkasse abzuführen sind. Dieser Vorschlag wurde heftig bekämpft und auch abgelehnt. Annahme fand ein Eventualantrag des Vorstandes, nach dem die Zweigvereine vor den Beiträgen in der 1. Klasse 7 Pfg. pro Marke, und dann von Klasse zu Klasse 1 Pfg. mehr bis 16 Pfg. in der 10. Klasse erhalten. In der 11. Klasse beträgt der Anteil 18 Pfg. und in der 12. Klasse 20 Pfg. pro Marke. — Diese Sätze sind sämtlich um 1 Pfg. niedriger, als sie die Kommission vorschlug.

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

k. Leipzig, 12. Februar.

Dritter Verhandlungstag.

Die Beratung der Statuten wird beim § 36, der die Streikunterstützung bestimmt, fortgesetzt. Nach der Vorstandsvorlage und den Vorschlägen der Kommission wird Streikunterstützung in jedem einzelnen Streikfalle und an jeden einzelnen beteiligten Kollegen erst vom vierten Tage (ausschließlich Sonntage) der Arbeitseinstellung oder Aussperrung usw. an gezahlt. Ausgenommen sind nur partielle Streiks (Bausperren), die wegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen einzelne Unternehmer geführt werden müssen. In solchen Fällen kann die Unterstützung vom ersten Tage an bewilligt werden.

Bei der Festsetzung der Höhe der Unterstützung hat die Kommission den länger organisierten Kollegen mehr Rechnung getragen, als in der Vorstandsvorlage vorgesehen. Die Unterstützungssätze sollen je nach der Mitgliedsdauer in der 1. Beitragsklasse (Beitrag 35 Pfg.) 6 bis 12 Mark, und in der höchsten Beitragsklasse 11 bis 21 Mark betragen.

Bei Streiks, die in die Zeit vom 1. Dezember bis inklusive Februar fallen, soll die Unterstützung in allen Lohnklassen nur 2 Mark niedriger sein. Verheiratete Kollegen sollen außer den festgesetzten Unterstützungssätzen für jedes ihrer Kinder, das noch der obligatorischen Schulpflicht untersteht oder noch nicht schulpflichtig ist, wöchentlich 1 Mark erhalten. Wenn für einen Streikenden bei einer Unterstützungsauszahlung weniger als fünf Unterstützungstage in Betracht kommen, dann beträgt das Kindergeld 20 Pfg. pro Tag und Kind; halbe Tage sind mit 10 Pfg. zu berechnen.

Zu der Streikunterstützung liegt eine große Zahl Anträge vor, die von einzelnen Delegierten begründet werden. Der Verbandstag stimmt dann den Kommissionsvorschlägen zu.

Der Abschnitt Krankenunterstützung ruft keine weitere Diskussion mehr hervor. Man hatte ja gestern darüber eingehend beraten. Nach den Beschlüssen des Verbandstages richtet sich die Unterstützung nach der Höhe der Beitragsleistung und der Dauer der Mitgliedschaft. Sie beträgt nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 80 Wochenbeiträgen: bei einem Beitrag von 35 Pfg. 2.10 Mark und bei einem Beitrag von 90 Pfg. 5.40 Mark pro Woche. Von zwei zu zwei Jahren erhöhen sich diese Sätze um je 30 Pfg. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 4.20 Mark in der 1. Beitragsklasse und 7.50 Mark in der 12. Beitragsklasse. Die festgesetzten Sätze werden für das ganze Jahr bezahlt, doch soll in den beitragsfreien Monaten die Unterstützung um den örtlichen Beitrag gekürzt werden.

Die Erlangung des Sterbegeldes bedingt ebenfalls eine mindestens zweijährige ununterbrochene Mitgliedschaft und eine Beitragsleistung für 80 Wochen. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsleistung. Sie beträgt in der 1. Beitragsklasse 20 Mark und in der 12. Klasse 75 Mark. Nach vollendeter vierjähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung in allen Klassen 5 Mark mehr und steigt von da an für jedes weitere Jahr um 2.50 Mark bis zur Höhe von 70 Mark in der 1. Beitragsklasse und 125 Mark in der 12. Beitragsklasse.

Im § 39 wird über Maßregelung und Haft bestimmt: Werden Mitglieder infolge ihrer Tätigkeit für den Verband aus der Arbeit entlassen (Maßregelung) oder geraten Mitglieder infolge eben dieser Tätigkeit in Haft, so können sie unterstützt werden. Eine Karenzzeit kommt für solche Unterstützung nicht in Betracht. Die Höhe der Unterstützung für Gemaßregelte und Inhaftierte, sofern es sich um verheiratete Mitglieder handelt, soll in der Regel um 3 Mark höher sein als die vorgesehenen Unterstützungssätze bei Streiks. Ist die Maßregelung und Haft von längerer Dauer als 14 Tagen, dann kann für Verheiratete auch ein Zuschuß zur Wohnungsmiete gezahlt werden

In der Debatte wird für Gleichstellung der Ledigen mit den verheirateten Kollegen plädiert. Es wird aber nach dem Entwurf beschlossen.

Bei den Schlußbestimmungen des Statuts wird gewünscht, daß die Ehrenmitgliedschaft, wie sie bisher im Maurerverbande üblich war, beibehalten werde. Der Entwurf sieht dies nicht mehr vor — auch die Kommission schließt sich diesem an — und wird er unverändert angenommen.

Dem Reglement für Lohnbewegungen und Streiks wird ohne Debatte nach dem Vorständeentwurf zugestimmt.

Die Beratung der Lohn- und Anstellungsbedingungen der Beamten ist sehr ausgedehnt. Die Vorstände schlagen vor, daß die im Zentralbureau dauernd beschäftigten Mitglieder ein Anfangsgehalt von 2400 Mark pro Jahr erhalten. Das Gehalt soll nach zweijähriger Beschäftigungsdauer jährlich um 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark steigen. Damit ist die eingesetzte Kommission einverstanden. Nicht aber mit den Vorschlägen über die Gehälter der Gau- und Zweigvereine. Hier schlägt die Kommission niedrigere Sätze vor; sie beantragt für die Gauleiter ein Anfangsgehalt von 2100 Mark und ein Höchstgehalt von 2600 Mark.

Die Gehälter der Zweigvereinsbeamten sollen in Berücksichtigung der einzelnen Orte 1800 bis 2000 Mark betragen, entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages der Maurer in Köln im Jahre 1907.

Der Verbandstag stimmt den Vorschlägen der Kommission zu.

Nach dem Bericht der Redaktionskommission, deren Aenderungen am Statut gutgeheißen werden, wird das ganze Statut des neuen Verbandes en bloc angenommen. Es tritt am 1. Januar 1911, dem Tage des Uebertritts, in Kraft.

Die Verbände machen dann in getrennter Sitzung Vorschläge für die zu wählenden Vorstandsmitglieder. Die Vorstandsämter sollen sich folgendermaßen verteilen: die Maurer stellen den 1. Vorsitzenden, den ersten und dritten Kassierer und vier Sekretäre; auf die Bauhilfsarbeiter entfallen: der 2. Vorsitzende, der 2. Kassierer und zwei Sekretäre. Gewählt werden Bömelburg als 1. und Behrendt als 2. Vorsitzender. Für den bisherigen Kassierer der Maurer, Köster-Hamburg, der in Anbetracht seines hohen Alters auf den Kassiererposten verzichtet, wird Kober-Hamburg als 1. Kassierer ernannt. Als 2. Kassierer wird Brandmohr-Hamburg und als 3. Busch-Hamburg gewählt. Zu Sekretären werden Töpfer, Panser, Mohnk, Steiniger und Tönnies, zu Redakteuren Winnig, Ellinger und Röske und zu Revisoren Marx, Albrecht und Levy ernannt. Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der des Ausschusses Berlin. Der Vorsitzende des Ausschusses bleibt Daehne-Berlin.

Der Punkt Lohnbewegungen wird wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr beraten. Bömelburg schlägt vor, die Taktik zur Lohnbewegung durch die Zentralleitung bestimmen zu lassen. Der Verbandstag soll nicht geschlossen, sondern nur vertagt werden, damit er zu gegebener Zeit wieder zusammentreten kann. Dem wird zugestimmt.

Bömelburg gibt dann unter Bezugnahme auf den Bericht von der Sitzung des Arbeitgeberverbands vom 24. Januar, den wir schon im Vorstandsbericht wiedergeben haben, folgende Erklärung ab:

Diese Mitteilung an die Presse ist eine öffentliche Mitteilung an die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig!) Wir müssen darauf auch öffentlich antworten. Die Arbeitgeber sprechen die Hoffnung aus, daß die Arbeiterorganisationen den Anträgen der Unternehmer auf Abänderung des bestehenden Vertragsmusters zustimmen. Die Unternehmer hätten dann auch näher aussprechen müssen, um was es sich bei diesen Anträgen der Arbeitgeberorganisation handelt. Das haben sie nicht getan. **Sie täuschen die Oeffentlichkeit.** Ich muß deshalb nachholen, was sie versäumten. Die Arbeitgeber-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

organisation verlangt von den Arbeiterorganisationen, daß sie Bestimmungen in dieses Vertragsmuster aufnehmen, die einmal mit dem eigentlichen Tarifgedanken gar nicht im Einklang stehen, und die auch die paritätische Grundlage des Tarifvertrags vollständig verschieben. Wenn wir einen Vertrag schliessen, dann wollen wir auch, daß der Vertrag auf vollständiger Parität beruht, daß beide Teile gleichberechtigt sind. Zweitens wollen wir, daß dann in diesem Vertrag die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz präzis festgelegt werden und daß es nicht in der Hand der einen Partei gelegt wird, sie zu bestimmen. Sie verlangen in den Tarif aufzunehmen: „Die Dauer der Arbeitszeit im Tiefbaugewerbe ist in Rücksicht auf die Eigenart derselben seitens der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern zu regeln.“ Was da die Arbeiter zu sagen haben, wissen wir aus Erfahrung. **Die Arbeiter wollen das Recht haben, im Tiefbaugewerbe allein zu bestimmen, wie die Arbeitszeit sein soll.** Sie verlangen in die Bestimmungen aufzunehmen: „Der Stundenlohn, Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn beträgt für gelernte, tüchtige Maurergesellen ..... gelernte tüchtige Zimmergesellen .... geübte tüchtige Bauhilfsarbeiter ...“ Wer bestimmt es, wer tüchtig ist? Das bestimmt der Unternehmer! Und der sagt natürlich, er habe gar keine tüchtigen Leute in Betrieb, und da für untüchtige Leute der Lohn nicht festgesetzt ist, hat er es in der Hand, nach Willkür zu bestimmen, welcher Lohn gezahlt werden soll. Weiter soll grundsätzlich der Lohn im Tiefbaugewerbe nicht höher sein als im Hochbaugewerbe. Wo er höher ist, soll er herabgesetzt werden. Hier sollen die Arbeiterorganisationen ihre Zustimmung geben, daß **für große Massen der Arbeitslohn reduziert wird.** Die Arbeiter sollen verpflichtet sein, falls sie bei Unternehmern arbeiten, die nicht Mitglied des Arbeitgeberbundes sind, die vertraglich festgelegten Bedingungen einzuhalten. Also, nicht die Arbeitgeber übernehmen die Pflicht, gemeinsam mit den Arbeitern die Außenseiter zu zwingen, sondern nur die Arbeiter sollen die Verpflichtung haben Die Bestimmungen über die Akkordarbeit sind vollständig unannehmbar. Die Arbeitgeber fordern, daß wir anerkennen, daß auf den Baustellen auch während der Pausen nicht über die Organisation geredet wird. Das bedeutet weiter nichts, als daß man uns den Maulkorb anlegen will. Die Unternehmer wollen durch alle diese Dinge herbeiführen, daß **die Arbeiterorganisationen nicht gestärkt, sondern geschwächt** werden, um sie dann um so leichter unterzukriegen. Dann aber das Skandalöseste! „Die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sind anzuerkennen, und ausschließlich seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu benutzen. Die Handhabung der Arbeitsnachweise erfolgt auf Grund der von dem Arbeitgeberverband hierfür festgesetzten Bestimmungen.“ Wir sollen also den Arbeitsnachweis anerkennen; wir sollen auch unsre Mitglieder verpflichten, daß sie nur durch ihn Arbeit übernehmen. Das Gegenteil wäre ohne weiteres Vertragsbruch. Dann soll die Vertragsdauer fünf Jahre sein. Weiter sollen wir anerkennen, daß in der Folgezeit, zunächst während der fünf Jahre, eine **Arbeitszeit unter zehn Stunden in keinem Falle** eintritt, selbst dort, wo diese Arbeitszeitverkürzung schon zu einer brennenden Frage geworden ist.

Das sind die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeitgeber. Und nun fordern sie uns öffentlich auf, wir sollen diesen Anträgen zustimmen! Unsre Unterhändler haben bei den Verhandlungen im November 1909 erklärt, daß sie nie und nimmer einem solchen Ansinnen nachkommen werden. Ich glaube in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich auch von dieser Stelle aus sage, daß wir nach wie vor das Ansinnen der Unternehmer zurückweisen. (Lebhafter Beifall.) Nie und nimmer werden die deutschen Bauarbeiterorganisationen einem solchen Verlangen Folge leisten, möge kommen, was da wolle! Wollen die Arbeitgeber dem Gedanken des Tarifvertrags wirklich Rechnung tragen, dann müßten sie dafür sorgen, daß der Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage beruhen soll. Das lehnen sie ab, und damit beweisen sie, daß der Tarifvertrag ihnen nicht als ein Instrument des Friedens, wie er genannt wurde, sondern als ein Instrument der Knebelung und Unterdrückung der Arbeiter dienen soll. Ich will auch von dieser Stelle aus erklären, daß die Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen gewillt sind, von ihrer berechtigten Forderung der Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden abzugehen, so wenig wie sie imstande sind, besonders nachdem die Lebensverhältnisse immer teurer geworden sind, auf eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne verzichten. Die Arbeitgeber sagen in ihrem öffentlichen Schreiben: Wenn die Arbeiterorganisationen wider Erwarten die Anträge der Arbeitgeber ablehnen würden, dann sehen sie sich gezwungen, ihre Geschäfte zu schließen. Das heißt, **sie drohen mit der Aussperrung.** Die Arbeitgeber scheinen uns sehr schlecht zu kennen. Damit wollen sie uns einschüchtern! Ich glaube, die Arbeitgeber haben damit das Gegenteil herbeigeführt. Wenn sie glauben, daß die Arbeiterorganisationen zu Kreuze kriechen ob einer solchen Drohung, dann haben sie sich sehr getäuscht. Wenn wir die Aussperrung greifbar vor uns haben, und die Arbeitgeber beharren auf ihren Anträgen, dann werden wir immer wieder nein sagen! Wenn das Arbeitgebertum sich dann diese Bestimmungen erkämpfen will, dann, so bin ich fest überzeugt, wird die deutsche Bauarbeiterschaft auf dem Posten sein! Dann kämpfen wir für unser Recht, für eine bessere Existenz; dann kämpfen wir um die Gleichberechtigung bei der Festlegung des Arbeitsvertrags. **Die deutsche Bauarbeiterschaft wird kämpfen und sich so zeigen, daß die Arbeitgeber nicht zum zweitenmal die Lust verspüren werden, in so frivoler Weise einen Kampf vom Zaune zu brechen!**

Aber auch der deutschen Bauarbeiterschaft möchte ich zurufen: **Die Muskeln gespannt! Die Blicke nach vorwärts gerichtet! Rüstet Euch zum Kampfe! Wenn wir mit festem Willen an die Arbeit gehen, dann mögen unsre Unternehmer kommen, dann werden wir kämpfen, wie es sich für Männer gebührt!** (Brausender Beifall.)

Darauf dankt Silberschmidt mit warmen Worten den Leipziger Kollegen für die freundliche Aufnahme. Er gibt ein Resumee des Verbandstages, der das Wort Wort Schillers wahr gemacht habe: **Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!** Die Verschmelzung sei nicht aus dem bloßen Gefühl des Zusammenschlusses heraus geschehen, sondern aus ihr soll eine Steigerung der Kraft der Arbeiter entspringen. Wenn wir jetzt auseinandergehen, so fährt er fort, so wollen wir nicht nur auf dem Gebiete unseres Lohnkampfes arbeiten. In Preußen zumal erwarten uns schwere und ernste Arbeiten. Wir dürfen wohl zum Ausdruck bringen, daß es unseren Erwartungen entsprechen und uns mit Stolz erfüllen würde, wenn wir uns sagen könnten, daß in jenem Ringen des preußischen Volkes auch die deutschen Bauarbeiter ihren Mann stellen, daß man auch dort von ihnen mit Stolz und Achtung sprechen kann! Der Redner weist dann noch einmal auf die bevorstehenden schweren Kämpfe hin und schließt mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband, in das die Delegierten begeistert einstimmen.

Damit ist der Verbandstag vertagt.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 14. Februar: 43. Abonnements-Vorstellung (3. Serie, weiß):

Tantris der Narr.

Drama in 5 Akten von Ernst Hardt.
Regie: Regisseur Winds.

Herr Marke, König in Kurnwal — Hr. Decarli
Frau Isot von Irland, Königin — Fr. Monnard
Brangäne, Gimelle (ihre Frauen) — Frl. Schippang, Frl. Tolly
Paranis, ihr Page — Frl. Fuchs
Herzog Denovalin — Hr. Walter
Herr Dinas von Lidan — Hr. Hellmuth-Bräm
Herr Ganelun — Hr. Kothe
Ugrin, der alte Narr des Königs — Hr. Zabeck
Tristan von Lonnois — * * *
Gälische Barone — Hrn. Huth, Hildebrandt, Hrn. Dirks, Mehlhorn, Hrn. Wenger, Gichnoth
Ein Ritter — Hr. Böck
Iwein, der Führer der Siechen — Hr. Schwering
Die Siechen von Lubin — Hrn. Demme, Colmar, Hrn. Wärwinkel, Felden, Hrn. Proft, Henning, Hrn. Scholz, Lang
Ein junger Hirte — Hr. Winds jr.
Der Henker — Hr. Schmiedecke
Gepanzerte Wachen — Hr. Staudenmeyer, Hr. Böhme
Der fremde Ritter — Hr. Brügmann
Ein Knappe — Frl. Würst
Mädchen — Frls. Storni, Schwerdt, Frl. Plüschkow
Zwei Männer — Hrn. Löhmann, Wippel
Ein Knabe — Käthe Kießling
Eine Alte — Fr. Kunitschmann
Eine Frau — Frl. Dallborf
Knappen, Volk.
Das Schloß zu Sankt Lubin.

_ Tristan — Hr. G. v. Falkenhausen vom Stadttheater in Nürnberg, als Gast.

Pause nach dem 3. Akt.
Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Schauspiel-Preise.**
Spielplan: Dienstag: Militärfromm; Die Fledermaus (2. Akt, in Opernbesetzung); **Tanzbilder.** Anfang ½8 Uhr.

Altes Theater.

Montag, den 14. Februar, abends ½8 Uhr:

Der Graf von Luxemburg.

Operette in 3 Akten von A. M. Willner und Robert Bodanzky.
Musik von Franz Lehár.
Regie: Oberregisseur Karl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Findeisen.

René, Graf von Luxemburg — Hr. Sturmfels
Fürst Basil Basilowitsch — Hr. Haas
Gräfin Stasa Kokozow — Frl. Buse
Armand Brissard, Maler — Hr. Wehle
Angèle Didier, Sängerin in der Großen Oper in Paris — Fr. Untucht
Juliette Vermont — Fr. Reitz-Großmüller
Sergei Mentschikof, Notar — Hr. Plöhn
Pawel v. Pawlowitsch, russisch. Botschaftsrat — Hr. Hermanny
Pélégrin, Munizipalbeamter — Hr. Medlich
Anatol Saville, Henry Boulanger, Charles Lavigne, Robert Marchand (Maler) — Hr. Cornel, Hr. Dietzmann, Hr. Schröder, Hr. Steffens
Sidonie, Aurélie, Coralie, Amélie (Modelle) — Frl. Knauth, Frl. Weisbach, Fr. Daniel, Frl. Pobach
François, Diener — Hr. Renner
Der Manager des Grand-Hotel — Hr. Plöhn
Jules, Oberkellner — Hr. Köhler
James, Liftboy — Fr. Felden
Der Hoteldiener — Hr. Todt

Der 1. Akt spielt im Atelier des Malers Brissard. 2. Akt im Palais der Sängerin Didier. 3. Akt im Vestibül des Pariser Grand-Hotel.
Ort der Handlung: Paris. — Zeit: Gegenwart.
Tänze arrangiert vom Oberregisseur Karl.
Pausen nach dem 1. und 2. Akt.
Einlaß ½7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende ¼11 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**
Spielplan: Dienstag: Der Rastelbinder. Anfang ½8 Uhr.

Krystall-Palast-Theater

Marci & Marck in ihrem sensationellen Dressur-Akt

„Im Boudoir der Löwen“.

Ferner: **Auftreten sämtlicher Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Die beste Bekömmlichkeit und grösste Nährkraft des

Thalysia-Nährsalz-Kakao

ist darin begründet, dass derselbe nicht nach holländ. Methode, also ohne Pottasche oder dergl. aufgeschlossen ist und wohlschmeckende Zusätze von Nährsalz-Extrakten aus Obst, Milch etc. enthält. Für Magere, Schwächliche, Nervöse, angestrengt Tätige, blasse und bleiche Schulkinder und Frauen daher besonders zu empfehlen. 1 Pfd. 2.50 M, ¼ Pfd. 70 ₰ nur in den **11 Thalysia-Geschäften. Zentrale Neumarkt 40.***

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletts. *
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstr. 2 Ecke Wurzner Strasse.

Biblische Geschichten
Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion
Von **Max Maurenbrecher.**
Bis jetzt erschienen:
Heft 1: **Schöpfungsgeschichten.**
Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Mann u. Weib. — Die Geschichte vom verlorenen Paradies. — Die Geschichte von der Schöpfungswoche.
Weitere Hefte folgen. Preis 40 ₰.
Volksbuchhandlung Leipzig
Tauchaer Straße 19/21 und deren Filialen.

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.
25 Pfg., schön gebunden 1 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Im Reiche der Freiheit.
Briefe über den Sozialismus.
Von Robert Blatchford. 50 Pfg.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.
Sophienstraße 19.
Montag, den 14. Februar, abends 7½ Uhr:
Gastspiel Ferdinand Bonn.

Simson.

Komödie in 4 Akten von Henry Bernstein.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von Rudolph Lothar.
In Szene gesetzt vom Oberregisseur Ernst Bornstedt.

Honoré Marquis d'Andeline — Alfred Möbel
Françoise, s. Frau — Julie Mühlhan
Max, Anne-Marie (deren Kinder) — B. Wildenhain, Hedwig Reinau
Jacques Brachard — * * *
Jerome Le Govain — Bobo Bronsky
Grace Rütherford — Helene Normann
Flach — Hans Leibelt
Glorieux — Willi Braune
Clotilde — E. Winterberg
Ein Maître d'Hotel — Louis Binell
Ein Kammerdiener — Fritz Schäfer
Ein Oberkellner — Armin Faber
Sambo — C. Bettermann

Ort der Handlung: Paris. — Zeit: Gegenwart.
_ Jacques Brachard . . . Ferdinand Bonn.
Pausen nach dem 1. und 3. Akt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.
Kleine Gastspielpreise. (Inkl. Garderobe.)
— Dutzendkarten haben keine Gültigkeit. —
Spielplan: Dienstag: Simson. Anfang 7½ Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.
Montag, den 14. Februar:

Künstler-Redoute 1910.

Beginn der Theater-Vorstellung abends 8½ Uhr.
Spielplan: Dienstag: Miß Dudelsack. Anfang 8 Uhr.

Battenberg.
Täglich:

Bacchus **Jacoby** mit neuem Repertoir.	Familie **Aurora** in ihrem Radfahrakt.

Frühling und Herbst.
Jahreszeiten-Idyll in 8 Szenen von **12 Damen** dargestellt.
a. **Frühling** im Reiche Floras. b. **Herbst, Alt-Delftsch** nach niederl. Meistern. c. **Herbst,** Naturell in Zeeland.

Jonny und Charlie Excentrics.	**Familie Adelmann** Musical Akt.

Battenberg-Theater
Heute: Abends 8¼ Uhr: **Helene Rubecks Ehe.** Drama in 3 Akten.
Morgen: Abends 8¼ Uhr: **Moderner Theaterabend. Gastspiel von Fräul. Anna Bergé.** Uraufführung: **Die Sünderbank.** Drama in 5 Akten.
Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein,** Markt 16, und **Paul Pflügner,** neben Battenberg.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Westen. Ll., Lützn.St.8,I.r., Schlafst.z.vrm.

Verkäufe und Käufe.

ff. hausschlachtene **Fleisch- u. Wurstwaren.** Jeden Dienstag **Schlachtfest. M. Richter,** Angerstr. 43.

Konfirmandenstiefel erstkl. Gelegenheitskäufe, billig. Vo., Mariannenst.92 (kein Laden).*

Monatsgarderobe
L. Blauner, Reichsstr. 41, nur 1. Etg. im Hause Fischhalle Seestern * empf. Paletots, Jackett- u. Rockanzüge, einz. Beinkleider, Jacketts, Knaben-Garderobe, elegant. Fracks und Gesellschafts-Anzüge, **auch leihweise.**

Pelzstolas, um zu räumen, zu Spottpreis. Täubchenweg 77b, II.*

Samt-, Manchester- u. Kleiderstoffreste v. 25 ₰ an, bunt. Barchent v. 40 ₰ an, Pique-Barch. v. 38 ₰ an verkauft Reudn., Grenzstr.17, I.l.*

Küchen-Handtücher grau, gesäumt, à Stück **30** Pfg. **Elisab. Heldorn,** Dorotheenstr. 2.

Hygien. Frauenartikel sowie Brosch. Kindersegen u. kein Ende 30 ₰, bei Warenkauf umsonst. Auf Bestellung komme ins Haus. **K.G. Otto,** Schl., Seumestr. 33, pt.*

Für **Frauen!** Hygienische Artik. kauf. Sie billig Johannisgasse 28, p. r.

Wäsche-Blum
Bettwäsche
Bezug mit Kissen . . . 2.75
Bettuch, 2m lg., oh. Naht 1.25
Inlett-Deckbett 4.25
Inlett-Unterbett . . . 3.75
bis zu den feinsten Qualitäten.
Hugo Blum
Reichsstrasse — Handelshof.
Wäsche-Blum

Selbstgearb. Unterröcke all. Farb. vk. spottb. R., Grenzstr. 17, I. l.*

Reelle neue Betten Gebett 12.50, 14, 18, 25, 38 Mk., b. **Selmar Kraft,** Lindenau, Markt.

Eleg. Säulen-Plüschsofa umständeh., 30 M. Weststr. 6, H.p.*

Möbel verk. bill. Teilz. gest. Li., Merseb. Str. 62.*

Gebr. Sofa, Tl., Spieg.-Konf., Bttst. m. M., Petr.-Of. Co., Herberst.9, I.r

Einf. Bettst. m. M., 3 Gal.-Lamp., 2 Leucht., Matr. m. K., 2fl.Tl. Petr.-K., elf. Kohl.-K. Brandenburg. Str., Postgbd. III. r.

Schallpl., Stck. 60 ₰. Körnerstr.1, I.*

H.- u. D.-Fahrräder einige Waggons z. Vorzugspreis. Diskr. u. bequem. Off. u. **M. 51** a. d. Exped. d. Bl.*

Sitz-Liegewag., Grammoph. Ll., Kaiserstr. 51, I. r.

Hand- u. Geschäftswag. bill. A., Wörthst. 17.*

Photograph. Apparat, 2 Akkumulatoren, 2 Volt, verk. b. Wahren, Turnerstraße 5, II, l.

Feuerholz kurz geschnitten, pro Korb 1 Mk., laufend, auch im einzelnen abzugeben. [2617 **Salomonstraße 14, Kontor.**

Gr. Auswahl präm. Kanarienv., hochf. Sommerrübsen, sowie alle Sort. pa. Vogelfutter, Ameiseneier, Mehlwürmer, prakt. Käfige u. 20 ₰ an empf. **Max Kraft,** Querstr. 17.

Heckbauer m. Nistk. bill. zu verkauf. Go., Georgstr. 21, III. r.

2 Ziegenl. (Bock u. Ziege) z. verk. Lind., Angerstr. 40, II., Thieme.

Arbeitsmarkt.

Junge Leute erhalten Stellungen nachgewiesen, wenn sie durch mich eingehende Ausbild. genoss. hab., als Verwalter, Buchhalter, Expedient, Kontorist etc. **Otto Kötz,** L.-Möckern, Hall. Str. 104*

Ostermädchen gesucht. M. Laube, Wäscherei, Cröbern.

Unterricht.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit
H. Papst, Dufourstr. 22 *
Spez. f. ältere Damen u. Herren.

Tüchtige
Wäschezuschneiderin
per baldigst bei höchstem Gehalt **gesucht.** [2368*
Menckhoff u. Co., Halle a. S.

Separat-Kurse *
v. alt. Dam. u. Herr. bevorz. Für 15 M lern. Sie im Einzelkurs. Die 4 gebr. Rundt. inkl. 1½ b. 3 St. bei Curt Wels, Tanzl. Abt. im Winterfahrplan u. Sonnabendannonce.

Vermischte Anzeigen.

Ehrenerklärung! Ich nehme hiermit den gegen Pauline Freiberger geschriebenen Brief als unwahr zurück. Frau Weigend.

Welche Zig.-Fabrik liefert an Zig.-Geschäft auf Kommission geg. monatl. Abrechnung. Offert. Lindenau, Kaiserstr. 30, pt. r., erb.

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt Leipzig, Antonstr. 14.

Ihre Anzüge w. wie „neu“ gereinigt u. gebügelt, Anzug **2.50 Mk.** Abholung u. Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei „Undine“ Dölitz-Leipzig.

45 50, 52-68 M, eleg. Anzug, Paletot, nach Maß liefert Schneidermeister **Mothes,** Hospitalstr. 21.

Masken-Kostüme
E. Kroll, Reudn., Bergstr. 17, vorm. Frau Heinrich. *

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Februar.

Geschichtskalender. 14. Februar 1468: Johann Gutenberg, der Erfinder der Buchdruckerkunst, in Mainz gestorben (* zwischen 1394 und 1397). 1766: Der englische Nationalökonom Thomas Robert Malthus auf Ruckery bei Dorking (Surrey) geboren († 1834). 1779: Der englische Seefahrer James Cook auf Hawaï von den Eingeborenen ermordet (* 1728). 1889: Ueber Stettin wird der kleine Belagerungszustand verhängt. 1909: Arbeitslosenzählung in Berlin.

•

Sonnenaufgang: 7,22, Sonnenuntergang: 5,8.
Mondaufgang: 9,28 vorm., Monduntergang: 11,11 nachm.

•

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. Februar

Lebhafte südöstliche Winde, Zunahme der Bewölkung, Temperatur wenig geändert, kein erheblicher Niederschlag.

Parteiangelegenheiten.

Achtung, Parteiversammlung! Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Dienstag, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Volkshauses eine Parteiversammlung für den 12. und 13. Reichstagswahlkreis tagt. Zur Tagesordnung steht die Abrechnung vom Parteitag in Leipzig, die Abrechnung von den Landtagswahlen sowie die Wahl des Maikomitees. (Siehe Inserat in der Freitags- und Montags-Nummer.) Es ist zu erwarten, daß die Genossen und Genossinnen zahlreich erscheinen. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Partei-Mitgliedsbuches

**Das Agitationskomitee
der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs.**

Das Stellenvermittlerwesen.

Seit geraumer Zeit ist über den Gewerbebetrieb der Stellenvermittler fast aus allen Berufskreisen heraus Klage geführt worden. Nach wie vor wird gerügt: übermäßige Höhe der Gebühren, Förderung des Stellenwechsels, Verleitung zum Verlassen der Stelle und zum Kontraktbruch, Vernachlässigung der Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter, gewissenlose Ausbeutung der Arbeiter, Benachteiligung der öffentlichen Interessen. Dies ist der Grund, weshalb die verbündeten Regierungen dem Reichstag den Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes zugestellt haben.

Auch bei den verschiedenen Parteien im Reichstag besteht kein Zweifel darüber, daß auf diesem Gebiet große Mißstände vorhanden sind und deshalb eine bessere gesetzliche Regelung notwendig ist. Es fragt sich nur, auf welchem Wege die Verbesserungen erreicht werden können.

Die Sozialdemokratie ist auch hier wieder am frühesten mit sachgemäßen Verbesserungsvorschlägen bei der Hand gewesen. In dem großen Arbeiterschutzantrag vom 29. Januar 1885 wurde u. a. verlangt: In allen Bezirken des Reichs sind Arbeitsämter zu errichten. Jedes Arbeitsamt organisiert innerhalb seines Bezirks den unentgeltlichen Arbeitsnachweis. Wäre diese Anregung von den bürgerlichen Parteien und den Regierungen damals beachtet worden, dann hätten wir bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten ein vollständiges System öffentlicher, paritätisch geleiteter Arbeitsnachweise im ganzen Reich.

Die verbündeten Regierungen aber wollen noch immer nicht auf die Tätigkeit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler verzichten. Der gemeinnützige öffentliche Arbeitsnachweis ist, so heißt es darüber in der Begründung des Entwurfs, gegenwärtig noch nicht derartig entwickelt, daß er imstande wäre, die gewerbsmäßigen Stellenvermittler ganz zu ersetzen. Diese werden insbesondere für gewisse Berufe, bei denen der Vermittler die ihm innewohnende Fähigkeit zum Individualisieren besonders zu betätigen und auszubilden in der Lage ist, ohne Schädigung der Arbeitgeber und Arbeiter jedenfalls zurzeit noch nicht entbehrt werden können. In Wahrheit jedoch denken die meisten Stellenvermittler gar nicht daran, für die freien Stellen die geeignetsten Arbeiter auszusuchen. Vielmehr ist für sie die Hauptsache, daß sie möglichst viel Stellen vermitteln, den Arbeitgebern möglichst ganze Trupps Arbeiter und Arbeiterinnen zuführen.

Entscheidend ist denn auch wohl für die Regierungen der andre Grund gewesen, der in der Begründung angeführt wird: Die Stellenvermittler müssen entschädigt werden, wenn ihnen durch Gesetz die Weiterführung ihrer Geschäfte verboten würde. Die Entschädigung sei auf 20 Millionen Mark berechnet worden. Demnach würde die Entschädigungsfrage „einer sofortigen Ausschaltung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler kaum überwindliche Hindernisse bereiten". Dieses klägliche Armutszeugnis stellen sich dieselben Regierungen aus, die jedes Jahr Hunderte von Millionen Mark für den Militarismus ausgeben.

Selbst die obligatorische Errichtung öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweise erscheint den Regierungen zurzeit nicht notwendig und nicht zweckmäßig. Für die Förderung dieser Arbeitsnachweise, die der Verband Deutscher Arbeitsnachweise neuerdings nachdrücklich in Angriff genommen habe, seien erhebliche Mittel des Reichs bewilligt und weitere in Aussicht genommen. Dem Verband dürfte es gelingen, eine sachgemäße und ausreichende Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises ohne gesetzgeberischen Eingriff durchzuführen. So die Begründung.

Der Beitrag des Reichs zu den Kosten des Verbands Deutscher Arbeitsnachweise beträgt aber für das laufende Jahr nur 80 000 Mk. Derselbe Betrag wird für diesen Zweck in dem neuen Etat gefordert. Bei einer solchen Unterstützung wird es noch sehr, sehr lange dauern, bis die Stellenvermittlungsgeschäfte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise verdrängt sein werden. Bisher war diese Entwicklung außerordentlich langsam; sie wird auch durch die Bestimmung in dem Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes kaum beschleunigt werden.

Nach der gegenwärtig geltenden Bestimmung der Gewerbeordnung bedarf derjenige, der das Geschäft eines Gesindevermieters oder Stellenvermittlers betreiben will, dazu der Erlaubnis der Polizei. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb dartun. Diese Bestimmung ist in den Entwurf des neuen Gesetzes hinübergenommen, aber mit folgenden Zusätzen: Die Erlaubnis ist ferner zu versagen, wenn ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern nicht vorliegt. Ein Bedürfnis ist insbesondere nicht anzuerkennen, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk ein öffentlicher, gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfange besteht.

Da aber nur in sehr wenigen Orten „ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfang" vorhanden ist, werden die Verwaltungsbehörden und Gerichte in den allermeisten Fällen ganz nach ihrem Ermessen entscheiden können, ob sie das „Bedürfnis" anerkennen sollen oder nicht. Mit derartigen Befugnissen der Behörden sind noch immer sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Die Regierungen dagegen versprechen sich von der vorgeschlagenen Neuerung einen großen Erfolg. Sie sehen den Hauptgrund der Uebel auf diesem Gebiete in der unbeschränkten Vermehrung der Stellenvermittler und in dem dadurch bedingten unbeschränkten Wettbewerb. Denn dadurch sehen sich die Gewerbetreibenden veranlaßt, zu anfechtbaren Mitteln zu greifen, um bestehen zu können. Nach dem Entwurf sollen in Zukunft die Behörden darüber wachen, daß nicht zu viel Stellenvermittlungsgeschäfte betrieben werden, und dann braucht ja kein Stellenvermittler sich mit „anfechtbaren Mitteln" abzugeben. Als ob nicht um eines recht großen Profits willen auch solche Leute sich „anfechtbarer Mittel" bedienen, die es gewiß nicht aus Not tun! Außerdem hatten die Behörden schon jetzt das Recht und sollen es auch nach dem Entwurf behalten, die Erlaubnis zum Betriebe des Stellenvermittlungsgesetzes zu entziehen, falls der Stellenvermittler zu „anfechtbaren Mitteln" greift. Wenn diese Bestimmung, wie die Regierungen jetzt zugeben, unwirksam geblieben ist, wird erst recht nicht die neu vorgeschlagene Bestimmung den erwarteten Erfolg haben.

Dagegen kann sie zu einem Unterdrückungsmittel gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter werden. Unsre Agrarier schreien deshalb nach einem Polizeigesetze gegen die Stellenvermittler, weil sie es „ihren" Arbeitern möglichst erschweren wollen, günstigere Arbeitsgelegenheit aufzusuchen. Dies können sie am einfachsten erreichen, wenn die Behörden das Recht haben, in dem Machtbereich der Agrarier die Stellenvermittlung durch unbequeme Geschäftsleute wegen Mangels des „Bedürfnisses" zu verbieten.

Die Gewerbeordnung gibt den Zentralbehörden die Befugnis, den Stellenvermittlern die Ausübung des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes u. a. m. zu verbieten. In dem Entwurf ist das Verbot ein für allemal ausgesprochen.

Den Stellenvermittlern legt die Gewerbeordnung die Verpflichtung auf, das Verzeichnis der von ihnen für ihre gewerblichen Leistungen aufgestellten Taxen der Ortspolizeibehörde einzureichen. Auch diese Bestimmung hat sich als wertlos erwiesen, da den Behörden kein Einfluß auf die Höhe der Taxen eingeräumt ist und die Taxen selbst von den Geschäftsleuten jederzeit einseitig geändert werden können. Aus diesem Grunde ist in dem Entwurf bestimmt, daß die Behörden die Taxen festsetzen können. Die Gebühr soll im Zweifel von dem Arbeitgeber und dem Arbeiter je zur Hälfte gezahlt werden. Eine entgegengesetzte Vereinbarung zuungunsten des Arbeiters ist nichtig.

Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen über die Stellenvermittlung im allgemeinen bestehen. Hervorzuheben ist nur noch, daß den Landeszentralbehörden die Befugnis erteilt werden soll, das Verbot, gewisse Gewerbe zu betreiben, und die Bestimmung über die Höhe der Taxen auf solche Arbeitsnachweise auszudehnen, die nicht gewerbsmäßig betrieben werden. Ebenso können die Landeszentralbehörden weitere Bestimmungen über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Betrieb dieser Arbeitsnachweise erlassen.

Auf diese Weise werden auch die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften den Behörden ausgeliefert

Das Milchproblem.

Die Frage der vorschriftsmäßigen Beschaffenheit der Milch ist noch nicht gelöst und die Urteile der Wissenschaft widersprechen sich noch in manchen Punkten.

Die Gutsbesitzer der Umgegend von Leipzig ließen sich am Sonnabend vom Geheimen Hofrat Professor Dr. Kirchner einen Vortrag über städtische Milchverkehrsordnungen halten. Professor Kirchner ist Vorsitzender des Deutschen milchwirtschaftlichen Vereins. Seine Argumente gegen die Milchregulative sind also von diesem Standpunkte aus zu bewerten. Gleichwohl möge seinem Gedankengange kurz Beachtung geschenkt werden. Es frage sich, meint er, ob der Zweck der Milchregulative, das Publikum zu schützen, erreicht werde, da die Vorschriften durchaus nicht immer naturgemäß seien. Dies treffe vor allem bei der Vorschrift des Mindestfettgehalts zu. Wenn man sich über die Physiologie der Milch klar sei, so wisse man, daß der Fettgehalt nicht beeinflußt werden könne, dies sei allein von der Kuh abhängig. Die Regulative dürften den höchsten Fettgehalt nicht als Norm aufstellen, weil er nicht überall erreicht werden könne. Den niedrigsten Satz dürfe man ebenfalls nicht nehmen, weil sonst der Eindruck erweckt werde, daß dieser Satz das normale sei, ebensowenig dürfe ein Durchschnittssatz angenommen werden, weil er zum Teil nicht erreicht, zum Teil übertroffen werde.

Man muß gestehen, daß diese professorale Logik etwas Zwingendes für die Abschaffung der Normierung des Fettgehalts hat, und damit wäre ja den Herren Milchproduzenten auch aufs beste gedient.

Die Stadtverwaltungen sind sich übrigens nach Herrn Professor Kirchner völlig im unklaren. Die 150 Städte, die in ihren Milchregulativen einen Mindestfettgehalt vorschreiben, schwanken zwischen 2,3 (Koblenz) und 3,3 (Kaiserslautern) Prozent. Warum die Unterschiede? fragte der Herr Professor und Vorsitzende des Deutschen milchwirtschaftlichen Vereins. Eine Antwort bekomme man nicht, so behauptete der Redner. Unsres Wissens ist die Antwort bereits häufig gegeben. Man nimmt eben denjenigen Fettgehalt als Mindestnorm, der in einer bestimmten Gegend unter allen Umständen zu erreichen ist. Sollte Herr Professor Kirchner hierüber wirklich noch im unklaren sein? Es könnte fast so scheinen, denn er behauptete weiter, daß die Normierungen willkürlich und ohne bestimmte sichere Grundlagen getroffen würden.

Darin aber stimmen auch wir Herrn Professor Kirchner bei, daß der Wert der Milch nicht allein vom Fettgehalt abhängig ist, daß auch der vorhandene Käsestoff, Eiweiß, Milchzucker usw. in Betracht gezogen werden sollen. Wir sind aber mit Herrn Professor Kirchner nicht einverstanden, wenn er dekretiert, das Publikum habe kein Anrecht auf einen bestimmten Fettgehalt. Um dieser Forderung der Milchproduzenten eine Unterlage zu geben, meinte er, die Befürchtung, der Verfälschung werde Tür und Tor geöffnet, wenn ein Mindestfettgehalt nicht vorgeschrieben sei, wäre hinfällig; denn der Wasserzusatz und die Entrahmung sei, wenn auch nicht in jedem Fall, sicher nachzuweisen. Grobe Verfälschungen seien immer nachweisbar und geringere Verfälschungen könnten nach neueren Forschungen ebenfalls festgestellt werden. Der Vortragende behauptet, daß gerade in den Städten, die keinen Fettgehalt vorschreiben, die Bevölkerung am zufriedensten sei. Am besten scheinen ihm die Verhältnisse in München zu liegen, wo sechs Milchinspektoren ständig beschäftigt sind, die Milch zu kontrollieren.

Zum Schluß wies der Vortragende darauf hin, daß die Rechtsprechung in Deutschland noch sehr verschieden sei, und redete einem Reichsgesetz das Wort. Die Versammlung beschloß, in diesem Sinne vorzugehen, während Professor Kirchner versprach, schon in den nächsten Tagen in der Versammlung des Deutschen milchwirtschaftlichen Vereins die Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Die Schaffung eines Leipziger Kriminalmuseums. Polizeirat Dix, der Vorsteher der Leipziger Kriminalabteilung, hat das Ministerium ersucht, einen Teil der Landgerichte anzuweisen, Gegenstände, die bei Vergehen oder Verbrechen eine Rolle spielten und durch deren Studium der Kriminalist Kenntnisse aus der Technik und der Psychologie des Verbrechers schöpfen kann, der zu gründenden Leipziger Sammlung zu überweisen. Bisher gelangten infolge einer Ministerialverfügung derartige Gegenstände nur an das Dresdner Kriminalmuseum. Eine kleinere Sammlung befindet sich jetzt schon auf dem Korridor der dritten Etage des Polizeiamts.

Turnen, auch eine geistige Tätigkeit. Seit Jahrzehnten bemühen sich eine große Anzahl von Lehrern und Laien, dem Turnunterrichte denjenigen Platz im Unterrichtsplane anzuweisen, der ihm von Rechts wegen zukommt. Wenn man auch heute den Wert körperlicher Uebungen höher einschätzt, als es früher der Fall war, so kennt man doch noch immer nicht die Beziehungen zwischen der Geistestätigkeit und der körperlichen Uebung. Und diese Unkenntnis auf diesem Gebiete ist es, die eine Unterschätzung des Turnens bei uns in Deutschland bewirkt. Die meisten Lehrer und Eltern betrachten den Turnunterricht als rein körperliche Uebung und als ein gutes Gegengewicht zu der sonst rein geistigen Tätigkeit der Schulkinder. Selbst wenn man auf diesem Standpunkte steht, muß man für eine größere Turnstundenzahl in der Woche plädieren, denn ein Gegengewicht kann doch nur gehalten werden, wenn es fast so stark ist, wie das Gewicht, dem es entgegenzuwirken hat. Womit aber noch nicht behauptet werden soll, daß der Turnunterricht nur dann seinen Zweck erfüllt, wenn er die Hälfte des ganzen Stundenplans einnimmt; ich glaube, unsre Turnlehrer wären über die Bewilligung des vierten oder dritten Teils des gesamten Unterrichtsplans für den Turnunterricht schon außerordentlich zufrieden. Das Turnen ist keineswegs bloß als körperliche Uebung zu betrachten. Jeder Turner weiß, daß er nach seinen Uebungen nicht nur körperlich ermüdet, sondern auch geistig. Wenn das auf Tatsache beruht, daß der Geist beim Turnen ermüdet, so muß er auch eine entsprechend ermüdende Arbeit geleistet haben. Worin besteht nun die geistige Tätigkeit beim Turnen? Ein Anfänger macht bei seinen ersten Uebungen eine Unzahl von Mitbewegungen, die nicht nur nichts mit der betreffenden Uebung selber zu tun haben, sondern ihrer Ausführung sogar hinderlich im Wege stehen. Allmählich verschwinden diese Mitbewegungen, weil die Gehirnzellen inzwischen gelernt haben, den Muskeln für ihre Bewegungen richtige Befehle zu erteilen. Also schon hier finden wir eine geistige Tätigkeit, die Hand in Hand mit der körperlichen Tätigkeit einhergeht. Vortreffliche Beweise für die geistige Arbeit, die beim Turnen geleistet wird, können wir dem Gebiete der individuellen und sozialen Tugenden entnehmen. Unter den individuellen Tugenden steht die Tapferkeit obenan, und es bedarf wohl keiner großen Erklärung, warum der Turnunterricht gerade geeignet ist, kleine „Hasenfüße" zur Tapferkeit zu erziehen. Aber noch eine große individuelle Tugend lernen wir beim Turnen, eine Tugend, die in unsrer Zeit wichtiger zu nehmen ist denn je: die Geistesgegenwart. Mißlingt eine Turnübung oder fühlt das Kind seine Kraft schwinden oder entdeckt es beim Anlauf zum Sprung plötzlich ein Hindernis, so muß es sofort wissen, was es zu tun hat, um möglichst schnell und unbeschädigt die mißglückte Uebung zu beenden oder zu unterbrechen. — Um die sozialen Tugenden nicht unerwähnt zu lassen, so sei hier nur kurz auf das Gemeinschaftsgefühl hingewiesen, das bei dem gemeinsamen Turnen in so schöner Weise gepflegt wird.

Das alles ist geistige Arbeit, die keineswegs unterschätzt werden darf. Erst wenn wir diese Beziehung zwischen geistiger Tätigkeit und Turnunterricht richtig erfaßt haben, werden wir dem Turnen unsrer Kinder die gebührende Aufmerksamkeit zukommen lassen. n

Die bestätigende Berichtigung. Unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes ersucht uns „Dr. iur." Pleißner, der Held vom Deutschen Kampf, um Aufnahme einer „Berichtigung", die wir mit um so größerem Vergnügen abdrucken, als darin der unübertreffliche Pleißner ausdrücklich bestätigt, daß er am Ende seines Lateins angekommen ist. Die „Berichtigung", die nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts auch dann abgedruckt werden muß, wenn sie nicht wahr ist, hat folgenden Wortlaut: 1. Es ist nicht wahr, daß die nächste Nummer des Deutschen Kampfes die letzte sein wird; wahr ist vielmehr, daß Dr. Pleißner lediglich die Redaktion des Deutschen Kampfes niederlegt, und daß die Zeitschrift in andere Hände übergehen wird. 2. Es ist nicht wahr, daß sich Dr. Pleißner gezwungen sieht, die Bude zuzumachen; wahr ist vielmehr, daß der Deutsche Kampf-Verlag ruhig weiterbesteht, und daß in der Erledigung seiner buchhändlerischen Geschäfte nicht die geringste Veränderung eintritt.

Zum Schluß bemerkt Pleißner: Behufs weiterer zivilrechtlicher Schritte gegen Sie haben wir uns bereits mit unserem Rechtsbeistand in Verbindung gesetzt.

Das angerufene Gericht wird natürlich uns sofort verknurren, dem „Leipziger Harden", als den sich Pleißner einmal bezeichnete, eine lebenslängliche Rente auszuzahlen. Und damit wäre ja der von Pleißner erhoffte Zweck erreicht! Oder nicht? —

Rattenvertilgung. Eine allgemeine Rattenvertilgung im Stadtgebiet findet in der Zeit vom 20. Februar bis 15. März 1910 statt. Die Eigentümer aller im Stadtbezirk gelegenen Grundstücke, die von der Rattenplage heimgesucht sind, werden vom Rat der Stadt Leipzig zur Vermeidung einer Geldstrafe von 10 Mk. für den Unterlassungsfall veranlaßt, innerhalb der genannten Zeit durch Auslegen von Rattengift in den Beischleusen oder an anderen geeigneten Stellen (in Aschen- und Abfallgruben, altem Mauerwerk und dergleichen) gleichfalls eine umfassende Vertilgung der Ratten vorzunehmen.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Infolge der günstigen Aufnahme, die das Weihnachtsmärchen: Wie der Wald in die Stadt kam, gefunden hat, sieht sich die Theaterkommission veranlaßt, den vielen Wünschen nachzugeben und eine Wiederholung zu veranstalten. Dieselbe wird bereits nächsten Sonntag, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr, im Schauspielhause stattfinden und können die Karten vom Dienstag ab in den bekannten Stellen, namentlich aber in den Filialen der Volkszeitung, entnommen werden.

Unfall auf der Straße. An der Ecke der Breiten Straße und Zweinaundorfer Straße fuhr gestern nachmittag der 27 Jahre alte Lithograph Georg Wolfgang Bläß, Franckestraße 3 wohnend, mit seinem Fahrrad gegen einen Motorwagen. Infolge davon wurde Bläß mit solcher Wucht auf die Straße geschleudert, daß er eine Gehirnerschütterung davongetragen hat und in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Verunglückte hat heute das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt. Der Radfahrer

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

soll, als er der Straßenbahn ausweichen wollte, im letzten Augenblick mit dem Fahrrad in der Straßenbahnschiene hängengeblieben sein.

Zwei Selbstmorde. Durch Erhängen entleibte sich an seiner Arbeitsstätte in der Hohenzollernstraße ein 55 Jahre alter Markthelfer aus der Reichelstraße. Der Beweggrund zu dem Selbstmord ist nicht bekannt.

In der Meitzenhainer Straße hat sich vergangene Nacht ein 20jähriger Kontorist erschossen. Ein Nervenleiden hat den jungen Menschen in den Tod getrieben.

Fingierter Raubanfall. Am Sonnabend vormittag wurde der Kriminalpolizei gemeldet, daß an dem Kommis eines Drogengeschäfts in der Bayerschen Straße ein Raubanfall verübt worden sei. Der Kommis will früh beim Oeffnen des Geschäfts von einem fremden Menschen überfallen und zu Boden geworfen worden sein. Auch soll ihm der Täter Pfeffer in die Augen gestreut haben. Es stellte sich bei der dringlichen Vernehmung des angeblich Ueberfallenen durch die Kriminalpolizei denn bald heraus, daß der Ueberfall erdichtet war. Der leichtsinnige Mensch hat ein Fehlen von 170 Mk. in der von ihm verwalteten Kasse vertuschen wollen und deshalb sich so gestellt, als ob ihm der Betrag durch Raub abgenommen worden wäre. Das Benehmen des unredlichen Menschen hatte große Beunruhigung hervorgerufen.

Taschendiebe sind wiederum in den Straßen der inneren Stadt aufgetreten. Die von den Spitzbuben erbeuteten Portemonnaies enthielten zum Teil recht ansehnliche Geldbeträge.

Ein Einmieterdieb wurde in der Person eines Malers aus Plauen jetzt in Dessau festgenommen. Der Spitzbube hat im Dezember und im Januar auch hier sein Unwesen getrieben. In seinem Besitze sind eine Anzahl hier in Leipzig ausgestellter Pfandscheine gefunden worden. Die Eigentümer dieser Scheine können sich bei der Kriminalpolizei melden. Inzwischen ist festgestellt worden, daß sich der gefährliche Dieb einer hiesigen, von ihm ebenfalls bestohlenen Familie gegenüber Maler Paul Grimmer aus Bautzen genannt hatte.

Von Bubenhand wurde einem Herrn auf dem Wege vom Königsplatz bis zum Markte der Mantel im Rücken mit einem scharfen Instrument zerschnitten. Leider ist der Täter nicht bemerkt worden.

Warnung. Ein Spitzbube pflegt in den Morgenstunden in die Häuser zu gehen und aus den Vorsälen der Wohnungen Kleider zu stehlen, wenn er gerade eine offengelassene Tür findet. Vor dem Diebe wird gewarnt. Zuletzt hat er in der Wilhelmstraße einen wertvollen Ueberzieher gestohlen.

Mansfeld vor dem Schwurgericht.

Halle, 14. Februar.

Vor dem hiesigen Schwurgericht nahm heute Montag der große Mansfelder Aufruhrprozeß seinen Anfang, nachdem in der letzten Woche bereits einige vor dem eigentlichen Hettstedter Krawall liegende Vorgänge abgeurteilt worden waren. Jetzt handelt es sich um eine Anklage wegen

schweren Landfriedensbruchs

gegen zehn Personen, darunter eine Frau, und gegen zwei Personen wegen einfachen Landfriedensbruchs. Es sind dies der Schlosser Lohse, der als Hauptangeklagter in Frage kommt, die Bergleute Marczek, Schäfer, Schneider, Raczmarek, Schröder, Regel, Bielert, Brühahn, Schütze und Finzel, sowie die Fabrikarbeitersfrau Müller. Die Angeklagten stammen sämtlich aus Hettstedt oder dem benachbarten Molmeck und befinden sich teilweise in Untersuchungshaft. Der zur Anklage stehende Vorgang ereignete sich am Gewerkschaftsbahnhof des Niewandschachtes. Dort erwartete eine nach Tausenden zählende Menge Streikender mit ihren Frauen und Kindern die Ankunft eines Zuges mit Arbeitswilligen. Die Streikenden sollen die Arbeitswilligen nach der Anklage verhöhnt, beschimpft und geschlagen haben, die Gendarmen, die den Arbeitswilligen zu Hilfe kamen, sollen tätlich angegriffen worden sein.

Den Vorsitz führt wiederum Landgerichtsdirektor Netzbandt, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Alsleben, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Reichstagsabg. Wolfgang Heine-Berlin und Dr. Landsberg-Magdeburg. Unter den vorgeladenen 60 Zeugen befinden sich die Hüttendirektoren Bleicher und Flechsler, Ortsschulzen, Obersteiger und Steiger, viele Bergleute, Gendarmen, Gastwirte u. a. m.

Französischer Parteitag.

Nimes, 8. Februar.

Dritter Tag.

Die Diskussion über die Altersversicherung wird fortgesetzt.

Aubriot (Seine, pro), betont die Autonomie der Partei gegenüber der C. G. T. Der Einwand, daß die Beitragsleistung der Arbeiter den Gewerkschaften Abbruch tun werde, wird durch den Aufschwung der Bergarbeiterorganisation seit dem Pensionsgesetz widerlegt.

Lafargue (kontra): Die Vorlage ist Wahlmache. Die jetzige Vorlage bietet weniger als das bestehende Altersunterstützungsgesetz. Der Redner bespricht ihre Einzelheiten. Es ist eine Illusion, daß die Kapitalisation öffentlichen Arbeiten zugutekommen würde. Aber wichtiger als die Kapitalisation ist die Altersgrenze und die Beitragsleistung. Von 11 408 000 für Lohn Arbeitenden sind nur 807 000 über 65 Jahre alt. Gueyße und Bertillon haben für 1896 berechnet, daß nur 7 v. H. das Alter von 65 Jahren erreichen, Bertillon kommt zu einer Ziffer von 4 v. H. für Paris, ja in manchen Vierteln, wie im 13. Arrondissement verschwinden überhaupt alle Arbeiter vor 55 Jahren.

Groussier bestreitet den Wert dieser Ziffern: Nach der Bevölkerungsstatistik bleiben 35 v. H. bis zum 65. Jahre am Leben, zieht man nur die Personen über 18 Jahre in Betracht, wie dies richtig ist, sogar 40 v. H. Berücksichtigt man die geringere Sterblichkeit der Besitzenden, so kommt man noch immer zu dem Ergebnis, daß von den Arbeitern über 18 Jahre 25 die Altersgrenze erreichen.

Lafargue schildert die Notlage der Textilarbeiter im Norden, den Steuerdruck, der auf die Landwirtschaft lastet, und äußert die Furcht, daß die Partei für die neuen Lasten verantwortlich gemacht werden werde. Der Redner hält den Befürwortern des Gesetzes den Wechsel ihrer Stellung zur Konföderation vor. Ich habe nie an die Autonomie von Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei geglaubt, sondern immer ihr Zusammenarbeiten befürwortet. Nehmen Sie das Gesetz an, so ist das der Krieg mit der Konföderation. Stimmen wir gegen das Gesetz und beginnen wir sofort eine Agitation für eine neue, von uns ausgearbeitete allgemeine Versicherungsvorlage, gemeinsam mit der Konföderation. (Sembat: Die wird ja gegen das Gesetz sein.) Nun, dann werden wir allein die Propaganda ins Land tragen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sembat (pro): Was hier in Frage ist, ist nicht die Altersversicherung allein, sondern unsere Taktik überhaupt. Darum gibt es hier auch kein Ausweichen, wir müssen mit dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit ja oder nein sagen. Von den Einwendungen, die gegen das Gesetz erhoben werden, kann diejenige keine Geltung haben, die darauf verweist, daß Angehörige der bürgerlichen Parteien, wie Ribot dafür sind. Da ist Hervé mit seinem Antiparlamentarismus wenigstens logisch. Denn wenn wir die Unterstützung der Bürgerlichen nicht wollen, müssen wir gegen jedes Gesetz stimmen, solange wir nicht die Mehrheit im Parlament haben. Die Vorlage bedeutet bei all ihren Mängeln eine wichtige Errungenschaft. Zum erstenmal ist in ihr das Prinzip anerkannt, daß der alte Arbeiter ein Recht darauf hat, von der Gesellschaft unterstützt zu werden. Wenn Sie jetzt uns vorrechnen, wie wenig Arbeiter die Altersgrenze erreichen, setzen Sie sich da nicht der Gefahr aus, daß die Gegner der Versicherung Ihnen entgegenhalten: Die ganze Zeit habt ihr gefordert, daß etwas für die alten Arbeiter geschehen müsse und nun stellt ihr selbst fest, daß es überhaupt keine gibt? (Heiterkeit und Beifall.) Ich will Ihnen selbst zugeben, daß wirklich nur 7 v. H. das Bezugsalter erreichen. Aber was wird daraus folgen? Daß man, förmlich automatisch, dieses herabsetzt. Ist das Gesetz der Verbesserung fähig? Das ist die ganze Frage. Sie wollen seine Ablehnung und eine Agitation für ein neues Gesetz, unsere Methode ist das Errungene festzuhalten und für weitere Verbesserungen zu kämpfen. Sie scheint mir besser, scheint mir jedenfalls ein Zeitgewinn. 24 Jahre sind seit dem ersten Antrag Jaurès verflossen. Denken Sie an die Umständlichkeit des parlamentarischen Apparats! — Was die finanzielle Deckung anlangt, ziehe ich das Umlageverfahren vor, aber je mehr ich die Kapitalisation schmähen höre, desto günstiger denke ich über sie. — Man darf die Rente nicht nur unter dem Gesichtspunkt des augenblicklichen Vorteils betrachten, den sie dem alten Arbeiter bietet. Sie gibt dem Arbeiter überhaupt einige Sicherheit. Neben der Herabsetzung der Altersgrenze haben wir als Verbesserungen vor allem zu erkämpfen die Erhöhung des Staatsbeitrags und die Selbstverwaltung der Kassen durch die Arbeiter. Diese Verbesserungen sind für uns erreichbar. Redner erörtert dann das Verhältnis zur C. G. T. Wir sind verpflichtet, sie zu hören. In Berufsfragen ist sie kompetent, aber nicht in der Politik. Sie selbst hat sich in Amiens jenseits der „Sekten" gestellt. Sie wirft uns vor, nur „Meinungen" zu vertreten, aber in ihrer Aktion beruft sie sich selbst auf Meinungen, die Meinungen von Marx u. a. In freien Ländern aber ist die öffentliche Meinung eine große Macht, ohne sie kann kein großer Streik gewonnen werden. Und sie drückt sich, Hervé mag sagen, was er will, im Resultat der Wahlen aus. Wir treiben keine Popularitätshascherei, sonst hätten wir uns nicht der verfolgten Anarchisten, Syndikalisten, ja Hervés selbst angenommen. Ebensowenig wie am Schleppkan der Konföderation wollen wir an dem der Radikalen sein. Geben Sie uns eine klare Ordre, für oder gegen das Gesetz zu stimmen! Ich bin der Meinung, daß wir uns nicht damit begnügen sollen, es zu beschimpfen, sondern daß wir Verbesserungen vorschlagen sollen. Dann aber wollen wir, mit einer öffentlichen Erklärung auf der Tribüne, für das Gesetz stimmen. (Anhaltender Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Luquet (Seine, kontra), spricht vom Standpunkt der C. G. T., deren Sekretär er war. Er verwahrt sich gegen Sembats Darstellung, als ob die Konföderation gegen die sozialen Reformen sei. Aber die Vorlage sei gar keine wirkliche Reform. Er erklärt die Arbeiterbeiträge für unannehmbar und bezweifelt, daß die Herabsetzung der Altersgrenze so leicht herbeizuführen wäre. Er bekämpft auch die Kapitalisation. Die C. G. T. würde an der Verwaltung der Kassen vermutlich nur dann teilnehmen, wenn der Staat kein Aufsichtsrecht in Anspruch nähme und dies ist nicht zu erwarten. Die vorliegende Frage ist vor allem eine Arbeiterfrage und darum hat die Partei, ohne ihrer Autonomie etwas zu vergeben, ihrer Mission folgend, den Willen der Arbeiterklasse zu vollstrecken und der Entscheidung der C. G. T. zu folgen. Die Kapitalisation liefert dem Staat die Möglichkeit zu Betrügereien, zur Konfiskation im Kriegsfall. Die Vorlage ist eine neue Anwendung der Methode Waldeck-Rousseau. Die radikale Partei macht die Reform nicht um der Arbeiter willen, denn dann würde sie sie anders machen. Sie macht sie vor allem für die Bourgeoisie, für ihre Profitbedürfnisse. Wenn Sie schon kapitulieren wollen, dann verlängern Sie die Kapitalisationsperiode gleich auf 80 Jahre und Sie machen die Arbeiterbeiträge überflüssig. Kapitalisieren Sie überhaupt alle öffentlichen Ausgaben für den Militarismus ꝛc. — Ich bitte Sie, den Spalt zwischen der Partei und der Konföderation nicht zu vertiefen. Es ist nicht richtig, daß die Konföderation der Partei unfreundlich gesinnt ist. Nehmen Sie Akt von ihrer Entscheidung und zeigen Sie, daß die Partei die politische Vertretung der Arbeiterklasse ist. Erschweren Sie nicht die Situation der Konföderierten, die für ein gutes Verhältnis mit der Partei arbeiten. Wenn Sie für das Gesetz stimmen, so bleibt die sozialistische Partei wohl eine politische Partei, aber nicht die der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.

Jaurès begrüßt die Intervention Luquets als ein Anzeichen der Besserung der Beziehungen zwischen Partei und Konföderation. — Luquet selbst hat bis auf die Kapitalisation die Möglichkeit von Verbesserungen zugegeben. Die Bedeutung dieses Kongresses ist, daß zum erstenmal die Partei, nach der Feststellung ihrer allgemeinen Regeln vor eine große Reform gestellt ist. Redner verweist auf die einstimmige Zustimmung der Fraktion im Jahr 1906. Und diese Zustimmung geschah nicht um des Gesetzes willen, sondern vor allem in Hinblick auf seine Verbesserlichkeit, trotzdem die Beiträge dreimal so hoch waren. Damals hat sich keine Stimme dagegen in der Partei erhoben. (Lafargue protestiert und verweist darauf, daß er im 11. Wahlkreis gegen das Gesetz gesprochen habe.) Umso befremdeter war ich über die vor ein paar Wochen begonnene Campagne, in der man von Betrug und Diebstahl sprach. Aber auch die Konföderation hat nicht protestiert. (Luquet: 1906 war das Gesetz nicht ernst zu nehmen!) Trotzdem hätten die sozialistischen Gewerkschafter uns warnen müssen. Sie finden Verbesserungen unmöglich. Aber damals schon haben wir die wichtige Verbesserung der Aufnahme der Teilpächter unter die Versicherten durchgesetzt. Während der drei Jahre, als wir auf das Ministerium eindrangen, das Prinzip des Gesetzes zu verwirklichen, auf allen Parteitagen, haben Sie keinen Protest vernehmen lassen. Wenn Sie uns jetzt zwingen, unsere Haltung zu verändern, so leidet nicht der moralische Kredit der Fraktion allein, sondern der ganzen Partei. In allem Haß, dem wir in der Kammer begegnen, lebt die Achtung vor uns, als einer Partei, die weiß, was sie will und ihre Entscheidungen mit klarer Ueberlegung trifft. Gefährden Sie sie nicht, indem Sie von uns verlangen, uns zu desavouieren. — Ich bedauere, daß man uns ungenaue Ziffern zitiert. Ueber das Verhältnis derjenigen, die die Vorteile dieses Gesetzes genießen werden, zur Gesamtzahl der Beitragleistenden, wird erst die Erfahrung Aufschluß geben. Bei einer Zahl von 1200000 Rentenbeziehern würde die Rente 400 Frank betragen. Lafargue glaubt, daß nur 300000 die Vorteile des Gesetzes genießen werden. Ich habe von tüchtigen Aktuaren eine Berechnung über die Höhe der Rente bei 500000 Berechtigten anstellen lassen, und wissen Sie, zu welchem Betrag sie gekommen sind? Zu einer Rente von 1080 Frank. (Bewegung.) Der Opposition liegt ein Irrtum in der Methode zugrunde. Sie verkennen, daß es in der Demokratie kein unbewegliches, erstarrtes Gesetz gibt. Wenden wir die Methode der Verbesserung an. Redner verweist auf den prinzipiellen Unterschied zwischen der Altersunterstützung und dem unbedingten Recht der Versicherung, die die moralische Würde des Arbeiters hebt, auch dessen, der noch nicht 65 Jahre erreicht hat. An die Ueberwälzung der Unternehmerbeiträge glaube ich nicht. Sie ist durch das Gesetz verboten. (Luquet ruft: Die Arbeiter werden sie als Konsumenten bezahlen.) Luquets Einwurf ist das Argument der liberalen Schule gegen jede Sozialreform. Man fürchtet auch die Herabsetzung der Löhne. Aber die ganze Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung spricht gegen diesen Pessimismus. Denken Sie auch daran, welche materielle und moralische Bedeutung die Renten der Alten in den Arbeiterfamilien in Streikzeiten haben wird. Der Staatsbeitrag von 120 Millionen aber wird durch die am schwersten überwälzbare progressive Erbschaftssteuer bestritten werden. Es ist also keine Pension für die Toten, sondern eine Pension durch die Toten — der Bourgeoisie nämlich. Wenn Sie die Deputierten tadeln, die das Gesetz votiert haben, so verurteilen Sie auch die Parteien der Internationale, die wie die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie das Prinzip des Arbeiterbeitrags und der Kapitalisation akzeptiert haben. Redner beruft sich auf Molkenbuhrs Ausführungen in der Humanité. Molkenbuhr ist nichts weniger als Revisionist. Für die Arbeitslosenversicherung waren die deutschen Genossen bereit, die Beitragspflicht zu übernehmen. Sie forderten vor allem einen Anteil an der Verwaltung. Ein solcher ist in der Vorlage immerhin gegeben. Jaurès beruft sich auf Adlers Erklärung über das österreichische Projekt über die Arbeiterversicherung, das Beitragsleistungen von 6.50—38 Frank jährlich vorsieht. Sind Molkenbuhr, Dr. Adler „Betrüger", sind die Millionen deutscher und österreichischer Sozialdemokraten, die Sie uns so oft als Muster vorgehalten haben, urteilslose Dupierte? (Beifall.) Jaurès stellt fest, daß das Altersversicherungsgesetz die bestehende Altersunterstützung nicht berührt. Die ohne Beitragspflicht konstituierte englische Reform trägt den Charakter der Unterstützung an sich, in Frankreich, wo wir bisher nur verschiedene Arten von Wohltätigkeit kannten, ist die Reform, die ein neues Recht begründet. Wie wollen Sie ohne Beitrag der Arbeiter die Kosten decken? Durch die Einkommensteuer? Merkwürdig, diese hat unter Ihnen nie so viele Freunde gehabt, wie seitdem sie schläft. Sie mißtrauen dem Staat. Aber diesem „Dieb" wollen Sie die großen Monopole übergeben. Ihre Vorliebe für das Umlageverfahren stammt zum Teil aus der Vorstellung, daß es einfach sei und viel Bureaukratismus erspare. Diese Vorstellung aber ist irrtümlich, weil sie individuelle Rechnungsführung voraussetzt. Und was ist mit den in das Proletariat herabgedrängten Kleinbürgern? Jaurès polemisiert gegen die Annahme, daß das angesammelte Kapital vom Staat angeeignet werden könne und führt aus, daß es vielmehr für soziale nützliche Zwecke verwendet werden könne. — Zum Schluß spricht Jaurès über das Verhältnis zur Konföderation. Damals haben wir gesagt, daß die Partei die Entscheidungen der Konföderation einfach zu registrieren habe. Immer haben wir ihre, aber auch unsere Autonomie verteidigt, während manche von Ihnen ehedem die Gewerkschaft der Partei und nun die Partei der Gewerkschaft unterwerfen wollten. Ich begrüße das wachsende Interesse der Arbeiterklasse an der gesetzgebenden Arbeit. Wir aber sind es, die diesmal dem wahren Geist der Konföderation, welcher der der fortgesetzten Realisationen ist, treu bleiben. — Man sagt, wir spielen das Spiel der Radikalen. Ich glaube nicht, wie viele meiner Freunde, daß der Radikalismus bankrott ist, daß er sein Programm preisgegeben hat. Vielmehr meine ich, daß er es erfüllt hat. Jetzt sucht er Fetzen unseres Programms sich anzueignen. Unter der Pression der Arbeiterklasse macht er Zugeständnisse an Forderungen, die wir aufgestellt haben und die er selbst ehedem für Utopien erklärte. Nennen Sie das einen Sieg des Radikalismus? Wir treiben keinen Wählerfang. Dem Volk Reformen zu versprechen, für die es keine Opfer zu bringen braucht, das ist eine Popularität, die dem Sozialismus nicht geziemt. Wir wollen unsere Einwendungen gegen das Gesetz laut werden lassen, aber wir wollen dafür stimmen, um am Tage nach seiner Annahme die nötigen Verbesserungen zu fordern und dafür in ununterbrochener Aktion zu kämpfen mit der Kraft, die die Ergebenheit, der Glaube an unser Ideal uns verleiht. (Stürmischer, sich widerholender Beifall, an dem sich die überfüllte Galerie beteiligt.)

Lucien Roland führt das Schweigen der Opposition im Jahr 1906 darauf zurück, daß damals die Rücksicht auf die eben erst begründete Einigkeit das Aufwerfen solcher Streitfragen untersagte. Mit der Methode der Verbesserungen könnte man auch die Budgetbewilligung rechtfertigen. Die neue Steuer wird die Bauern gegen die Republik ungünstig stimmen. Wenn man uns das Verhalten der Deutschen vorhält, die das von der Regierung des Ausnahmegesetzes eingebrachte Gesetz abgelehnt, aber nachher den Verbesserungen zugestimmt haben, so sind wir gegenüber den Ministern von Draveil und Raon l'Etape in derselben Situation und wir haben keinen Grund den Radikalen zu helfen, ihre Popularität wiederzugewinnen.

Hervé spricht ausführlich über sich selbst und sein Verhältnis zu den verschiedenen Richtungen und Personen der Partei und fügt einige Bemerkungen über seine Stellung zu den Reformen an. Er ist nicht gegen wirkliche soziale Reformen, auch nicht gegen die Altersversicherung, sondern nur gegen Karikaturen von Reformen. Er ist auch nicht für die Sabotage der parlamentarischen Aktion. Die Revolution wird nach einer notwendigen Periode der Organisation mit Gewalt, mit Generalstreik und Insurrektion durchgeführt werden müssen. Man macht aber Revolutionen nicht mit Enttäuschten. Darum habe ich auch über den Bankrott des Radikalismus keine Freude empfunden. Die Partei aber hätte die Unpopularität der Radikalen benützen sollen, um ihnen ein besseres Gesetz abzuzwingen.

Jaurès hat die sozialpolitischen Anschauungen Millerands, Waldeck-Rousseaus und Bismarcks. Er ist Ministerteller geblieben. Es gibt nur zwei Methoden des Sozialismus: die des Parlamentarismus und Reformismus und die der Revolution, die die des Klassenkampfes ist. Wir wollen die Ablehnung des Gesetzes, weil wir den Spalt zwischen Partei und Konföderation nicht vertiefen wollen, weil wir die Parlamentarier in der Hand halten und endlich weil wir kundgeben wollen, daß die Partei nach wie vor die Partei der Revolte ist. (Beifall.)

Die Rednerliste ist erschöpft. Es folgen noch Erklärungen verschiedener Deputierter. Briquet (Vertreter des Pas de Calais) fordert namens seiner Föderation die Deputierten auf, für die Vorlage zu stimmen und beruft sich auf die Erfahrungen mit dem Gesetz über die Bergarbeiterpensionen. Desgleichen spricht der Bergarbeiter Calrignac für das Gesetz, weiter ein Vertreter landwirtschaftlicher Arbeiter des Dep. Cher. Delory (Nord) berichtet, daß seine Föderation mit Rücksicht auf die Stimmung einiger Sektionen beschlossen hat, 44 Stimmen gegen 7 für das Gesetz abzugeben.

Es folgt die Abstimmung. Es liegen vor:

Eine Resolution Vaillant. Sie fordert Zustimmung zur Vorlage und nachherige Campagne zur Verbesserung.

Eine Resolution Luquet. Sie fordert Verwerfung der Vorlage durch die Fraktion.

Angenommen wird die Resolution Vaillant mit 193 Stimmen. Für die Resolution Luquet werden 156 Stimmen abgegeben. Vier Stimmenthaltungen.

Die Verkündigung des Resultats wird von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

F. K. S. Für Deutschland kommen nur die üblichen Gebühren, die nicht bedeutend sind, in Frage. Wie hoch sich die in Oesterreich entstehenden Kosten belaufen, ist uns nicht bekannt.

Auskunft in Rechtsfragen.

M. O. L., Lindenau. Ihre Frage eignet sich nicht zur schriftlichen Beantwortung. Kommen Sie in unsre Sprechstunde.

M. E. 100. An den eingebrachten Sachen der Frau können Sie sich nicht schadlos halten. Die Pfändung des Lohnes ist in diesem Falle nur zulässig, soweit er jährlich mehr als 1500 Mk. beträgt.

A. B. 100. 1. Der überlebende Ehegatte erhält 1/4, die Kinder 3/4 des Nachlasses. 2. Ja. 3. Nein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die belgische Arbeiterpartei am Scheidewege.

Unser belgischer Mitarbeiter schreibt uns: Der Kongreß der belgischen Arbeiterpartei, der am Sonntag und Montag dieser Woche in Brüssel abgehalten wurde, hat die seit fast einem Jahre vor den Parteiinstanzen schwebende Frage der Teilnahme an einer künftigen liberalen Regierung erledigt. Der Gegenstand und der bisherige Verlauf der Diskussion in der Parteipresse und im Generalrat der Partei sind den Lesern der Volkszeitung bekannt. Der Parteitag brachte übrigens in dieser Hinsicht nichts, was zur weiteren Klärung der umstrittenen Frage der Parteitaktik hätte beitragen können. Zwei Resolutionen, die wir unten wiedergeben, lagen dem Kongresse vor. Die eine, die von Vandervelde verfaßt und vertreten wurde, führte den auf der Rechten der Partei stehenden Ultrareformisten und Ministerialisten das Kontingent der „Integralisten" zu. Die andre, von de Brouckère, vertrat klar und scharf die Ansicht der Marxisten. Und daß die reformistisch-integralistische Kuddelmuddelresolution siegen würde, war von vornherein klar. Insoweit brachte der Kongreß nichts Neues. Was neu war, ist, daß jetzt die landesübliche Einerseits-Anderseits-Kleisterresolution nicht, wie stets zuvor, den gesamten Parteitag auf der papiernen Grundlage der Einigkeit in der Konfusion vereinigte, sondern daß sie eine zielklare, entschlossene, und dabei überraschend starke marxistische Opposition gegen sich fand. Neu war an diesem Parteitag also vor allem, daß er zum erstenmal in der Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung eine reinliche Scheidung gebracht und damit die einzig mögliche Aussicht auf ihre Rettung vor der drohenden reformistischen und ministerialistischen Versumpfung eröffnet hat.

Was für Tendenzen sich dabei gegenüberstanden, das zeigt nichts deutlicher, als die Vergleichung der beiden Resolutionen. Die Resolution de Brouckère lautete:

Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeiterpartei kraft ihrer Grundsätze und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse, und zwar namentlich des Amsterdamer Beschlusses über die politische Taktik, weder an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen, noch sie systematisch unterstützen darf, und daß ihre Vertreter den wesentlichen Budgets des kapitalistischen Staates nicht zustimmen dürfen.

Die Resolution Vandervelde zerfällt in zwei Teile, der erste über die allgemeine Taktik der Arbeiterpartei, der zweite über den Ministerialismus:

I. In der Erwägung, daß die Arbeiterpartei, wenn sie die Interessen, deren Vertretung ihr obliegt, nicht verletzen will, weder eine bürgerliche Regierung systematisch unterstützen, noch sich im voraus dazu verpflichten soll, einer Regierung, die zur Durchführung der van der Arbeiterklasse geforderten dringlichen demokratischen Reformen entschlossen ist, das Leben unmöglich zu machen, erklärt der Kongreß:

Daß die belgischen Arbeiter das größte Interesse daran haben, daß die klerikale Regierungsmajorität gestürzt werde, und daß keine einzige bürgerliche Partei allein über eine Mehrheit verfüge;

Er warnt die Arbeiterklasse vor den Gefahren einer Politik, die, unter dem Vorwande einer antiklerikalen Koalition oder eines Blocks die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei gefährden könnte;

Er lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen auf die Notwendigkeit, bei jeder Gelegenheit zu betonen, daß, am Tage nach dem Siege der Oppositionsparteien, die Arbeiterpartei ihre uneingeschränkte Aktionsfreiheit behalten wird; daß ihre Politik bleiben wird, was sie stets war: eine Klassenpolitik; daß ihre Haltung gegenüber jeder Regierung, die gebildet werden sollte, nur von dem Bestreben diktiert werden wird, den Interessen des Proletariats zu dienen, und unter anderem von der Haltung abhängen wird, die diese Regierung in der Wahlrechtsfrage und in bezug auf die anderen politischen und sozialen Reformen, deren Verwirklichung die Arbeiterklasse erstrebt, einnehmen wird.

II. Unter Berufung auf die Resolutionen des Pariser internationalen Kongresses, die vom Amsterdamer Kongreß bestätigt wurden, erklärt der Kongreß:

Erstens, daß er sich in Uebereinstimmung mit den erwähnten Kongreßbeschlüssen weigert, die individuelle Teilnahme von Genossen an irgend einem Ministerium, ohne die Zustimmung der Arbeiterpartei, als möglich anzuerkennen, und daß diese Genossen, falls es solche überhaupt geben sollte, sich dadurch einfach selber aus der Partei und aus der Internationale ausschließen würden;

Zweitens, daß im übrigen die Frage der Teilnahme an der Regierung laut des Pariser Beschlusses eine Frage der Taktik, und nicht des Prinzips ist, die von einem Parteikongreß an dem Tage gelöst werden soll, wo sie in der Praxis gestellt werden wird;

Und drittens, daß die politische Mission der Arbeiterpartei, die hauptsächlich darin besteht, die Klasseninteressen der Arbeiter zu vertreten und die radikalsten und ihrem revolutionären Ideal der gesellschaftlichen Umwälzung am nächsten kommenden Lösungen zu propagieren, bis jetzt besonders in ihrer kritischen und oppositionellen Gestalt verwirklicht worden ist, daß aber ein Tag kommen wird, wo sie eine aufbauende und gouvernementale Gestalt (aspect constructif et gouvernemental) annehmen müssen wird; und daß an dem Tage die Arbeiterpartei die mit der Regierung verbundenen Verantwortung auf sich nehmen können, und ihr unmittelbares wie ihr ideales Programm in stufenweise fortschreitenden Maßregeln verwirklichen wird.

Die letzte Resolution war von sämtlichen Mitgliedern der Kammerfraktion, mit Ausnahme des Marxisten Meysmans, unterzeichnet. Sie ist ein Kompromiß zwischen zwei Kompromißresolutionen: der von Vandervelde beim Beginn der Diskussion im Generalrat vorgelegten und der etwas später vom Deputierten Destrée im Namen der Bezirksföderation Charleroi verfaßten, die ihrerseits schon ein Kompromiß zwischen der ersten Resolution Vandervelde und einer andern, in Charleroi aufgetauchten, mehr reformistischen Resolution sein sollte. Genosse Vandervelde, dem offenbar etwas daran lag, sich an kompromißfreundlicher Gesinnung nicht überbieten zu lassen und seinen Ruf als — in manchem schwierigen Falle auf internationalen Kongressen bereits erprobten — Virtuosen mit Kompromißresolutionen hochzuhalten, verwirklichte das Kunststück, zwischen dieser Kompromißresolution Destrée und seiner früheren eigenen Kompromißresolution ein neues Kompromiß zustande zu bringen, und so entstand die oben wiedergegebene Kompromißresolution in der dritten Potenz. Es ist wahrhaftig ein Glück, daß der Parteitag in diesem Jahre nicht wie sonst erst zu Ostern, sondern bereits am Faschingstag stattfand, sonst wäre vielleich noch eine Kompromißresolution gekommen und hätte Genosse Vandervelde eine neue Kompromißresolution ausarbeiten müssen, die dann wieder .... usw. usw.

Es muß übrigens anerkannt werden, daß, soweit es möglich war, diese Resolution an Zweideutigkeit und innerer Inkonsequenz zu überbieten, dies vom Genossen Vandervelde selber in seiner kommentierenden Rede mit unbestreitbarem Erfolge vollbracht wurde. Einen Gipfel erreichte er durch seine „Erklärung" der Paris-Amsterdamer Resolution Kautsky gegen die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen, die er so interpretierte, daß sie sich nur auf den persönlichen Fall des Millerand bezogen habe und allenfalls nur die Teilnahme eines Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium ohne die Zustimmung der Arbeiterpartei verbiete.

Es versteht sich, daß gegenüber einer solchen Kunst der Interpretation der wohlgemeinte aber etwas naive Kompromißversuch, den Genosse Huysmans in letzter Stunde durch ein Amendement zur Resolution de Brouckère unternahm, sich als eine Leistung minderen Ranges ausnahm und keinen Erfolg hatte. Genosse Huysmans schlug nämlich vor, der Resolution Brouckère den Satz hinzuzufügen:

Abweichungen von dieser Norm sollen nur erlaubt sein, nachdem der Parteitag über ihre Zulässigkeit befragt worden ist, und zwar in den Fällen, wo die Eroberung einer wichtigen Reform unseres Programms von der Zustimmung zum Budget abhängen wird.

Dabei betonte Genosse Huysmans, daß er zwar ein Gegner der Teilnahme am Ministerium sei, aber nur ... für das Jahr 1910. Sein Amendement fiel elend durch, es erzielte nur 23 Stimmen. Auf die Resolution Vandervelde entfielen 202, auf die de Brouckères 77 Stimmen.

Sehr erfreulich war, daß sämtliche Arbeiter und Gewerkschaftsführer, die auf dem Kongreß redeten, sich für die Resolution de Brouckère aussprachen, wie der Metallarbeiter Baeck, der Sekretär des Wagnerverbandes, Delsinne, der Sekretär des Malerverbandes, Volckaert. In wie hohem Maße die herrschende reformistische und ministerialistische Richtung der Ausfluß von Tendenzen ist, die in den Anschauungen und Wünschen der parlamentarischen Fraktion ihre Wurzeln haben, geht daraus hervor, daß der Parteitag sämtliche Gewerkschaftsdelegierte und Handarbeiter aus dem Exekutivkomitee (engeren Parteivorstand) der Partei hinauswählte, das jetzt nur noch aus Parlamentariern und Intelligenzlern besteht.

Als am Schlusse des Kongresses de Brouckère den Bericht über die Lage des Parteiorgans le Peuple erstattete, dessen Auflage, seitdem er vor zwei Jahren die Direktion des Blattes übernahm, von 14 000 auf 40 000 Exemplare gestiegen ist, kündigte er an, daß er seine Stellung als geschäftlicher und politischer Leiter des Blattes niederlegen werde, sobald ein Nachfolger für ihn gefunden sei, da er die Verantwortung für die Politik der Partei, die er nicht billige, nicht länger tragen wolle. Er werde als Mitarbeiter des Peuple und auch sonst dafür kämpfen, die Mehrheit der Partei für den Marxismus zu erobern, und er hoffe nur, daß man ihm dabei dieselbe Schreib- und Redefreiheit gewähren werde, die er als Leiter des Blattes selbst den andersdenkenden Genossen — wie diese das ihm durch ihren Beifall gleich bestätigten — gewährt habe.

Reichstag.

34. Sitzung vom Sonnabend, den 12. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen.

Eingegangen sind die Entwürfe des Heimarbeiter- und des Arbeitskammergesetzes.

Militäretatreste.

Die zweite Lesung des Militäretats wird fortgesetzt bei den Kapiteln Artillerie- und Maschinenwesen und technische Industrie.

Abg. Dr. Will (Zentr.) rügt, daß vielfach die Löhne der Arbeiter in den Militärwerkstätten, zumal der gelernten, unter den Löhnen in den Privatbetrieben stehen. Besonders schlecht ist die Entlohnung der Arbeiter darin. Kleinlich und bisweilen gehässig verfährt man auch mit der Verteilung von Gratifikationen. (Hört, hört! im Zentr. und bei den Soz.)

Abg. Böhle (Soz.): Würde die Militärverwaltung den Arbeiterorganisationen mehr entgegenkommen, so hätten wir nicht alljährlich hier diese Debatten. Die Militärwerkstätten sind vielfach das Gegenteil von sozialen Musteranstalten. Die Militärverwaltung

entläßt Arbeiter wegen zu hohen Alters

oder setzt sie wenigstens auf halben Lohn. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Militärverwaltung in vernünftiger Weise sparen wollte, sollte sie die Zahl der Aufsichtsbeamten einschränken. In Straßburg kommen auf 10 Arbeiter 5 bis 6 Beamte. (Hört, hört! bei den Soz.) Fortgesetzt sind

Maßregelungen

an der Tagesordnung. Vorgeschützt wird immer die sogenannte Agitation für den Verband; der wahre Grund der Maßregelungen ist die bloße Angehörigkeit zum Verband. Ein Erlaß der Straßburger Feldzeugmeisterei verfügt, daß gegen Arbeiter vorgegangen werden soll, die sich ihrer Arbeitskollegen annehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Militärverwaltung geht sogar gegen die reichstreuen Vereine vor. Uns kann das nur recht sein, denn dadurch lernen die Arbeiter, wo sie hingehören. (Bravo! bei den Soz.)

Oberst Wandel: Die Löhne in den Militärwerkstätten können sich nicht nach den höchstzahlenden Orten, sondern nur nach dem Durchschnitt richten. (Sehr richtig! rechts.) Die Handelskammern in Bonn und Hannover und verschiedene Fabrikanten aus dem Sieger Land haben sich beklagt, daß wir ihnen

durch zu hohe Löhne die guten Arbeiter wegnehmen.

(Lachen bei den Soz.) Berechtigten, in vorgeschriebener Weise von den Arbeiterausschüssen vorgetragenen Wünschen der Arbeiter kommen wir nach Möglichkeit entgegen. Die Verfügung der Feldzeugmeisterei, von der der Vorredner sprach, ist mir nicht bekannt.

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Auch ich kann nur wünschen, daß man berechtigten Beschwerden der Arbeiter mehr entgegenkommt. — Redner verbreitet sich sehr ausführlich über die Lohn- und sonstigen Verhältnisse in den Spandauer Militärwerken. (Auf der Rechten ist nur Herr v. Normann anwesend, der dem Redner aber nicht zuhört. Dann verläßt auch Herr v. Normann den Saal, den dafür Abg. Gans Edler zu Putlitz betritt, der aber dem Redner auch nicht zuhört.) Die Löhne der Spandauer gelernten Arbeiter in den Militärwerkstätten stehen pro Kopf und Tag um 60 Pfg. niedriger als die der Spandauer Straßenfeger. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Den Werkzeugmachern hat man die ihnen mit Mühe bewilligte Lohnerhöhung wieder entzogen. (Hört, hört! bei den Soz. — Privatgespräche auf der Rechten.) Die Heeresverwaltung sollte wirklich für Besserung der Verhältnisse sorgen! (Bravo! auf der Rechten, die inzwischen auf ein Dutzend Abgeordnete angewachsen ist.)

Abg. Dr. Görcke (nat.-lib.): Man sollte den Betriebsleitern der militärischen Betriebe einen sie auszeichnenden

Titel

gewähren. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Die Sozialdemokraten sollten sich statt um die Löhne in den Militärwerkstätten lieber um die Lohnverhältnisse im Vorwärtsbetrieb bekümmern. (Abg. Schöpflin ruft: Reichsverbandslügel!) Ich berufe mich auf Herrn Rexhäuser und den Arbeiterausschuß der Vorwärtsdruckerei. (Zurufe bei den Soz.: Der Arbeiterausschuß hat erklärt, daß im Vorwärts mehr bezahlt wird als in bürgerlichen Betrieben!) Auch in sozialdemokratischen Konsumvereinen sind die sozialdemokratischen Forderungen nicht erfüllt. (Widerspruch bei den Soz.)

Abg. Mommsen (freis. Vg.): Herr Dr. Görcke widerlegt sich selbst. Er sagt: die Arbeiter des Vorwärts haben sich beschwert, also sind ihre Löhne zu niedrig, und will damit beweisen, daß die Löhne in den Militärwerkstätten nicht zu niedrig sind. Aber die Arbeiter in den Militärwerkstätten beschweren sich beständig, es müssen also doch wohl die Löhne wirklich sehr niedrig sein. Das wird auch wohl so sein, denn seit 1904 sind dort keine Lohnaufbesserungen mehr vorgenommen. Wir haben alle Veranlassung, diesen Dingen näher zu treten.

Abg. Sommer (freis. Vp.) tritt für die Feuerwerks- und Zeugoffiziere ein.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Zentr.) beklagt die Lohnverhältnisse in den Lippstädter Militärwerkstätten.

Abg. Zubeil (Soz.): Herr Görcke hat den Zwischenruf eines meiner Parteigenossen zu einer

Anremplung des Vorwärtsbetriebs

benutzt, und zwar auf Grund längst widerlegten Materials des Reichsverbands. Dabei mußte ihm doch bekannt sein, daß sogar im Organ Rexhäusers bekannt gemacht werden mußte, daß die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen im Vorwärts musterhaft sind und denen aller übrigen Betriebe voranstehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dasselbe trifft für die Konsumvereine zu. Auch die von den Konsumvereinen der Arbeiter gezahlten Gehälter — sozialdemokratische Konsumvereine gibt es nicht, Herr Görcke — sind weit höher als in gleichartigen Betrieben der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Den Behörden ist es ganz gleichgültig, welchen Organisationen die Arbeiter angehören. Die

Militärarbeiter fliegen hinaus, sobald sie Wünsche äußern,

ganz gleichgültig, ob sie einer freien oder einer christlichen Gewerkschaft angehören. Geduldet werden lediglich Vereine, die sich mit Vergnügen und Hurrarufen beschäftigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß noch einmal die Angelegenheit der Pulverarbeiter zur Sprache bringen. Die

Pulverarbeiter

galten bis 1897 allgemein als Beamte mit Pensionsansprüchen, deren Gehaltsverhältnisse eine königliche Kabinettsorder regelte. Da erschien plötzlich eine Verfügung des Kriegsministeriums, die die Vorschriften umänderte, und zwar sehr zuungunsten der Pulverarbeiter. Durch ihren Glauben an das Ehrenwort des kgl. preußischen Hauptmanns Schulz ließen sich die armen Pulverarbeiter verleiten, auf einen weißen Bogen ihre Unterschriften zu den neuen Anstellungsvorschriften zu geben, die ihnen nur oberflächlich mitgeteilt, aber nicht etwa vorgelesen oder vorgelegt worden waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Selten sind Leute so getäuscht worden, wie die Pulverarbeiter durch das Ehrenwort eines kgl. preußischen Hauptmanns. In einem Prozeß, den der nach 30jähriger treuer Arbeit entlassene Pulverarbeiter Voß zu führen hatte, ist festgestellt worden, daß dieser Mann nur etwa die Hälfte der ihm nach den alten Vorschriften rechtlich zustehenden Pension als Gnadenrente empfing. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das ist der Wert feierlicher Zusagen der Militärbehörden.

Ich möchte ferner dagegen protestieren, daß die Gesundheitszulage, die der Reichstag den Pulverarbeitern für Anschaffung von Milch usw. bewilligt hat, ganz willkürlich bei Steuerveranlagungen als Gehaltserhöhung betrachtet wird. Möge das Kriegsministerium dafür sorgen, daß die

Militärwerkstätten wirkliche Musteranstalten

werden! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Sie haben einem königlich preußischen Hauptmann Täuschung vorgeworfen. Hoffentlich haben Sie das nur in subjektivem Sinne gemeint.

Abg. Hagemann (nat.-lib.): Die Militärverwaltung sollte eine zufriedene Arbeiterschaft schaffen. Eine solche ist in hohem Maße staatserhaltend.

Abg. Böhle (Soz.) kommt auf die Beschwerde des Arbeiters Stein gegen Leutnant Rönneberg wegen verspäteter Lohnzahlung zurück. Diese Beschwerde war sehr wohl berechtigt. Von einer gerechten Untersuchung kann gar nicht die Rede sein, denn man hat sich geweigert, die von Stein verlangte Konfrontierung mit dem Zeugen einzuräumen. Wir wissen ja, wie diese Untersuchungen geführt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will nur bemerken, daß ich dem Kriegsminister schriftlich eine Anzahl Zeugen genannt habe, die nicht vernommen wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Görcke hätte besser geschwiegen. Von nationalliberaler Seite wird ja so wie so niemand eine Vertretung der Arbeiterinteressen erwarten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Oberst Wandel: Die Ausführungen des Abgeordneten Zubeil stützten sich auf einseitige Angaben der Pulverarbeiter.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Görcke hätten nur einen Sinn, wenn er wünschte, daß die Verhältnisse in den Militärwerkstätten nicht schlechter sein sollen als in den sozialdemokratischen Betrieben. Er hat nun aber einmal den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf sein Fähnchen geschrieben. (Heiterkeit bei den Soz.) Ich habe gegen solche Kämpfer nichts einzuwenden. (Erneute Heiterkeit.) Selbst dann nicht, wenn er den Unrat zu beleuchten sucht, der sich etwa in einem sozialdemokratischen Betriebe angehäuft haben könnte. Dringend aber möchte ich ihn bitten, daß er nicht selbst erst Unrat dort hinbringt. (Große Heiterkeit.) Das aber hat er getan. Im Vorwärts ist

die effektive achtstündige Arbeitszeit durchgeführt.

Den Nationalliberalen scheint das nicht zu genügen, und wir haben gewiß nichts dagegen, wenn Sie diese Ihre Wünsche bei den Militärwerkstätten durchführen. Wer ein Jahr im Vorwärts beschäftigt ist, hat eine Woche Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Die Invalidenversicherung bezahlt der Verlag, was die Militärverwaltung auch nicht tut. Die Differenz zwischen einer Unfallentschädigung und dem Lohn trägt ebenfalls der Verlag. Es ist also nach alledem unerfindlich, wie Herr Görcke sagen konnte, wir sollten zunächst für bessere Bedingungen im Vorwärts sorgen. Die Militärverwaltung möge nur die Freundlichkeit haben, die Arbeitsverhältnisse des Vorwärts in

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ihren Betrieben einzuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dr. Görcke** (nat.-lib.): Meine Bemerkung scheint doch sehr tief getroffen zu haben. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie nicht aus Haß, sondern aus einem ganz andern Grunde. (Zuruf bei den Soz.: Aus Liebe! Große Heiterkeit.)

Vizepräsident **Dr. Spahn**: Ausführungen über Ihre Gesinnungen haben mit der Sache nichts zu tun. (Heiterleit.)

Abg. **Dr. Görcke** (fortfahrend): Ich kann das also jetzt nicht weiter ausführen. (Große Heiterkeit.) Ich habe nicht von den Löhnen im Vorwärts gesprochen, sondern Herrn Fischer gefragt, ob er seine Arbeitskraft für dieselbe Entschädigung hergeben würde, wie die ungelernten Arbeiter im Vorwärts sie bekommen. (Heiterkeit bei den Soz.) Sie werden doch auch nicht bestreiten wollen, daß Herr Fischer Schwierigkeiten gehabt hat, die wochenlang gedauert haben. Daran ändert es auch nichts, wenn die Leute später eine Erklärung abgegeben haben. Wie solche Erklärungen zustande kommen, können wir nicht wissen. (Aha! bei den Soz.) Wenn die Löhne so glänzend sind, wie Herr Stadthagen sie darstellt, so ist das erfreulich. Noch erfreulicher wäre es, wenn wir sie überall einführen könnten.

Abg. **Fischer-Berlin** (Soz.): Herr Görcke hatte gar keine Veranlassung, diese Frage an mich zu richten. Ich könnte ja sonst die gleiche Frage an ihn richten. Herr Görcke glaubte vielmehr

die alte Reichsverbandslüge

von den schlechten Löhnen und Mißständen im Vorwärts vorbringen zu sollen. Er hat sich damit zum Träger von Verleumdungen gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Unruhe bei den Nationalliberalen.) In keinem Betriebe der gleichen Art in Berlin gibt es gleich günstige Arbeitsverhältnisse, wie sie im Vorwärts existieren, sowohl in bezug auf den Lohn als auf das allgemeine. Die Zeitungssetzer haben sogar 14 Tage Ferien unter Fortbezahlung der Löhne, und auch in Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gezahlt. Daß an einen sozialdemokratischen Betrieb die Arbeiter höhere Anforderungen stellen als an einen bürgerlichen, ist selbstverständlich. Namentlich, wenn sie nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis von niemand gefragt werden. Daß unter solchen Umständen zuweilen auch Forderungen gestellt werden, die beim besten Willen unerfüllbar sind, ist um so weniger verwunderlich, als die Leute in der ausnahmsweise günstigen Position sind, alles sagen zu können, was sie auf dem Herzen haben. Fragen Sie doch die Beamten, wie es in dieser Hinsicht bei ihnen steht! Die Erklärungen, von denen Herr Görcke sagte, man wisse nicht, wie sie zustande kommen, kommen so zustande, daß das Personal ohne Anwesenheit des Chefs zusammentritt.

Redner setzt, vom Präsidenten mehrmals unterbrochen, die Ausführungen über die Lohnverhältnisse des Vorwärts in den Einzelheiten fort. Genötigt, abzubrechen, schließt er, indem er noch versichert, daß diese Verleumdungen auch vor Gericht bereits als Verleumdungen erwiesen sind, die infolgedessen kein anständiger Mensch mehr wiederholen kann. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Görcke** (nat.-lib.): Die Ausführungen des Abgeordneten Fischer zeigen, daß sein Zwischenruf in der Tat unangebracht war. (Große Heiterkeit bei den Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Festungen, Ingenieurwesen usw." rügt

Abg. **Böhle** (Soz.) die Kleinlichkeit, mit der der Militärfiskus überflüssig gewordene Festungsanlagen zum Schaden der Entwicklung der Städte aufrechterhält.

Oberst **Wandel** bestreitet die Richtigkeit der Vorwürfe.

Abg. **Böhle** (Soz.) belegt seine Behauptungen mit neuen Beispielen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben hat die Kommission 263.500 Mark für neue Schießstände gestrichen. Ein konservativ-nationalliberal-antisemitischer Antrag fordert Wiederherstellung der Streichung und wird nach kurzer Debatte angenommen.

Bei den „Einnahmen" wird eine Resolution der Kommission, daß beim Verkauf des Tempelhofer Feldes die öffentlichen Interessen in genügender Weise gewahrt werden sollen, debattelos einstimmig angenommen.

Vizepräsident **Dr. Spahn** schlägt Vertagung vor.

Kriegsminister **v. Heeringen**: Zu meiner Ueberraschung sah ich aus den Zeitungen und aus dem Protokoll, daß der Abg. Ledebour mir gestern beim Weggehen nachrief: Auch der kneift. Hätte ich es gehört, hätte ich sofort erklärt, warum ich nicht antwortete. Ich halte es für nutzlos, mit Sozialdemokraten über die Bedeutung des Eides für die Armee zu diskutieren. Die Kabinettsorder, auf die sich Herr Ledebour berief, ist als eine Fälschung erwiesen. Ich habe mich gestern, in dem Bemühen, mich kurz zu fassen, vielleicht so ausgedrückt, daß meine Worte mißverstanden werden konnten: Deshalb erkläre ich: Als ich am 20. Januar die gestern von Herrn Ledebour zitierten Worte sprach, schwebte mir ein Vergleich vor zwischen Verfassungskämpfen in Hessen und den preußischen Verfassungswirren der 60er Jahre. In Hessen war die Armee auf die Verfassung vereidigt, wurde daher in die inneren Kämpfe hineingezogen und löste sich vollständig auf, so daß sie bei der äußeren Gefahr versagte. Anders war es in Preußen. Die Armee war auf den König vereidigt, blieb von den politischen Kämpfen unberührt und konnte sich lediglich ihrer Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes widmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wenn die Kabinettsorder eine Fälschung ist, so scheidet sie aus der Debatte aus. Etwas anderes ist es mit dem Versuch des Kriegsministers, seine gestrige Berufung auf Kurhessen zu rechtfertigen. Seine ursprünglichen Worte gingen dahin, daß die Nichtvereidigung der Offiziere auf die Verfassung in vielen Schwierigkeiten dem Vaterlande zum Segen gereicht habe. Nach allgemeinem Sprachgebrauch konnte man nicht annehmen, daß er an etwas anderes als Deutschland, daß er an Kurhessen gedacht hatte. Er hat in seiner ersten Rede vom Vaterlande gesprochen, und als er gefragt wurde, auf welches Beispiel, auf welchen schwierigen Moment er hatte hinweisen wollen, da sagte er: Auf Kurhessen. (Lachen rechts.) Wenn Ihnen das lächerlich vorkommt, so gilt dieses Lachen nur dem Herrn Kriegsminister. (Sehr richtig! bei den Soz., Lärm und Widerspruch rechts.)

Die Ansicht des Kriegsministers, daß es für Kurhessen besser gewesen wäre, wenn die Offiziere nicht auf die Verfassung vereidigt gewesen wären, widerspricht auch der Auffassung, die wir in Webers Weltgeschichte finden. Und es zeigt sich, daß der Kriegsminister nicht über die historischen Verhältnisse unterrichtet ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Redner verliest die betreffenden Stellen aus Webers Weltgeschichte, aus welchen hervorgeht, daß der verbrecherische Minister Hassenpflug den Oberbefehlshabern der Truppen seiner verfassungsmäßigen Verantwortung entband, um gegen die Verfassung zu operieren. „Der Kriegszustand erwies sich als ohnmächtig. Der Oberbefehlshaber, betroffen über den unwandelbaren Widerstand der Gerichte und Behörden, fühlte sich in seinem Gewissen beunruhigt, er erkrankte und forderte Enthebung von seinem Amte." (Großer Lärm rechts; Glocke des Präsidenten.)

Daß Ihnen das nicht paßt, daß gegen eine verfassungsbrüchige Regierung der Widerstand sich als erfolgreich erwies, und daß selbst dem zur Durchführung des Verfassungsbruchs eingesetzten Oberbefehlshaber das Gewissen schlug, das begreife ich. (Sehr richtig! bei den Soz. Rufe rechts: Wir wollen keine Vorlesungen.) Trotzdem werde ich vorlesen, weil es sehr wichtig ist, damit es auch in die Akten des Reichstags kommt. Der Kurfürst und sein Minister Hassenpflug, der sich damals den Namen Hessenfluch verdiente, haben die Verfassung zu brechen versucht und sind auf den Widerstand des Volkes und aller Beamten gestoßen. Auch das Militär wollte sich zu den nichtswürdigen Attentaten nicht hergeben. Das ist eine äußerst erfreuliche Erscheinung, auf die man heute noch in Hessen stolz sein kann und ich wünsche nur, daß überall in Deutschland die Beamten und Offiziere diesen Mannesmut und dieses Ehrgefühl hätten. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Der Kriegsminister aber zieht umgekehrt die Lehre daraus, daß man die Soldaten nicht auf die Verfassung zu vereidigen brauche, und dieses zu einer Zeit, wo Herr v. Oldenburg offen zum Verfassungsbruch aufgehetzt hat. (Unruhe rechts.) Wenn es so weitergeht, unter dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg, so wird, wie einst der Minister Hassenpflug sich den Namen Hessenfluch verdient hat, der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg sich den Namen Preußenfluch verdienen. (Lebh. stürm. Beifall bei den Soz., andauernde Unruhe rechts.)

Kriegsminister **v. Heeringen**: Ich habe nur einen Vergleich zwischen der auf die Verfassung vereidigten hessischen Armee und der nicht auf die Verfassung vereidigten preußischen Armee gezogen und mit keinem Worte die Frage aufgeworfen, wer die Schuld an den hessischen Wirren trug. (Lärm; Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Daß der Kriegsminister auch bei den Nationalliberalen, den Epigonen der hessischen Verfassungskämpfer Beifall findet, ist tief beschämend. (Lebh. Beifall bei den Soz.; Lärm rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Kriegsminister will die Schuldfrage nicht aufwerfen. Aber diese ist längst beantwortet. Der verfassungsbrüchige Kurfürst und der Minister Hassenpflug waren die Schuldigen. Der preußische Kriegsminister von 1910 stellt sich auf Seite des verfassungsbrüchigen Kurfürsten. Ich konstatiere also, daß der Kriegsminister in Einklang mit den Ausführungen der Oldenburg und Mirbach indirekt zum Verfassungsbruch aufgereizt hat. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.; lärmende Ordnungsrufe rechts.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **v. Oldenburg** (kons.) (von Kreth und andern mit Bravo! begrüßt): Ich habe meine Bemerkung gleich in derselben Sitzung klargestellt und lehne es ab, mich mit Herrn Ledebour weiter auseinanderzusetzen. Ich muß wegfahren, mein Zug geht ab, also vielleicht später einmal. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Da der Abg. v. Oldenburg abreisen muß,

Adieu Herr v. Oldenburg.

(Große Heiterkeit.) Seine Verteidigung können ja die Herren Kreth und Rogalla v. Bieberstein übernehmen. Die angebliche Klarstellung des Herrn v. Oldenburg bestand darin, daß er sich die Auslegung des Erbprinzen v. Hohenlohe zu eigen machte. Das war ein Verlegenheitsausspruch. Wie kam er dazu, überhaupt die Worte zu sprechen, der Kaiser müsse zu einem xbeliebigen Leutnant sagen können . . . (Wütender Lärm rechts, Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dr. Spahn**: Das Eingehen auf diese Angelegenheit gehört nicht zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. **Ledebour**: Ich antworte nur auf eine persönliche Bemerkung des Herrn v. Oldenburg. Da der Präsident mich an weiteren Darlegungen hindert, werde ich bei andern Gelegenheiten darlegen, daß es eine **bewußte wahrheitswidrige Behauptung** ist, wenn Herr v. Oldenburg sagt, er hätte damit nur den Gipfel der Disziplin im Auge gehabt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. **Rogalla v. Bieberstein**: Ich verteidige Herrn v. Oldenburg sehr gern, aber ungern gegen Herrn Ledebour, weil ich ihn doch nicht belehren kann. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen und das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr. (Kaligesetz, Stellenvermittelungsgesetz.)

Vereine und Versammlungen.

Der Ortsverein Rötha

hielt am 5. Februar eine Mitgliederversammlung im Gasthof Rüben ab. Genosse Röthing aus Leipzig brachte den Anwesenden Erlebnisse vor und während des Sozialistengesetzes zum Vortrag. Hierauf erstattete Genosse Heinze den Bericht von der Generalversammlung des Kreisvereins. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden gutgeheißen. Die Stadtverordneten berichteten über die letzten Sitzungen. Mit einem Hinweis auf die am 20. Februar stattfindende Frauenversammlung erreichte die Versammlung ihr Ende.

Der Ortsverein von Großzschocher-Windorf

hielt am 5. Februar eine Mitgliederversammlung ab mit einem Vortrage des Genossen P. Frölich: Karl Marx und seine Zeit. Hieran schloß sich eine Diskussion. Unter Gemeindeangelegenheiten berichtete der Vertreter Genosse Arnhold von der letzten Gemeinderatssitzung. Hierauf erstattete Genosse Dennhardt Bericht von der Generalversammlung des Kreisvereins. In nächster Zeit findet eine Frauenversammlung statt, in der Dr. Simon-Dölitz referieren wird. Der Vorsitzende macht noch auf den Familienabend am 26. Februar aufmerksam.

Generalversammlung des Deutschen Arbeitersängerbundes (Gau Leipzig).

Sonntag, den 6. Februar, tagte im Volkshause die Generalversammlung des obengenannten Gaues. Der Vorsitzende Schmidt wies in seinem Geschäftsbericht darauf hin, daß im Berichtsjahre 19 Vorstands- und 9 Ausschußsitzungen, 2 Generalversammlungen, 9 Besprechungen mit Vereinen und Korporationen, 1 Schiedsgerichtssitzung und 3 Massenproben stattgefunden haben. Den angeschlossenen Vereinen sind 9 Lieder von Berlin gratis geliefert worden. Austritte von Vereinen sind 3, darunter 2 durch Auflösung, Eintritte 6 zu verzeichnen. Durch das am 8. August in der Universitätsfesthalle abgehaltene Konzert hat der Gau bewiesen, daß er auf der Höhe der Zeit steht. Der pekuniäre Erfolg des Konzerts hat den Gau in die Lage gesetzt, 500 Mk. für die Schweden und 250 Mk. für das Arbeiterbildungsinstitut bewilligen zu können. Um so mehr ist zu bedauern, daß sich leider immer noch ein großer Teil, vor allen Dingen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, in bürgerlichen Vereinen wohl fühlen und sich unserer Bewegung hemmend in den Weg stellen. Im vergangenen Jahre ist im Gau ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gewesen. Weiter forderte der Redner die kleinen Vereine auf, sich zu größeren Vereinen zusammenzuschließen, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Dann machte der Schriftführer einige statistische Mitteilungen. Daraus sei hervorgehoben, daß im Jahre 1908 von 2913 Sängern 2657 oder 91,2 Proz. gewerkschaftlich und 2655 oder 91,1 Proz. politisch organisiert waren und 2651 oder 91 Proz. Leser der Parteipresse waren. 1909 waren von 3071 Sängern 2769 oder 90,2 Proz. gewerkschaftlich und 2623 oder 85,4 Proz. politisch organisiert und 2713 oder 88,3 Proz. lasen die Parteipresse. Der gedruckt vorliegende Kassenbericht wurde vom Kassierer Grimm noch spezialisiert. Er weist eine Einnahme von 4036.63 Mk. und eine Ausgabe von 1923.82 Mk. auf, so daß ein Kassenbestand von 2112.81 Mk. vorhanden ist. Auf Antrag der Revisoren, die die Kassenführung als mustergültige bezeichneten, wurde der Kassierer einstimmig entlastet. In den Gauvorstand wurden als 1. Vorsitzender Otto Schmidt, als 1. Kassierer Wilhelm Grimm und als 1. Schriftführer Otto Herrmann, sowie die Sangesbrüder Pfab, Zscherpe, Windsch, Mende, Seifert und Lehnert gewählt. Schriftliche Anträge zur Generalversammlung lagen nicht vor. Ein vom Sangesbruder Glauche gestellter Antrag, dem Vorstand für seine Bemühungen 100 Mk. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag von Großzschocher, bei Kommersen von den mitwirkenden Sängern der Gauvereine 20 Pfg. Eintrittsgeld zu erheben, wird nach längerer Debatte abgelehnt. Die Vorarbeiten zum Gausängerfest in Oschatz wurden dem Ausschuß überwiesen. Nach Absingen des Liedes: Empor zum Licht schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte.

In der letzten Mitgliederversammlung wurde Kollege Otto Kießling als Mitglied aufgenommen. Der Tarif der Gastwirtsgehilfen wurde, wie er von den beiderseitigen Kommissionen vorgeschlagen ist, einstimmig angenommen. Er soll am 1. März 1910 in Kraft treten und eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren haben. Für Sachsen findet am 24. Februar ein Bezirkstag in Leipzig statt. Als Delegierte wurden Otto Müller, Alfred Dietze und Joseph Glantzmann gewählt. Die nötigen Vorarbeiten wurden der Verwaltung übertragen. Eine Anregung, für die Mitgliederliste im Arbeiterführer aus der Lokalkasse einen Beitrag zu zahlen, wurde von der Versammlung nicht befürwortet. Es soll dies jedem einzelnen Mitglied überlassen bleiben.

Gewerkschaftskartell Schkeuditz.

Nach Erledigung der Eingänge wurde über die Herbergsordnung berichtet. Als 1. Vorsitzender wurde Genosse Julius Galle und als 2. Vorsitzender Fritz Hordorff gewählt. Außerdem wurde Genosse Schatz in den Bildungsausschuß gewählt, da Genosse Roesler freiwillig seine Aemter niedergelegt hatte. Der Kassierer, Genosse Emil Maaß, erstattete den vierten Quartalsbericht. Die Einnahme betrug 902.35 Mk., die Ausgabe 188.56 Mk., bleibt ein Ueberschuß von 713.79 Mk., hiervon sind 500 Mk. zinslich angelegt. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Mittel zum Sekretariat sowie die Entschädigungen der Auskunfterteiler getragen werden sollen. Genosse Oelsner erstattete den Bericht vom Sekretariat, der beifällig aufgenommen wurde. Entschuldigt fehlten: Pabst, Köhler, Thiele, Döring und Frau Hartung. — Die Arbeitslosenzählung findet den 13. Februar, vormittags 1/2 8 Uhr vom Lindenhof aus statt.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Einbrecher und Hehler. Der 19 Jahre alte Schlosser Heinrich Gustav Basler machte in Thallwitz die Bekanntschaft eines Restaurateurs, von dem er erfuhr, daß er in seiner Schlafkammer sein Geld aufbewahre. Er schlich sich, um das Geld zu stehlen, in der Nacht zum 28. Dezember ein, wurde aber durch die Ehefrau des Restaurateurs verscheucht und entfloh. Einige Tage später kam er jedoch unter Benutzung von falschen Schlüsseln wieder, er erbrach den Sekretär, nahm aus dem Geldtäschchen 285 Mk. und aus Beuteln noch 20 Mk. Der Frau des Restaurateurs, die ihm auch dieses Mal in den Weg kam, erzählte er, er sei in die Kammer geflüchtet, weil man ihn verfolgt habe. B. ging nun mit seinem Raube nach Leipzig; in einem Lokal der Großen Fleischergasse kam er mit dem 19 Jahre alten Bäcker Wilhelm Karl Pötter und dem 20 Jahre alten Arbeiter Hermann Karl Kuhhirt zusammen, denen er von dem gestohlenen Gelde etwas abgab. Den Rest hat B. in „Damen"gesellschaft verjubelt. Ferner brach B. noch bei einem Kaufmann in der Gemeindestraße 3 ein; er erbrach mit einem Stemmeisen den Geldschrank, stahl ein Mitgliedsbuch der Spar- und Gewerbebank, eine Lebens- und Feuerversicherungspolice, ferner noch ein Sparbuch über 180 Mk. und 2 Mk. in bar. Die Bücher verbrannte er zu Hause, da sie für ihn wertlos waren. Basler erhielt 2 Jahre 4 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Pötter und Kuhhirt erhielten wegen Hehlerei 2 Monate und 6 Wochen Gefängnis zudiktiert.

Schöffengericht.

Die findigen Dienstmänner. Im Juli v. J. trugen mehrere Dienstleute auf dem Brühl Plakate mit der Aufschrift: Zeppelin über Leipzig. Dadurch sind einige Passanten zu der Annahme gekommen, daß auf den von den Dienstleuten angebotenen Zetteln Nachrichten über einen Flug des Zeppelinschen Luftschiffes enthalten wären. Tatsächlich aber enthielten die für 10 Pfg. verkauften Zettel nur ein Gedicht über Zeppelin. Die Dienstleute erhielten deshalb wegen groben Unfugs Strafmandate, gegen die sie Widerspruch erhoben. Das Schöffengericht hob die Strafbefehle auf. Das Auftreten der Dienstleute habe nur bei einigen Passanten peinliche Empfindungen erregt; damit sei aber die öffentliche Ordnung noch nicht gestört. Die Dienstleute mochten auch glauben, berechtigt zu sein, die Zettel zu verkaufen. Die Frage, ob etwa Betrug vorliege, hatte das Gericht nicht zu prüfen.

Im Streit um die Konfirmandenausstattung. Der in Leipzig bestehende Sparverein für Konfirmandenausstattung, der von Pastor Leopold Köhler zu St. Johannis geleitet wird, errichtete im Jahre 1904 auch eine Zahlstelle beim Kaufmann Georg Taube in Lindenau, Demmeringstraße. Im November 1908 gründete Kaufmann Taube aber auf eigene Hand eine ähnliche Kasse und nannte sie: Sparkasse für Konfirmandenausstattung. Gegen diese Gründung protestierte Pastor Köhler, Kaufmann Taube erwiderte ihm brieflich und der Pastor machte bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Betrugs, weil die Bücher der Sparkasse des Kaufmanns Taube denen des Sparvereins täuschend nachgemacht seien. Aber der Staatsanwalt fand darin keinen Grund zum Einschreiten, zumal Taube die Einzahler über die Sachlage nicht im unklaren ließ. Nachdem Kaufmann Taube von der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Kenntnis erhalten hatte, schrieb er an Pastor Köhler einen Brief, durch den dieser beleidigt ist. Es kommt darin der Vorwurf zum Ausdruck, Pastor Köhler habe der Staatsanwaltschaft verleumderische Angaben gemacht, er (Taube) habe zum Pastor keinen Funken Vertrauen mehr usw. Das Strafverfahren wurde jedoch eingestellt, weil kein formgerechter Strafantrag gestellt war.

Ein rüpelhafter Student. Der Student Seide hatte am 3. Januar schon nachmittags zu kneipen angefangen. Abends vergnügte er sich auf dem Königsplatz damit, daß er vor einem Kaufmann, der sich in Begleitung zweier Damen befand, hertanzte. Dem Kaufmann wurde das Gebaren schließlich zu dumm und er sagte dem jungen Herrn, er täte besser, sich schlafen zu legen. Nun nahm der Bursche einen Schlagring und brachte dem Kaufmann damit eine blutende Wunde am Kopfe bei. Das Schöffengericht steckte den Rohling nicht ins Gefängnis, sagte ihm aber, daß sein Benehmen eines gebildeten Menschen unwürdig sei und verurteilte ihn wegen schwerer Körperverletzung zu 200 Mk. Geldstrafe, die er wahrscheinlich mit einem nachlässigen Griff in die Westentasche bezahlen wird.

Quittung.

Nach der letzten Veröffentlichung für die Landtagswahl sind noch folgende Beträge eingegangen:

Gemütlicher Silvesterfeier bei Schöder	4.—
Freie Sänger, Grüner Jäger	1.50
Herbstvergnügen im Schillerschlößchen in Gohlis, vom Bandoneonklub Arion zu spät abgelieferter Schwedentanz	4.—
Bereits quittiert	180.96
Summa:	190.46

Leipzig, den 12. Februar 1910.

Die Expedition.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 36 Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Die Prostitution, Hans Jaeger und Björnstjerne Björnson.

Ein Kulturbild aus dem Norwegen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

(Das folgende Kulturbild ist aus Hans Jaegers monströsem autobiographischen Roman: Aus der Kristianiaer Bohême zusammengestellt; der Hermann Eek, der erzählt, ist Hans Jaeger selbst. Das Stück hat seine Bedeutung, insofern es zeigt, welches Provinznest zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Hauptstadt Norwegens war, zu einer Zeit also, wo die großen norwegischen Dichter von europäischem Ruf auf der Höhe ihres Schaffens standen. Er zeigt weiterhin, welche Bedeutung der Persönlichkeit Björnsons beigemessen wurde und wie der „Führer der Nation" in Konflikt geriet mit der jungen Generation, ihr verständnislos gegenüberstand — man ahnt den Kampf voraus, der wenige Jahre später zwischen Jung und Alt, zwischen Jaeger und seinen Anhängern und Björnson und seiner moralretterischen Gefolgschaft im sogenannten Bohêmestreit entbrennen sollte. Die hier gegebene Charakteristik Björnsons half ebenso sehr seinen übermächtigen Einfluß brechen wie wenige Jahre später Gunnar Heibergs satirisches Drama König Midas.)

Am Sonntag vor vierzehn Tagen hatte im Arbeiterverein eine Diskussion über die Aufhebung der Prostitution begonnen. Die ganze Diskussion hatte lediglich aus einer Reihe elender Lamentationen über die herrschende Unsittlichkeit bestanden. Alle Redner waren ekelhaft feine Herren gewesen, und Jarmann (Jaegers Freund) war rasend geworden und hatte die größte Lust gehabt, das Wort zu verlangen und diesem feinen Abschaum etwas Ordentliches zu versetzen. Er hatte aber nicht den Mut dazu gefunden und hatte nur dagestanden, die Zähne zusammengebissen, und, so oft ein neuer Redner auftrat, „Esel"... „Idiot"... vor sich hingemurmelt. — Am Sonntag darauf, heute vor acht Tagen, hatte dann Jarmann mich mit in die Versammlung geschleppt, und das Resultat war gewesen, daß ich ums Wort bat. Es waren aber so viele Redner vorgemerkt, daß ich in dieser Versammlung nicht zu Worte kam; erst heute abend kam die Reihe an mich....

Der Saal im Arbeiterverein war von drei schweren Kronleuchtern hell erleuchtet und gestopft voll von Menschen. Als wir eintraten, sahen wir nichts weiter als Kopf an Kopf — und dann rechts oben auf dem Katheder mitten an der Längsseite den Vorsitzenden, Herrn Hölaas.

Die Diskussion hatte schon begonnen.

Wir versuchten, uns durch die Menschenmasse vorzudrängen. Rechts von der Eingangstür stand eine kleine Tribüne, die sich etwa einen oder anderthalb Fuß über den Boden erhob, dicht angefüllt mit Menschen. Es gelang uns, dort einen Platz zu erobern. Von dort aus hatten wir eine brillante Aussicht über die Versammlung.

Unmittelbar vor dem Katheder, quer durch den Saal, streckte sich ein langer Tisch, an dem die Zeitungsreferenten Platz genommen hatten. Hinter ihnen zu beiden Seiten eine Reihe dichtbesetzter Bänke und hinter den Bänkereihen wieder Kopf an Kopf dichtgedrängt bis zu den Wänden.

Ein Redner setzte sich — vielleicht kam ich an die Reihe!... Ich bekam ein fürchterliches Fieber; noch nie war ich öffentlich aufgetreten. Ich sah mich nach Jarmann um. Er starrte über die Versammlung und sah heiß und verwirrt aus; er hatte gewiß ebenso starkes Fieber als ich. — Aber ein andrer war an der Reihe, ein andrer Name wurde genannt.

„Mir ist nicht gerade wohl zumute," sagte ich zu Jarmann. — Er antwortete nicht, sah mich nur mit einer merkwürdigen Mischung von Mitleid und Begeisterung an.

„Ich hätte fast Lust, auf das Wort zu verzichten..."

„Nein, das darfst du nicht!" — er stieß die Worte hervor und wurde blutrot.

„Nein, du kannst ruhig sein — aber es ist ein verflucht ekelhaftes Gefühl." —

Wir starrten wieder über die Versammlung. Der Redner setzte sich, ohne daß ich ein Wort von dem, was er sagte, aufgefaßt hatte. Ich holte tief Atem — und dann wurde mein Name genannt.

Ich stieg von der Tribüne herunter, drängte mich, angeglotzt von allen, an denen ich vorüber mußte, nach rechts vor nach dem Gang längs der Kathederwand und dann weiter bis zu diesem. Da hatte ich die freieste Aussicht. Ich stand einen Fuß hoch über dem Boden, hatte nur die Referenten und die sitzenden Zuhörer vor mir und konnte frei nach beiden Seiten des Saales sehen.

Dann sollte ich anfangen. Aber das Blut stieg mir zu Kopf, ich wurde ganz verwirrt und wußte kein Wort mehr von dem, was ich sagen wollte. Glücklicherweise hatte der Vorsitzende eine Bemerkung zu machen: er wollte die folgenden Redner bitten, lauter zu reden, da die zuweitest Stehenden geklagt hätten, daß sie kein Wort verstünden.

„Ich werde mein Bestes tun," sagte ich. Meine Stimme klang trocken und scharf, etwas unbehaglich durch den Saal; aber ich fühlte, daß sie den Raum völlig ausfüllte, ohne daß ich sie weiter zu erheben brauchte. Das gab mir Mut. Das Blut stieg wieder aus dem Kopfe zurück, die Rede stand mit einemmal wieder klar vor mir von Anfang bis zu Ende, alle die Gesichter, die mich anstarrten, genierten mich nicht mehr. Und ruhig lächelte ich zu Jarmann hinüber und begann —:

„Herr Vorsitzender! — Was mich bewogen hat, das Wort zu verlangen, ist nicht eine einzelne Bemerkung der früheren Redner, sondern die ganze Art und Weise, wie die Diskussion bisher geführt worden ist. Wollen wir nämlich zu einem vernünftigen Resultat kommen, so muß die Debatte ganz anders als bisher sich um die Frage konzentrieren: Ist die Prostitution die zweckmäßige Form für das Uebel, das durch sie seinen Ausfluß findet? — oder, wenn nicht: welche andre Form muß dann an ihre Stelle gesetzt werden? — Welche Form das Uebel zweckmäßigerweise haben muß, darüber müssen wir ja hier reden — über nichts andres.

Ich will erklären, weshalb.

Das Uebel selber besteht darin, daß in unsrer auf der Ehe basierten Gesellschaft auch außerhalb der Ehe geschlechtlicher Verkehr zwischen den Geschlechtern gepflogen wird.

Worin wurzelt nun dieses Uebel?

Einmal darin, daß unsre Gesellschaft auf der Ehe basiert ist, trotzdem sich zeigt, daß diese Institution nicht ein Ausdruck für die geschlechtlichen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft ist; dann darin, daß die Verteilung des Ertrags der sozialen Arbeit eine solche ist, daß in unsrer Gesellschaft eine Menge Frauen teils äußerst schwer, teils gar nicht von ihrer Arbeit leben können. — Das sind die Wurzeln des Uebels, und diese Wurzeln wollen wir ja nicht ausrotten: wir wollen nicht Sozialismus, und wir wollen nicht freie Liebe. Wir wollen alle diese Wurzeln bestehen lassen und damit auch das Uebel behalten, das unausweichlich aus ihnen aufsprießt. Und da bleibt nur die eine Frage zur Diskussion übrig: In welcher Form wollen wir das Uebel haben?

Man verschone uns also mit diesen elenden Lamentationen über das „Häßliche", das „Unmoralische", das „Unsittliche", das „Unchristliche", diesen „Schandfleck der Nation" — und Gott weiß welche Ausdrücke hier noch gebraucht sind. Man verschone uns mit dem Gerede von den Bierbrauereien, dem Viertrinken, den Großhändlern, der Liederlichkeit der Männer usw., die an der Existenz des Uebels schuld sein sollen. Sehen wir der Wahrheit offen ins Auge und gestehen wir ehrlich, daß wir selber seine Existenz haben wollen, und beschränken wir also die Diskussion auf die Frage: in welcher Form müssen wir es zweckmäßigerweise haben?

Will man die Diskussion nicht darauf beschränken, will man wirklich hier darüber diskutieren, wie wir dieses Uebel mit der Wurzel ausrotten können — ja, dann meine ich, daß das einzig Vernünftige, was hier gesagt worden ist, die Worte waren, die Bäcker Christensen am ersten Abend aussprach: „Laßt uns diese Sache nicht hier diskutieren" — diese Diskussion wird nämlich kaum früher in den Arbeiterverein gehören als in hundert Jahren. —

Ich kann mir denken, daß man gegen meine Worte einwenden wird: „Ja, was Sie sagen, wäre ja ganz richtig, wenn die Wurzeln des Uebels wirklich die wären, die Sie genannt haben. Aber das ist gar nicht der Fall; das Uebel wurzelt in ganz andern Dingen."

Nun, ich habe nicht die Absicht, mich auf eine eingehende Debatte darüber einzulassen, welches die Wurzeln des Uebels sind und welche nicht. Aber indem ich davon ausgehe, daß alle darin einig sind, daß die ökonomischen Verhältnisse eine der Hauptwurzeln sind, und daß also der Dissens die andre der von mir genannten Wurzeln treffen muß —: die Institution der Ehe — so will ich auf zweierlei hinweisen: 1. auf das häufige Vorkommen der Bleichsucht bei jungen Mädchen der bessergestellten Gesellschaftsklassen, wo das Vorurteil gegen außerehelichen Geschlechtsverkehr am größten ist; und 2. auf die Beispiele, die wir nun einmal dafür haben, daß die menschliche Natur sich gegen die Schranken aufbäumt, die die Institution der Ehe gegenüber der individuellen Freiheit errichtet hat, und sie um jeden Preis niederreißt — um jeden Preis! Ich will z. B. an ein Ereignis erinnern, das sich neulich hier zugetragen hat und das wir alle noch in Erinnerung haben —: diese drei jungen Mädchen aus guter Familie, die die meisten Goldschmiede in der Stadt bestahlen..."

Pastor Hansen: „Herr Vorsitzender! Darf das in die Diskussion hineingezogen werden?"

Der Vorsitzende: „Wenn der Redner es zu seiner Argumentation braucht, kann ichs ihm nicht verbieten."

Ich: „Ja, ich brauche es. — Man hat mir erzählt, diese drei jungen Mädchen hätten die Ausbeute ihrer Diebstähle dazu verwandt, sich ein Zimmer zu mieten und Wein anzuschaffen, womit sie auf diesem Zimmer einige junge Burschen freihielten, die sie gern hatten, die aber weder die Mittel noch die Gelegenheit hatten, sie mit sich nach Hause zu nehmen."

Pastor Hansen: „Herr Vorsitzender, es kann doch unmöglich notwendig sein, das in die Debatte hineinzuziehen."

Der Vorsitzende: „Darüber kann ich erst urteilen, wenn der Redner aus dem referierten Ereignis seine Nutzanwendung gezogen hat."

Ich: „Diese drei Mädchen waren, so viel mir bekannt, nicht bleichsüchtig, auf jeden Fall war ihr Unternehmen kein bleichsüchtiges. — Und ich will hinzufügen: in meinem Herzen ist größere Freude über diese drei als über 997 sogenannte unverdorbene, bleichsüchtige Mädels. Sie sind mir nämlich ein Anzeichen dafür, daß einmal die Stunde kommen wird, wo die Mehrzahl unsrer Frauen, wie jetzt diese drei, sich gegen die tausendjährigen Schranken der Unfreiheit erheben wird, die die Institution der Ehe gegen die individuelle Freiheit errichtet hat — und sie niederreißen wird um jeden Preis. — Und wenn das geschieht, dann ist die Stunde der Freiheit da..."

Pastor Hansen: „Es ist ungehörig, daß der Redner in dieser Weise fortfahren darf."

Referent Habel (sich in seinem Stuhl zurücklehnend und zu seinem Freunde, dem Vorsitzenden, hinaufsehend): „Das ist ja eine Schweinerei."

Schuhmacher Skaarer (indigniert über die Versammlung blickend): „Es gilt unsre Töchter."

Ich: „Ach, leider nein, Herr Skaarer, wahrscheinlich nicht einmal die Töchter unsrer Enkel."

Der Vorsitzende: „Ich frage die Versammlung, ob sie wünscht, daß der Redner fortfährt oder nicht."

Laute Rufe von allen Seiten: „Nein! Nein! Nein!"

Der Vorsitzende: „Wenn also der Redner fortfahren will, so muß er über andre Dinge reden."

Ich: „Nun ja, was die Frage selber betrifft: in welcher Form wir die Unsittlichkeit am besten haben sollen, so geht meine Meinung dahin, daß es am zweckmäßigsten sein würde, wenn der Staat die ganze Sache in die Hand nähme, öffentliche Bordelle einrichtete mit passenden Abteilungen für die verschiedenen Gesellschaftsklassen, und für die größtmöglichste Sicherheit vor venerischen Krankheiten sorgte, speziell durch strenge Visitation der Männer, die die Bordelle benützen. Was die Mädchen betrifft, die der Staat in diesen Bordellen anstellt, so ist es klar, daß der Staat für sie ebenso wie für die andern Gesellschaftsklassen, die andre Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen, die volle mitbürgerliche Achtung verlangen müßte (allgemeines Gelächter)... die volle mitbürgerliche Achtung! — Im übrigen hab ich nichts mehr zu sagen."

Ich verbeugte mich vor der Versammlung und kehrte zu Jarmann zurück, der mich mit freudestrahlendem Gesicht empfing. „Das war brillant!" sagte er. „Das war den Biestern gesund!"

Wir blieben bis zum Schluß der Versammlung, um zu hören, ob etwa etwas Anständiges erwidert werden würde; was aber über meinen Vortrag gesagt wurde, war nur dummes Gewäsch. Trotzdem verlangte ich nochmals das Wort, um das nächstemal darauf zu antworten....

In der Dienstags-Nummer des „Vaterlands" wurde über die gottlose Rede ein wüstes Geschrei erhoben. Die Leute lachten aber bloß: „Das Vaterland — hahaha! — übrigens muß dieser Herr Hermann Eek ein ganz schneidiger Bursche sein."...

*

Der Saal des Arbeitervereins war am nächsten Sonntag nicht so überfüllt, wie das letztemal. Beim Eingang war noch reichlich Platz.

Als ich in den Saal trat, sprach der Schneider Engelstad. Ich sah mich nach Jarmann um, er war nirgends zu sehen. Er hatte sich in der Zeit geirrt, wie ich später erfuhr, und kam erst um acht Uhr statt um sieben. Ich blieb am Eingang stehen und unterhielt mich mit einigen jungen Leuten meiner Bekanntschaft, unter andern mit dem Vorsitzenden von Fram.

Der Schneider hielt die Diskussion auf demselben Niveau allgemeinen Gewäschs, auf dem sie vor meinem Auftreten gewesen war. Das wirkte unangenehm auf mich ein: würde es überhaupt etwas nützen, zu diesen Menschen vernünftig zu reden?...

„Ich glaube, ich verzichte aufs Wort," sagte ich zum Vorsitzenden von Fram (einem freisinnigen Studentenverein). „Es ist ja der reine Unsinn, hier zu sprechen."

„Nein, das dürfen Sie auf keinen Fall! Wir sind ja alle, nur um Sie zu hören, hierhergekommen."

„Mag sein, aber... Nein, ich glaube, ich verzichte aufs Wort."

In demselben Augenblick war der Schneider zu Ende und wurde mein Name gerufen.

Es war, als ginge ein elektrischer Strom durch meine Glieder. Ich blieb stehen und überlegte eine Weile. Mir war unbehaglich zumute; es war, als ahnte ich ein Unglück.

„Nicht zugegen!" riefen einige Stimmen.

„Zugegen!" rief der Vorsitzende des Fram.

Aller Augen richteten sich auf mich — und da entschloß ich mich. Ich drängte mich durch die Menge bis zum Katheder vor und nahm wieder denselben Platz ein, von dem aus ich am letztenmal gesprochen hatte.

Es war förmlich unheimlich still geworden. Von meinem letzten Auftreten her waren die Erwartungen gespannt.

Ich mußte wieder einige Zeit warten, bis das schlimmste Fieber vorüber war; ich war mir aber bewußt, daß ich die Pause ganz gut damit ausfüllte, daß ich mit ruhigem, nach innen gekehrtem Blick über die Versammlung hinsah, als ob ich mich erst zu dem sammelte, was ich sagen wollte.

Dann begann ich endlich:

„Herr Vorsitzender! Was ich am letzten Abend sagte, wurde von Pastor Hansen mit der Bemerkung abgetan, diese Diskussion ruhe natürlich auf christlicher Grundlage und hätte natürlich speziell die Anerkennung des sechsten Gebots zur Voraussetzung. Darauf antworte ich, daß diese Diskussion natürlich nicht auf christlicher Grundlage ruht und natürlich speziell die Anerkennung des sechsten Gebots nicht zur Voraussetzung hat. Wäre nämlich das der Fall, so wäre ja die Frage die: darf der christliche Staat bei Anerkennung des sechsten Gebots dulden, daß öffentlich Unzucht getrieben wird? Und diese Frage müßte ja ebenso unbedingt mit nein beantwortet werden, wie die Frage, ob 2 + 2 = 4 sei, mit ja. Aber mehrere hundert Menschen zusammenzurufen, um die Frage zu diskutieren, ob 2 + 2 = 4, das ist denn doch zu unsinnig.

Soll also diese Debatte einen Sinn haben, so muß die Frage lauten: soll der christliche Staat, trotzdem er das sechste Gebot anerkennt, aus Zweckmäßigkeitsgründen dulden, daß öffentliche Unzucht getrieben wird? Mit andern Worten: soll der christliche Staat in diesem Falle aus Zweckmäßigkeitsgründen unchristlich sein?

Ist das die Frage, dann ist es freilich auch mal-a-propos seitens des Vorstands, die Pastoren zu dieser Verhandlung einzuladen; denn das hätte man ja im voraus wissen können, daß diese kraft ihrer amtlichen Stellung sich absolut dem widersetzen müssen, daß der christliche Staat aus Zweckmäßigkeitsgründen unchristlich handelt. Dagegen war es ganz natürlich, daß man die Aerzte einlud — sie haben ja die Kenntnisse, auf Grund derer allein beurteilt werden kann, ob es zweckmäßig oder nicht zweckmäßig ist, die öffentliche Unzucht zu dulden. Aber von den eingeladenen Aerzten hat sich keiner geäußert — mit Ausnahme des Dr. Nissen; allein der hätte ja nach seinen Ausführungen ebensogut Pastor sein können. Und weshalb haben die Aerzte sich nicht äußern wollen? Ich kann mir keinen andern Grund denken als den, daß die Diskussion gleich zu Anfang von einem Geistlichen in ein so christlich-moralisches Gleis gebracht wurde, daß jeder, der etwa später dem moralischen Gesichtspunkt den der Zweckmäßigkeit entgegensetzte, Gefahr liefe, den Schein der Unmoralität auf sich zu ziehen — und dem wollte sich natürlich kein Arzt aussetzen. Also: es wäre das Beste gewesen, wenn die Geistlichen dieser Diskussion fern geblieben wären.

Dann sagte also Schuhmacher Brun, er könne nicht verstehen, welche Verbindung bestünde zwischen dieser Sache und meiner früheren Aeußerung über das häufige Vorkommen von Bleichsucht bei den den besseren Klassen angehörenden Mädchen. Ich will ihm den Zusammenhang erklären.

Es kann ja, wie ich letzthin sagte, nicht davon die Rede sein, das Uebel, worüber wir verhandeln, jetzt mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die Institution der Ehe in Verbindung mit den übrigen sozialen Zuständen und Institutionen stimmt nun einmal so wenig mit der menschlichen Natur überein, daß diese beständig die Schranken überschreitet, die ihr durch die Institution der Ehe gesetzt sind. Daß auch außerhalb der Ehe geschlechtlicher Verkehr gepflogen wird, kann also nicht verhindert werden.

Aber gesetzt, wir könnten das verhindern — was wäre die Folge? wir würden alle miteinander bleichsüchtig werden, Männer wie Weiber — und das wollen wir denn doch nicht. Oder? Ich appelliere an die Familienväter unter Ihnen und frage sie, was sie vorziehen: von ihren Söhnen zu wissen, daß sie mit Frauen verkehren, ohne verheiratet zu sein, oder zu sehen, wie sie geistig und körperlich hinsiechen und verkrüppeln? Ich denke mir, daß nicht viele das letztere vorziehen werden. Natürlich — wenn ich dieselbe Frage an dieselben Familienväter wegen ihrer Töchter richten würde, dann würde ich die entgegengesetzte Antwort bekommen. Aber das berührt die Sache nicht. So lange sie wünschen, daß ihre Söhne geschlechtlichen Umgang mit Frauen haben, ehe sie Gelegenheit zur Heirat finden oder heiraten wollen, dann ist damit auch gegeben, daß sie in unsrer Gesellschaft eine entsprechende Anzahl Frauen haben wollen, mit denen ihre Söhne geschlechtlich verkehren können, ohne sie zu heiraten. Sie wollen also das Uebel, daß in unsrer auf der Ehe basierten Gesellschaft auch außerhalb der Ehe geschlechtlicher Verkehr gepflogen wird, und die einzige Frage, über die wir hier verhandeln können, ist also — ich wiederhole das — nur die: In welcher Form wollen wir das Uebel haben? Spricht die Zweckmäßigkeit für diese oder für jene Form? — Diese Frage ist also die Realität der Sache: da wir aber noch nicht so weit gekommen sind und dieses der letzte Diskussionsabend ist, so will ich natürlich die Realität der Sache verlassen und mich einfach an den formellen Vorschlag halten, der vorliegt, und der darauf hinausläuft, die Versammlung wolle als ihre feste Ueberzeugung erklären, daß der Stempel der Gesetzlichkeit von der öffentlichen Prostitution entfernt werden müsse, da dieser Stempel der Gesetzlichkeit auf einer so häßlichen Sache das Volk demoralisiere.

(Ich ging nun den vorliegenden Vorschlag Punkt für Punkt durch und setzte auseinander, wie er verändert werden müsse, um mich zu befriedigen. Im wesentlichen bekämpfte ich die in den Prämissen entwickelte Behauptung, daß es das Volk demoralisiere, wenn die Prostitution in der öffentlichen Meinung den Stempel der Gesetzlichkeit trüge. Ich wandte gegen diesen Gedankengang ein, daß, wenn das Volk und speziell die Familien-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

väter — wie ich vorher dargelegt zu haben meinte — in Wirklichkeit wollten, daß in unsrer Gesellschaft eine entsprechende Anzahl Frauen vorhanden wäre, mit denen ihre Söhne geschlechtlichen Umgang haben könnten, daß es dann weit moralischer vom Volke wäre, sich öffentlich zu diesem seinem Willen zu bekennen, als öffentlich sich selber so anzulügen, wie man es vorgeschlagen hatte. Und dann meinte ich: wenn es in den Prämissen des Vorschlags hieße, daß die öffentliche Prostitution nicht genügende Garantie gegen venerische Krankheiten biete, dann wäre es wohl verständiger, vorzuschlagen, man solle die Garantie dadurch vermehren, daß man die Prostitution unter eine schärfere staatliche Kontrolle stelle wie bisher, als die Garantie dadurch zu vermindern, daß man alle Kontrolle abschaffte. Darauf fuhr ich folgendermaßen fort:)

Wenn ich wünsche, daß der Geschlechtsverkehr, auch soweit er außerhalb der Ehe stattfindet, den Stempel der Gesetzlichkeit tragen soll, so geschieht dies: 1. weil ich das für zweckmäßig halte, 2. weil ich es erbärmlich finde, einen Teil der Mitmenschen außerhalb des Gesetzes zu stellen, trotzdem sie etwas verrichten, was die Gesellschaft verrichtet wissen will und was also seinen Ausübern das Recht auf dieselbe mitbürgerliche Achtung geben muß wie andern nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft, deren Aufgabe es ist, andre Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Endlich aber deswegen: wenn das Volk sich jetzt offen und ehrlich dazu bekennte, daß es ein solches Supplement zur Ehe haben will, so würde dieses Supplement, das jetzt für so häßlich angesehen wird und als etwas, das nichts mit der feinen Institution der Ehe zu tun hat, der öffentlichen Meinung allmählich als die notwendige Folge der feinen Institution erscheinen und demgemäß als etwas, was man erst zusammen mit dieser feinen Institution los werden kann. Und damit wäre ein großer Schritt nach vorwärts getan — nach der freien Liebe.

Die freie Liebe — ich erwähnte sie das letztemal auch, und es hieß dann, Einführung der freien Liebe wäre dasselbe wie Umwandlung der ganzen Gesellschaft in ein einziges großes Bordell. Menschen gegenüber, die dieser Meinung sind, lasse ich mich nicht auf Argumente ein; ich will mir bloß erlauben, ein paar Zeilen aus Holger Drachmanns Einleitungsgedicht zu seiner Uebersetzung des Don Juan zu zitieren. Er beschreibt da Venedig, das er mit einem Weibe vergleicht, und von ihr sagt er:

Sie redet frei; und was nur im Verborgnen
und flüsternd tun im rauhen Nord die Leute,
wo nicht auf Bäumen wächst der Sündenapfel,
doch scheffelweis in dunklen Läden feilsteht —
das flattert hier umher in schönen Worten,
wo Proletarier in Palästen wohnen
und, halb noch Kind, das Weib schon Mutter ist. —
Was dort der Ehrenmann fein säuberlich verbirgt
und in der Stube nur beim Lampenschein verrät,
das sitzt am hellen Tag hier auf der Treppe,
zu der das Meer die Wogen flüsternd rollt.

Wer die Schönheit, die darin liegt, nicht versteht, in dem ist der große leitende Gedanke der Zeit: „die individuelle Freiheit" nicht bloß nicht zum Bewußtsein gekommen, sondern es gärt nicht einmal in ihm wie ein dumpfer Drang; er ist ein welker Schößling am Baum der Entwicklung, der am besten abgehackt und ins Feuer geworfen würde. Und wir andern, die wir uns im Bund wissen mit all dem, was in der Zeit das Leitende ist, die wir die Frucht der ungeborenen Zukunft unter unserm Herzen schlagen fühlen, wir stehen derartigen Leuten mit demselben Gefühl gegenüber wie das schwangere Weib dem unfruchtbaren —: wir betrachten sie mit einer Mischung von Mitleid und Verachtung. Und dann noch eins: wir hassen sie, weil die Tatsache, daß derartige Leute existieren, daran schuld ist, daß wir andern um einen großen Teil des Inhalts betrogen werden, den unser Leben sonst hätte erhalten können. Denn es ist nun einmal so, daß man nicht in ein völlig intimes Verhältnis zu einem Weibe treten kann, ohne mit ihm geschlechtlich zu verkehren. Na freilich, wir haben ja die Ehe, wir können also heiraten, wenn wir die Mittel dazu haben, und auf diese Weise vielleicht in ein völlig intimes Verhältnis zu einem Weibe treten. Hätten wir aber an Stelle der Ehe die freie Liebe, so daß Mann und Frau sich verlassen und eine neue Liebesverbindung suchen könnten, wenn sie sich vollständig durchsichtig geworden sind — dann könnten wir im Verlaufe unsres Lebens in ein solches vollständig intimes Verhältnis zu . . . ja, man kann ja nicht wissen, zu wie vielen, treten . . . das kann ja verschieden sein . . . aber ich nehme z. B. an: zwanzig Frauen. In diesem Falle werde ich also unter den jetzigen sozialen Verhältnissen um neunzehn Zwanzigstel meines Lebensinhalts betrogen. Deshalb sagte ich in der vorigen Versammlung von den drei Mädchen, die um jeden Preis die Schranken überschreiten wollten, die durch die Institution der Ehe ihrer Freiheit gesetzt wurden, in meinem Herzen wäre größere Freude über diese drei als über 997 sogenannte unverdorbene bleichsüchtige Mädels. Denn wenn die Mehrzahl unsrer Frauen so weit gekommen ist, daß sie um jeden Preis diese Schranken überschreiten wollen, dann haben sie auch die Kraft, die Schranken niederzureißen — und dann ist die Stunde der Freiheit da."

Ich verbeugte mich vor der Versammlung und trat ab. Ich setzte mich an den Referententisch unter dem Katheder; es waren diesmal so wenige Referenten da, daß noch viel Platz war.

Während meiner Rede hatte im Saale lautlose Stille geherrscht. Jetzt hustete man, räusperte sich, unterhielt sich, kicherte und lachte, und der nächste Redner mußte deshalb laut schreien, um gehört zu werden.

Nach einiger Zeit kam Jarmann und setzte sich neben mich.

Die Diskussion ging weiter wie zuvor, nur mit dem Unterschied, daß nun alle Redner mit irgendeiner indignierten Aeußerung über meine Ausführungen schlossen — wofür sie dann allemal von einigen alten Weibern, die oben auf der kleinen Galerie saßen, lebhaften Beifall ernteten.

So oft eine idiotische Aeußerung über meine Rede vorgebracht wurde, lachte Jarmann jedesmal laut, nickte erst spöttisch den alten Weibern zu und fixierte dann, weiterhin lachend, den betreffenden Redner so, daß diesem ganz unbehaglich zumute wurde.

Schließlich hatte es den Anschein, als ob man Jarmann ebenso widerlich fand wie mich selber. Und das bereitete ihm ein unsägliches Vergnügen: „Es ist herrlich", sagte er und lachte froh wie ein Kind, „die Biester dazu zu bringen, daß sie einen hassen!"

(Schluß folgt.)

Kunstchronik.

Schauspielhaus (Simson, Schauspiel in vier Aufzügen von Henry Bernstein). — Das Stück, das diese Woche im Schauspielhaus den Spielplan beherrscht, genießt man am besten, wenn man sich von vornherein auf Reize der Kolportageromanliteratur gefaßt macht und nichts mehr verlangt. Tut man das, dann ist die Stimmung geschaffen, die rein handwerkliche Geschicklichkeit des französischen Dramatikers anzuerkennen. Es handelt sich um einen Emporkömmling, einen Börsenkönig, der so abenteuerlich handelt, wie das eben in Kolportageromanen Sitte ist, wo die Menschen entweder blödsinnig edelmütig oder blödsinnig schlecht und die gewaltigen Gesten selbstverständlich sind. Er, der früher Packträger war, hat sich eine Aristokratin gekauft, von der er sich so schofel behandeln läßt wie Ohnets Hüttenbesitzer, die er aber trotzdem liebt wie ein guter lieber Junge. Als er dann aber erfährt, daß sie ihn betrogen hat, da wird er fürchterlich. Er rennt nicht nur eine Schlafzimmertür ein, er nimmt auch furchtbare Rache an dem Verführer. Er schlägt ihn nicht nieder, o nein, aber er inszeniert an der Börse eine Baisse, daß der Verführer all sein Vermögen einbüßt, und erweist sich gleichzeitig als Held, als Simson, indem er sein ganzes Vermögen von 30 Millionen opfert, um seine Rache durchzuführen. O, das macht nichts, er wird schon wieder hochkommen. Nichts leichter als das. Obendrein gewinnt er noch. Denn seine Frau ist von so viel Edelmut gerührt, sie verliebt sich reell in ihren Simson, und Simson ist glücklich und stürzt sich wieder in seine Börsengeschäfte.

Das Stück hat einen effektvollen dritten Akt, in dem der große Simson, während er die furchtbare Börsenpanik hervorruft, mit dem Verführer frühstückt und ihn brutalisiert. Dieses Akts wegen ist das Stück geschrieben. Ihn spielte auch Herr Ferdinand Bonn mit äußerster Hingabe an die Kolportageromanphantasie, die ihn beherrscht, und vollendeter technischer Sicherheit. Die ganze Figur, die Bonn auf die Bühne stellt, ist durchweg handwerklich so sicher herausgearbeitet wie das Stück selbst. Auch Frl. Reinau war vom Geist des Stücks angesteckt und ging als Frau des gewaltigen Simson aus ihrer Zurückhaltung heraus; es ist mit ihr schon etwas zu machen, wenn tüchtige Regie ihr hilft oder wie diesmal ein Partner, der sie fortreißt. Das Publikum war begeistert. gm.

•

Neues Theater (Aida). — Die gestrige Aufführung von Verdis glänzender Oper gibt zu manchen Bemerkungen Anlaß. Das Werk fehlte während der ganzen letzten Spielzeit, mithin mehr als anderthalb Jahre, was insofern nicht zu begreifen war, als man in Frau Osborn eine prädestinierte Darstellerin der Titelrolle besaß. Auch sonst hatte sich die Oper hier einer besonderen Schätzung erfreut; Prof. Nikisch hatte sie einmal neu einstudiert und dem orchestralen Part zu einem Glanz verholfen, den nur der vergessen kann, der Herrn Porst für einen bedeutenden Dirigenten hält. Der Regisseur von Wymétal hatte ferner im szenischen Teil manches wirkungsvoll ausgearbeitet, besonders auch den Balletten Aufmerksamkeit geschenkt. Und nun, nach der bereits angegebenen Pause, präsentiert sich das Werk wieder einmal, und zwar sehr stark rückschrittlich. Was gestern geboten wurde, war im szenischen Teil eine Provinzleistung, der man gerade noch anmerkte, daß sie einmal bessere Tage gesehen hatte. Der Hauptfehler lag daran, daß Herr Marion die Regie führte, der für derartige Aufgaben für hiesige Verhältnisse nicht in Betracht kommt. Darüber zunächst einige allgemeine Worte.

Aida ist eine Oper, die Stil und zwar sehr viel Stil hat. Mit glänzender Intuition hat Verdi dem Werk ein Kolorit gegeben, das wir mit ägyptisch bezeichnen, ogleich wir nur geringe Vorstellungen von der ägyptischen Musik haben. Darum handelt es sich auch gar nicht, sondern um die Erweckung ägyptischer Kultur überhaupt. Verdi hat als grundgescheiter Komponist sofort herausgefühlt, daß in dem Wesen der Priester sich vor allem ägyptisches Wesen spiegle, d. h. eben besonders für den Komponisten, der Koloritschilderungen nicht ohne weiteres an dramatischen Personen anbringen kann; denn hier hat der Komponist wichtigeres zu tun. Aber bei den Priestern ging dies, und dadurch war zweierlei erreicht: erstens erhielt das Werk den ganz aparten Untergrund, und zweitens wird dadurch deutlich, daß die Priester, in denen sich an und für sich ägyptisches Wesen am klarsten spiegelt, in dem Werk eine besondere Rolle spielen. Tatsächlich fällt denn auch der Held des Stücks durch die Macht der Priester, ohne daß aber der Text sie wirklich dramatisch eingeführt und behandelt hätte; so tief geht dieser nicht. Aber Verdis musikalische Behandlung des ganzen Stoffs rückt ohne weiteres nahe, daß die Priesterherrlichkeit dem Werk zuletzt doch den Stempel aufdrückt. Immer und immer wieder hallen uns die monotonen Priestergesänge entgegen, sehr oft scheinen sie nur Koloritschilderungen zu sein, in Wahrheit sind sie aber unsichtbare dramatische Faktoren. Dies nur zur Andeutung, daß die Oper, die Musik selbst mit einem bestimmten Stil arbeitet, der deshalb auf jede Weise herausgearbeitet werden muß.

Und hier läßt die ziemlich verlotterte Aufführung sehr viel zu wünschen übrig. Es wäre hier wirklich einmal eine Aufgabe zu lösen, wie man sie unnötigerweise bei Carmen, die nicht den zehnten Teil so viel Stil besitzt wie Aida, zu lösen unternahm. Das wäre aber billigerweise eine Aufgabe unsres ersten Regisseurs. Indessen soll nicht ausgeführt werden, was auch gegenüber der früheren Aufführung besser und anders gemacht werden könnte, sondern was schlechter geworden ist. Eigentlich fehlte es an allen Ecken und Enden, sofern eben das feierliche Moment gar nicht herauskam. Aus dem Priesterinnentanz im ersten Akt wurde nahezu ein ganz gewöhnliches Ballett gemacht, ebenso im zweiten Akt, als die Sieger einziehen. Diese Tänze wurden früher viel besser gegeben, und Frl. Grondona hat eben immer noch nicht bewiesen, daß sie einigermaßen Stilgefühl hat. Annehmbar war einzig der Schwertertanz im zweiten Akt, der neu war. Dann aber überhaupt das ganze Arrangement des Aufzugs, oder besser die Disziplin des Aufzugs; denn geändert war direkt nicht sehr viel. Es war keine Einheitlichkeit, keine Zucht, der Zufall regierte. Z. B. wie kopflos, das Standbild des heiligen Elefanten mitten unter der Volksmenge zu lassen. Musikalisch wurde eine Menge miserabel gemacht. Die Chöre hinter der Szene klangen schlecht, nicht ausgearbeitet, so z. B. hörte man nicht einmal die so charakteristische Triole deutlich. Herr Porst scheint von dem Einzug der Sieger die Vorstellung zu haben, daß es sich um deutsche Militärverhältnisse handle, und tatsächlich spielen auch die Militärkapellen den Aidamarsch wie Herr Porst. Daß überhaupt keine Konzentration herrschte; und die Bühnenmusik wirklich schlecht spielte, dies nur nebenbei. Dem Ganzen fehlte eben ein denkender Geist, jemand, der weiß, was Stil heißt. Vom ägyptischen Stil hat jeder gebildete Mensch eine ganz bestimmte Vorstellung, denn über die Aegypter sind wir durch die vielen Denkmäler ihrer bildenden Kunst gut orientiert.

Die wichtigste Neubesetzung, die Aida des Frl. Marx ließ, was Stil anbelangt, so ziemlich alles zu wünschen übrig. Schon das Aussehen ließ das Aethiopische vermissen; die Farbe war zu hell, die Haartracht war fast modern; es war fast gar nichts getan worden, Aida einen spezifischen Charakter zu geben. Das wäre um so nötiger gewesen, als Frl. Marx wenig Talent hat, eine Rolle von innen heraus zu gestalten, sondern sich immer gerade so gibt, wie sie ist. Was läßt sich da z. B. in der Frauenszene im zweiten Akt nicht alles tun! Diese Szene, in der die beiden gesellschaftlich so ungleichen Rivalinnen aneinander geraten, muß wirklich gespielt werden; dann läßt sich außerordentlich viel aus ihr machen. Am besten gelang noch die Szene Aidas mit ihrem Vater im dritten Akt, aber im ganzen war die Leistung farblos, weil ganz unpersönlich. Wenig zu einem König eignet sich Herr Diabal, von Würde auch kaum die Spur, und dabei sind wir in Aegypten, wo die Pharaonen Götter waren. Zum erfreulichsten gehörte noch der Amanasro des Herrn Lippertz, der aber doch bei weitem nicht die wilde Energie des Herrn Soomer erreicht. Frl. Urbaczek, die schon früher die Amneris gab, und diese Partie gesanglich zu ihren guten zählt, ist an und für sich eine Art Karikatur auf eine junge, schmale und schlanke ägyptische Königstochter; sie wirkt als Königin-Mutter. Eine wirklich erste Altistin fehlt unserm Ensemble überhaupt. Der Lichtpunkt der Aufführung ist Herr Urlus durch seinen Gesang; in der Darstellung gibt er wenig. Bleibt also sehr zu wünschen, daß sich der Aida-Aufführung Herr Dr. Löwenfeld mit aller Kraft annimmt; dann aber auch mit einem andern Kapellmeister als Herrn Porst, der für eine Musik mit einem spezifischen Stil gar kein Organ besitzt. -t-

•

Konzerte. I. Am Sonnabend gab die hier wohl noch unbekannte Sängerin Tilia Hill einen Liederabend mit einem ganz vortrefflichen Programm. An erster Stelle stand Wagner mit den Wesendonckgesängen, ihm folgte der geistesverwandte Peter Cornelius mit seinen Brautliedern; im zweiten Teil des Programms gab es zeitgenössische Lyrik zu hören: das leidenschaftlich schmerzliche Harfenmädchenlied Siegmund von Hausegggers, drei Lieder von Arnold Mendelssohn und eine Anzahl Bossische Gesänge, welch letztere wir nicht mehr hören konnten. Tilia Hill verfügt über ganz bedeutende Stimmmittel, die freilich eine etwas einseitige Ausbildung nach der Seite des allzu flachen und offenen Singens erfahren haben, so daß oft grelle und spitze Töne entstehen. Die künstlerische Stärke der Sängerin liegt nicht im rein Gesanglichen, sondern im Vortrage. Hier steht die Künstlerin auf einer sehr hohen Stufe und weit über den von uns in dieser Konzertzeit gehörten Sängern. Nicht nur Intelligenz, auch nachschaffendes Vermögen ist ihr eigen, das uns unmittelbar in seinen Bann zieht. Noch nie habe ich die Wagnerschen Gesänge so tief belebt, so „wissend" vortragen hören wie von Tilia Hill. Das Innewerden einer so feinen Gliederung der Vorlagen nach dynamischen Gesetzen, nach beschaulicher Darbietung und affektreichen Ausbrüchen bildete einen Genuß für sich; alle Vorträge der von Herrn Smolian am Flügel trefflich unterstützten Sängerin offenbarten eine echte Künstlernatur von hoher Kultur. Daß die Konzertgeberin sich der herrlichen Lieder Arnold Mendelssohns, von dem Die wandelnde Glocke, Das Waizenleedken und Aus dem Hohenlied zu hören waren, annimmt, sei noch besonders verdankt.

Wilhelm Backhaus setzte in seinem gestrigen dritten, dem Andenken Chopins (im Februar 1810 geboren) gewidmeten Klavierabend erfreulicherweise die schon beim letzten Konzert gezeigten Bemühungen fort, seinen unbedingt genialen technischen Leistungen ein gewisses, wenn auch immerhin noch bescheidenes Maß warmen Gefühlsausdrucks zuzugesellen. Die am Anfang gespielte H-Moll-Sonate (Werk 58) blieb freilich ganz inhaltsleer; am schlimmsten erging es dem ersten Satz (Allegro maestoso), der unklar gestaltet war und manches Herrliche verwischte. Die zwölf Etüden (Werk 25) aber spielte Backhaus im ganzen sehr fein, besonders die in F-, Gis- und Cis-Moll, deren Poesie er aufs glücklichste vermittelte. Von den einzelnen Stücken des dritten Programmteils erfreute die gehaltvolle Wiedergabe einiger Preludes; selbst das am Schluß stehende Scherzo C-Moll (Werk 31), dessen Spiel die Zuhörer zu Beifallsorgien hinriß, wies hier und da echte Gefühlstöne auf. So scheint denn nach und nach aus dem blendenden Virtuosen ein wahrer Künstler werden zu wollen. gk.

Neues Theater. Dienstag, ¼8 Uhr: Militärfromm; Fledermaus, 2. Akt; Tanzbilder. Mittwoch: Die Puppenfee; Zar und Zimmermann. Donnerstag: Strandkinder, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann (Erstaufführung). Freitag, ¼8 Uhr: Elektra. Sonnabend: Die Wildente. Sonntag, ½7 Uhr: Carmen. Montag, 21. Februar: Sappho (neu einstudiert). **Altes Theater.** Dienstag: Der Rastelbinder (Pfefferkorn: Ludwig Habit vom Breslauer Stadttheater). Mittwoch: Die geschiedene Frau (Deesteldonck: Ludwig Habit). Donnerstag: Der Graf von Luxemburg. Freitag: Tanzhusaren. Sonnabend: Die Dollarprinzessin. Sonntag, nachmittags ½3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die Wildente), abends ½8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Montag, 21. Februar: Der Graf von Luxemburg.

Im Alten Theater geht morgen Der Rastelbinder in Szene mit Herrn Ludwig Habit vom Breslauer Stadttheater in der Titelrolle als Gast auf Engagement. Als zweite Gastrolle spielt Herr Habit übermorgen den Deesteldonck in der Geschiedenen Frau.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Dienstag, Mittwoch: Simson (Gastspiel Ferdinand Bonns). Donnerstag: Kabale und Liebe (halbe Preise). Freitag, 7 Uhr: Hamlet (Gastspiel Ferdinand Bonns). Sonnabend unbestimmt. Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Wie der Wald in die Stadt kam), nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkverein H.-D. (Clavigo), abends ½8 Uhr: Simson (Gastspiel Ferdinand Bonns). — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Dienstag, Mittwoch: Miß Dudelsack. Donnerstag: Ein Herbstmanöver. Freitag: Miß Dudelsack. Sonnabend: Der Jockeyklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Miß Dudelsack), abends ½8 Uhr: Miß Dudelsack.

Notizen.

Die Erdbebenwellen von Messina. Das große Erdbeben von Messina und Kalabrien gibt noch immer Anlaß zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Jetzt ist auch der berühmte japanische Erdbebenforscher Professor Omori mit einer Zusammenstellung aller ihm zugänglichen Beobachtungen und mit seiner darauf begründeten Auffassung hervorgetreten. Die Fläche heftiger Erschütterung hatte eine elliptische Form und etwa 80 Kilometer Länge von Norden nach Süden bei 20 Kilometer Breite. Nach Lage und Form dieser Fläche muß der eigentliche Ausgangspunkt des Erdbebens unterhalb der Straße von Messina gelegen haben, und die Hauptstöße strahlten von einem Punkt in der Meeresstraße zwischen Messina und Reggio, etwas näher an der zweitgenannten Stadt, aus. Eine besondere Aufmerksamkeit widmet der japanische Forscher den Erdbebenwellen und hebt die Eigentümlichkeit hervor, daß die Wellen an den Stellen am größten und am zerstörendsten auftraten, wo der Erdstoß nicht am heftigsten war. Sie scheinen nicht von einem Punkt, sondern von zwei Zentren ausgegangen zu sein, die jedoch Teile einer zusammenhängenden Störungszone gewesen sein mögen. Professor Omori äußert die Anschauung, daß die Welle nicht etwa durch eine Hebung des Meeresbodens emporgestoßen, sondern hauptsächlich im Gegenteil durch eine Senkung des Bodens unter dem betreffenden Meeresteil verursacht worden sei. Diese Senkung könnte in einer einfachen senkrechten Verschiebung der losen oberflächlichen Ablagerungen bestehen, die den Boden der Meeresstraße bis zur Höhe von zwei Metern bedecken. Ein besonders interessanter Teil des Aufsatzes von Omori, der in dem Bulletin des Kaiserlich Japanischen Erdbebenforschungsausschusses veröffentlicht worden ist, wird durch eine Karte dargestellt, in der die Flächen stärkster Erdbewegung von den 13 letzten großen Erdbeben in Mittel- und Süditalien verzeichnet worden sind. Es ist auffallend, daß diese Flächen ziemlich scharf voneinander geschieden sind. Sie erstrecken sich als eine Folge einzelner Flecken von Syrakus über Messina und Reggio und weiter ungefähr in der Mittelachse der italienischen Halbinsel bis nach Aquilla, welcher Ort 1703 der Mittelpunkt eines heftigen Erdbebens gewesen ist. Omori zieht aus seinen Untersuchungen den beruhigenden Schluß, daß Messina und Reggio vorläufig gegen weitere Erdbeben verhältnismäßig gesichert gelten können. Am meisten gefährdet dürften für die nächste Zukunft die Gegenden sein, die zwischen den Flächen der früheren Erdbeben auf der bezeichneten Linie liegen.

Mit den Erdbebenwogen von Messina beschäftigte sich auch ein Bericht von Professor Platania im Bollettino der italienischen Gesellschaft für Erdbebenforschung. Während Omori die größte Höhe der Erdbebenwellen an der kalabrischen Küste auf 10,6 Meter angibt, verzeichnet Platania eine noch größere Höhe von 11,7 Metern für die gegenüberliegende Küste. Längs der ganzen Ostküste von Sizilien waren die Wogen wahrnehmbar, obgleich ihre Höhe am nördlichsten Punkt nicht einmal ganz 1 Meter, am südlichsten nur 1½ Meter erreichte. Längs der Nordküste waren sie bis Termini, längs der Südküste bis Porto Empedocle zu beobachten. Die Verbreitung der Wogen längs der kalabrischen Küste ist noch immer nicht festgestellt worden. An den Liparischen Inseln sind sie nicht wahrgenommen worden, sehr deutlich dagegen auf der Insel Malta. In Catania wurde der Flutmesser völlig unter Wasser gesetzt und durch den heftigen Stoß verdorben. Gute Messungen dagegen wurden außer auf Sizilien und Malta gewonnen in Cagliari (Sardinien), auf Ischia, in Neapel, Civitavecchia, Livorno und sogar in Ravenna. Von den vier Telegraphenkabeln der Straße von Messina wurde nur eins unterbrochen, außerdem zwei Telephonkabel. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100214/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG